



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Forderungen in die
deutsche Rohstoffpolitik“

verfasst von / submitted by

Jennifer Rings, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Margarete Maria Grandner

I. Danksagungen

In erster Linie möchte ich mich von ganzem Herzen bei dir bedanken, Benny. Dafür, dass du mir während des gesamten Studiums den Rücken freigehalten und mich immer unterstützt hast. Danke für alles.

Außerdem danke ich auch meinen Freundinnen, die mich während des gesamten Schreibprozesses immer wieder motiviert und aufgemuntert haben und die ich immer um Rat fragen konnte.

Abschließend bedanke ich mich herzlich bei Frau Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Margarete Grandner, für die wissenschaftliche Betreuung dieser Arbeit.

II. Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AK Rohstoffe	Arbeitskreis Rohstoffe
AMCU	Association of Mineworkers and Construction Union
BASF	Badische Anilin und Soda Fabrik
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BHP	Broken Hill Proprietary Company
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMJV	Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMW	Bayrische Motoren Werke
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIR	Christliche Initiative Romeo e.V.
CO ₂	Chemische Abkürzung für Kohlenstoffdioxid
CSR	Corporate Social Responsibility
DERA	Deutsche Rohstoffagentur
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
EU	Europäische Union
IMA	Interministerieller Ausschuss Rohstoffe

Kfz	Kraftfahrzeug
NAP	Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020
NUM	National Union of Mineworkers
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
SPSS Prinzip	Sammeln, prüfen, sortieren und subsumieren
URS	Deutsches Unternehmensregister
VDA	Verband der Automobilindustrie
UN	United Nations
VW	Volkswagen
WTO	Welthandelsorganisation
WV Stahl	Wirtschaftsvereinigung Stahl
WWF Deutschland	World Wide Fund For Nature Deutschland
ZiviZ	Zivilgesellschaft in Zahlen

Inhaltsverzeichnis

I.	Danksagungen	1
II.	Abkürzungsverzeichnis	2
1	Einleitung	6
1.1	Forschungsinteresse / Relevanz	7
1.2	Forschungsschwerpunkt/ Forschungsfrage.....	8
1.3	Forschungsstand	11
1.4	Aufbau der Arbeit	12
2	Theoretischer Rahmen.....	14
2.1	Partizipative Governance.....	14
2.2	Zivilgesellschaft in Deutschland	15
2.2.1	Historische Entwicklung	15
2.2.2	Begriffsbestimmung	16
2.2.3	Zivilgesellschaftliche Organisationen in Zahlen.....	17
2.3	Die deutsche Rohstoffpolitik	19
2.3.1	Rohstoffe	19
2.3.1.1	Liefer- und Wertschöpfungsketten von Rohstoffen.....	21
2.3.2	Akteur*innen im deutschen Rohstoffsektor	24
2.3.2.1	Industrie	24
2.3.2.2	Politik.....	25
2.3.2.3	Zivilgesellschaftliche Organisationen.....	26
2.3.3	Die Rohstoffstrategie der Deutschen Bundesregierung von 2010	27
2.3.3.1	Reaktion der Zivilgesellschaft	29
2.3.4	Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2020	34
3	Methodologie	40
3.1	Datenerhebung – das qualitative Interview	40
3.1.1	Anmerkungen zu den Interviews.....	41
3.2	Datenanalyse – die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring.....	43
3.2.1	Aufbau zusammenfassender Inhaltsanalyse.....	44
3.2.2	Induktives Kategoriensystem	46
3.2.3	Interpretation der Forschungsergebnisse.....	52
3.2.3.1	Zivilgesellschaftliche Aktivitäten	52
3.2.3.2	Erfolge und Entwicklungen	55
3.2.3.3	Aktuelle Themen.....	58
3.3	Dokumentenanalyse.....	62

3.3.1	Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.....	63
3.3.1.1	Beschreibung des Dokuments.....	63
3.3.1.2	Analyse nach den inhaltlichen Aspekten	64
3.3.2	Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2020	70
3.3.2.1	Beschreibung des Dokuments.....	70
3.3.2.2	Analyse nach den inhaltlichen Aspekten	70
4	Zusammenfassung der Ergebnisse	75
5	Literaturhinweise und Quellen	80
6	Anhang	85
	Kurzfassung.....	85
	Abstract	86
	Interviewleitfaden.....	87

1 Einleitung

Deutschland gehört zum einen zu den größten Energieverbrauchern der Welt und zum anderen zu den weltweit führenden Exportländern von Automobil-, Maschinen und elektronischen Gütern sowie von Chemierzeugnissen. Die Deckung des Bedarfs der deutschen Wirtschaft an Energie- und metallischen Rohstoffen stammt hauptsächlich aus dem Import: 70 Prozent bei Energierohstoffen und 100 Prozent bei metallischen Rohstoffen.¹ Wie in Abbildung 1 zu sehen, ist die Menge der deutschen Gesamtimporte im Jahr 2018 von metallischen, nichtmetallischen sowie Energierohstoffen im Vergleich zum Vorjahr von 407 Mio. Tonnen auf 410,1 Mio. Tonnen gestiegen.

Abb. 1: Deutschlands Rohstoffimporte 2016-2018 nach Menge.

	2016	2017	2018	2016	2017	2018	Änderungen 2017/2018
	Mio. t			%			%
Import							
Energie	296,8	280,7	286,5	71,1	69,0	69,9	2,1
Metalle	90,7	94,7	92,7	21,7	23,3	22,6	-2,1
Nichtmetalle	30,1	31,6	30,9	7,2	7,8	7,5	-2,2
Summe	417,6	407,0	410,1				0,8

Quelle: BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2019): Deutschland – Rohstoffsituation 2018, S. 11.

Die hohe industrielle Produktion Deutschlands umfasst sowohl die Nachfrage an Exportgütern wie z. B. nach Fahrzeugen „*Made in Germany*“ als auch die Nachfrage an Konsumgütern der Deutschen.² Die Importabhängigkeit der deutschen Wirtschaft ist seit Langem fester Bestandteil wichtiger Politikfelder wie der Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Handelspolitik.³ Dadurch ist ein institutioneller sowie politischer Rahmen zur Rohstoffsituation Deutschlands unerlässlich geworden. Denn nicht nur die Rohstoffversorgung der Industrie, sondern auch die daraus entstehenden Auswirkungen des Ressourcenabbaus in den Ländern des globalen Südens erfordern eine politische Basis. In diesem Zusammenhang stellte die deutsche Regierung im Oktober 2010 die Rohstoffstrategie der Bundesregierung als grundlegende Richtlinie der deutschen Rohstoffpolitik vor. In ihr wurden Handlungsmaßnahmen festgelegt,

¹ Vgl. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, Deutschland – Rohstoffsituation 2018, S. 22, S. 31.

² Vgl. Fuchs, Peter/Reckordt, Michael, Rohstoffsicherung in Deutschland und zivilgesellschaftliche Antworten. In: Peripherie Nr. 132, 33. Jg. 2013, S. 501.

³ Vgl. ebd.

die die effektive Rohstoffversorgung der Wirtschaft sicherstellen sollen. Zugleich stellt sie den Ausgangspunkt der zivilgesellschaftlichen Kritik dar, da man bereits im Prozess der Ausarbeitung auf die systematische Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innenn verzichtete und den negativen Auswirkungen im Rahmen des Rohstoffabbaus in den Lieferländern keine bedeutende Rolle zuschrieb.⁴ Aus diesem Umstand heraus vernetzten sich zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich Rohstoffe und fordern seitdem auf politischer Ebene, Deutschlands Verantwortung in der Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards im Ressourcenabbau in den Ländern des globalen Südens wahrzunehmen.

1.1 Forschungsinteresse / Relevanz

Diese Masterarbeit beschäftigt sich mit der Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderungen nach der Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes in den rohstoffreichen Ländern des globalen Südens innerhalb der letzten zehn Jahre. Anhand der festgeschriebenen Maßnahmen in den ausgewählten Regierungsdokumenten, beginnend mit der Rohstoffstrategie von 2010 über den Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von 2016 bis hin zur neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020 soll die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Einbindung untersucht werden.

Die Forschungsschwerpunkte dieser Arbeit umfassen dabei die Perspektive der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu rohstoffbezogenen Themen sowie die Umsetzung ihrer an die Bundesregierung gerichteten Forderungen. Dadurch sollen unter anderem Fragen geklärt werden wie z. B.: Wer sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland, die im Bereich Rohstoffe arbeiten und warum ist die Berücksichtigung ihrer Forderungen so wichtig? Ziel ist es, die Entwicklung der Umsetzung von zivilgesellschaftlichen Forderungen in der deutschen Rohstoffpolitik festzustellen. Die Auswahl von zwei Methoden, der qualitativen Interviews und der Dokumentenanalyse, soll zum einen die Arbeit und Herausforderungen des zivilgesellschaftlichen Segments innerhalb der deutschen Rohstoffpolitik darlegen und zum anderen die Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderungen in den oben genannten Regierungsdokumenten konkret analysieren und damit zur Beantwortung der im weiteren Verlauf formulierten Forschungsfrage beisteuern.

Die Relevanz dieses Themas in Bezug auf das Masterstudium der Internationalen Entwicklung ergibt sich aus der Verantwortung der Importländer (in diesen Fall Deutschlands) gegenüber

⁴ vgl. AK Rohstoffe 2010, Anforderungen an eine zukünftige Rohstoffstrategie. Vorläufige Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung, S.11.

den rohstoffreichen Ländern des globalen Südens. Mit dem Rohstoffreichtum dieser Länder geht grundsätzlich die Hoffnung einher, deren wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und mehr Arbeitsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu schaffen. Diese Erwartungen werden häufig enttäuscht. Aufgrund nationaler ökonomischer Fehlentwicklungen ebenso wie ungünstiger Handelsbeziehungen auf dem internationalen Markt, profitieren die Industrieländer, die vom Rohstoffimport abhängig sind, am meisten.⁵ Für Deutschland als einem der weltweit größten Rohstoffverbraucher sollte der verantwortungsvolle Bezug von Rohstoffen ein wichtiger Bestandteil der Rohstoffpolitik sein. Genau diese Verantwortlichkeit fordern zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland ein, die im Bereich Rohstoffe tätig sind, um Deutschlands Verantwortung im Ressourcenabbau in den Ländern des globalen Südens durch verbindliche Regelungen zu realisieren. Aus diesem Grund erscheint diese Untersuchung, ob und wie zivilgesellschaftliche Forderungen innerhalb der Rohstoffpolitik wahrgenommenen und eingebunden werden, notwendig und sinnvoll zu sein.

1.2 Forschungsschwerpunkt/ Forschungsfrage

Wie soeben erwähnt, geht es in dieser Masterarbeit im Wesentlichen um die Umsetzung zivilgesellschaftlicher Forderungen innerhalb der deutschen Rohstoffpolitik, was aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Organisationen untersucht werden soll. Es ist zunächst notwendig, die deutsche Rohstoffpolitik zu verstehen und dabei die wesentlichen Vertreter*innen der Politik, der Industrie und der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu benennen und einzugrenzen. Der Forschungsschwerpunkt liegt in der Entwicklung der Einbindung der zivilgesellschaftlichen Forderungen in die deutsche Rohstoffpolitik von 2010 bis 2020. Für den weiteren Verlauf der Arbeit stellt sich somit folgende forschungsleitende Fragestellung, die sich als roter Faden durch die Arbeit zieht und die es letztlich zu beantworten gilt:

Inwiefern werden zivilgesellschaftliche Forderungen von 2010 bis 2020 in der deutschen Rohstoffpolitik umgesetzt?

Unter Einbezug der folgenden drei Unterfragen, die in der Summe zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen sollen, erschließen sich die einzelnen wichtigen Themenbereiche. Erste Unterfrage: Welche gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Forderungen wurden im Rahmen des AK Rohstoffe formuliert?

⁵ Vgl. Feldt, Heidi 2011, Mining in the World. Entwicklungen im internationalen Bergbau. In: philippinenbüro (Hrsg.) Rohstofffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen, S. 9.

Zweite Unterfrage: Mit welchen neuen Themen müssen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zukünftig intensiv auseinandersetzen?

Dritte Unterfrage: Wie werden die zivilgesellschaftlichen Forderungen durch konkrete Maßnahmen im NAP von 2016 und in der neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020 umgesetzt?

Der zeitliche Rahmen befasst sich mit den letzten zehn Jahren, von 2010 bis 2020, der untersucht werden soll. Der gewählte Ausgangspunkt der Untersuchung begründet sich auf der Veröffentlichung der ersten Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung am 26. Oktober 2010. Die darin enthaltenen Maßnahmen bilden die Basis der Kritik und der Forderung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nach mehr Beteiligung innerhalb der Rohstoffpolitik. Zu untersuchen sind demnach die Entwicklungen von 2010 bis zur neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020.

Der folgende Zeitstrahl soll zunächst einen Überblick über die wichtigen Eckdaten innerhalb der Rohstoffpolitik der letzten 15 Jahre verdeutlichen. Zwar wurde der Arbeitskreis (AK) Rohstoffe als zivilgesellschaftliches Netzwerk im Bereich Rohstoffe bereits im Jahr 2008 gegründet, jedoch beziehen sich seine wesentlichen Forderungen auf die Rohstoffstrategie 2010, woraus sich der Beginn der Untersuchungen dieser Arbeit mit dem Jahr 2010 ergibt. Es wird auf folgende ausgewählte Ereignisse, die in der folgenden Abbildung skizziert sind, konkret eingegangen:

- Die Gründung des AK Rohstoffe im Jahr 2008
- Die Veröffentlichung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung im Jahr 2010
- Die Veröffentlichung des Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte im Jahr 2016
- Der Prozess der Fortschreibung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung im Jahr 2019
- Die Veröffentlichung der neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung am 15. Januar 2020

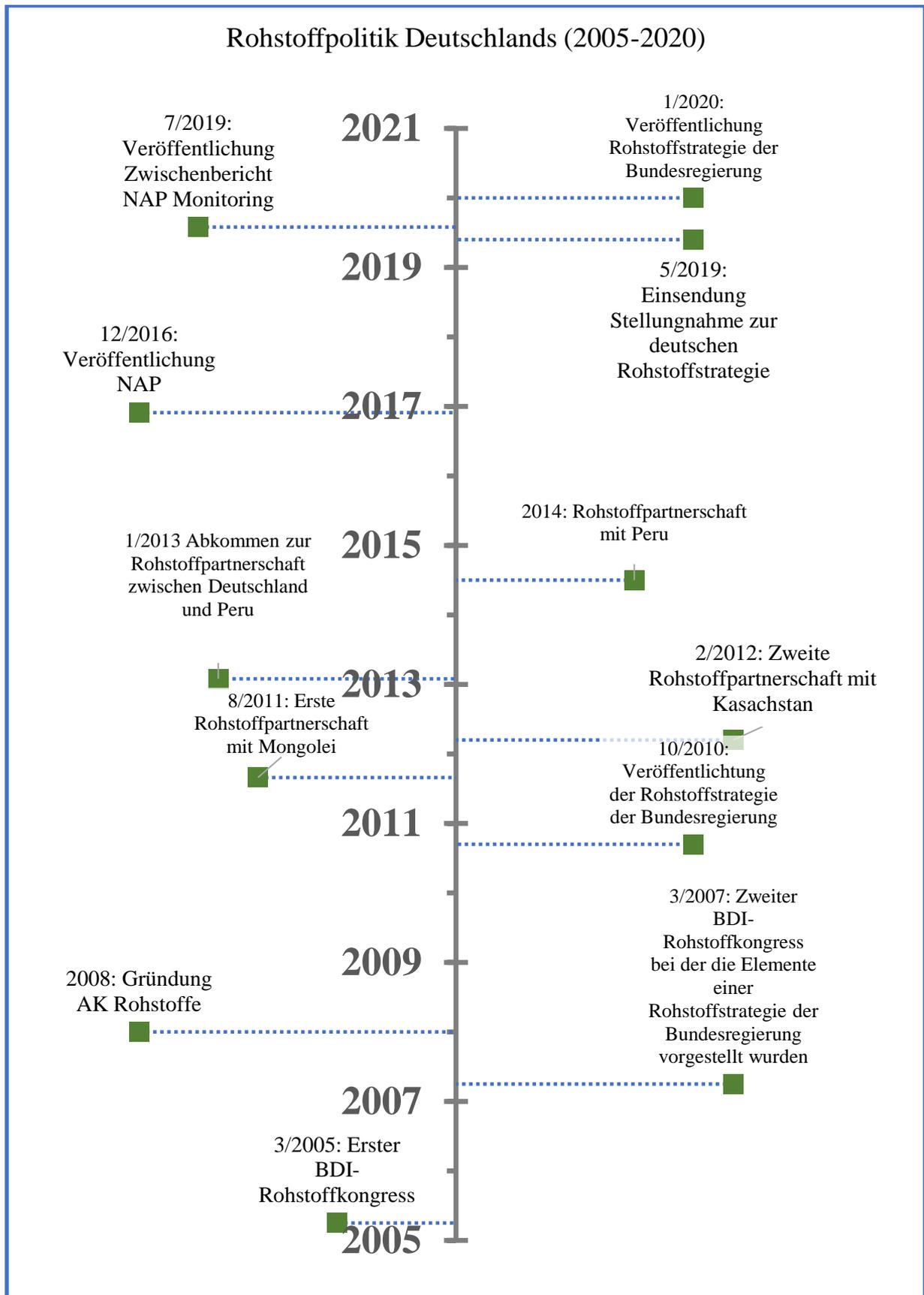


Abb. 2: Eckdaten ausgewählter Ereignisse in der Rohstoffpolitik. Eigene Darstellung.

1.3 Forschungsstand

Inwiefern die Einbindung und Umsetzung zivilgesellschaftlicher Forderungen im Rohstoffabbau bereits untersucht wurde, soll an dieser Stelle kurz dargestellt werden.

Wesentliche wissenschaftliche Beiträge zum aktuellen Kontext der deutschen Rohstoffpolitik liefern die Vertreter*innen des AK Rohstoffe seit vielen Jahren. Durch ihre laufende Stellungnahme und Kritik zeichnet sich die Entwicklung der Umsetzung zivilgesellschaftlicher Forderungen deutlich ab. Die grundlegende Publikation „*Rohstoffsicherung in Deutschland und zivilgesellschaftliche Antworten*“ von Michael Reckordt und Peter Fuchs aus dem Jahr 2013 gibt einen Überblick über die Entwicklungen der Rohstoffpolitik seit der Rohstoffstrategie von 2010. Zudem unterstreichen Studien der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu den negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus in den Ländern des globalen Südens, wie z. B. die Studie „*Diebstahl. Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt*“ der Christlichen Initiative Romeo (CIR) aus dem Jahr 2016 oder die Studie „*Rohstoffboom zwischen Gewinnen und Verlusten. Deutschlands ökologischer Fußabdruck durch Stahl und Aluminium*“ des WWF Deutschland aus dem Jahr 2018 die Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes im Rahmen des Rohstoffabbaus und stellen eine direkte Verbindung zu deutschen Unternehmen her.

Aber auch weitere Akteur*innen wie die Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR) beschäftigen sich laufend mit der Rohstoffsituation Deutschlands und liefern wichtige Statistiken zu Entwicklungen des Rohstoffexports und -imports der Bundesrepublik. Der aktuelle Bericht *Deutschland – Rohstoffsituation* des BGR stellt Kennzahlen zum Status der nichterneuerbaren Rohstoffe für Deutschland dar und dient als Informationsbasis der Rohstoffsicherung für die deutsche Ökonomie und Politik.⁶

Ebenso liefert die deutschlandweite Studie *Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen*, kurz ZiviZ, der Bertelsmann Stiftung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Fritz-Thyssen-Stiftung aus dem Jahr 2012 erstmalig eine umfangreiche Analyse des bürgerlichen Engagements in Deutschland.

Ferner lassen sich zu Themen der EU bereits vorhandene Untersuchungen bezüglich der Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen feststellen. Das Werk „*Zivilgesellschaft*

⁶ BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, S. 5.

*in Europa: Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den europäischen Politikprozess*“ von Denise Fritsch aus dem Jahr 2008 untersucht die Möglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteur*innenn, innerhalb der EU direkt am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken.⁷ Des Weiteren gibt es an der Universität Wien eine Masterarbeit mit dem Titel „*Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die EU-Donauraumstrategie*“ von Martina Obsivac aus dem Jahr 2017, die die Einbindung der Zivilgesellschaft in die EU-Donauraumstrategie von 2011 an einem konkreten Projektbeispiel, dem *Danube Civil Society Forum* analysiert.⁸

Auch in Bezug auf andere Politikfelder, wie z. B. die Klimapolitik, sind zivilgesellschaftliche Aktivitäten eine wesentliche Untersuchungseinheit. Dies zeigt sich in Heike Walks Werk „*Partizipative Governance, Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*“ aus dem Jahr 2008. Darin definiert Walk die Bedeutung von partizipative Governance und untersucht am realpolitischen Thema der Klimapolitik, inwiefern tatsächlich neue partizipative Governance-Formen entstehen und den zivilgesellschaftlichen Gruppen neue Handlungsmöglichkeiten bieten.⁹ Die Beiträge bilden die theoretische Grundlage dieser Masterarbeit, mehr dazu in Punkt 2.1, wobei Heike Walks Analyse als zentrale Literatur verwendet wird.

Es zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten in verschiedenen Kontexten eine interessante Untersuchungsgrundlage darstellen. Der wesentliche Beitrag der Analyse dieser Arbeit zeichnet durch ihre Aktualität aus, da die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung erst vor Kurzem erschienen ist.

1.4 Aufbau der Arbeit

Der Hauptteil dieser Arbeit ist in zwei Bestandteile aufgeteilt, die wie folgt abgehandelt werden sollen: Zunächst wird in Kapitel 2 zum einen die erwähnte Theorie von Heike Walk aufgegriffen und zum anderen werden grundlegende Begriffserklärungen vorgenommen. Dabei wird zuerst ein Blick auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland geworfen. Danach wird die Rohstoffpolitik unter den Aspekten Rohstoffe, beteiligte Akteur*innen sowie

⁷ Vgl. Fritsch, Denise 2008, *Zivilgesellschaft in Europa: Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in den europäischen Politikprozess*. Hamburg: Diplomica Verlag, S. 3-4.

⁸ Vgl. Obsivac, Martina 2017, *Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die EU-Donauraumstrategie*. Wien: Universität Wien, S. 3-4.

⁹ Vgl. Walk, Heike 2008, *Partizipative Governance: Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35.

die Rohstoffstrategie von 2010 und von 2020 konkret dargestellt. Der eingebettete Exkurs soll die negativen Auswirkungen im Rahmen des Rohstoffabbaus in den Ländern des globalen Südens exemplarisch darstellen. In der Summe wird eine theoretische Grundlage für die weitere Verwendung der Begriffe sichergestellt. In Kapitel 3 folgt der empirische Teil der Arbeit, der zwei ausgewählte Methoden, die qualitativen Interviews mit der darauffolgenden zusammenfassenden Inhaltsanalyse sowie die Dokumentenanalyse, umfasst. Zunächst erfolgt dafür die Datenerhebung mithilfe des qualitativen Experteninterviews. Die Datenanalyse durch die zusammenfassende Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring soll die wichtigsten, induktiv erarbeiteten Erkenntnisse der Interviews darlegen, da die Analyse und die Interpretation des Datenmaterials aus den Experteninterviews einen wesentlichen Einblick in die aktuelle Arbeitsweise der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu rohstoffbezogenen Themen verschafft. In der Summe soll das Datenmaterial zur Beantwortung der Forschungsfrage beisteuern. Ferner tragen die Dokumentenanalysen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung von 2016 und der Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020 dazu bei, festzustellen, inwiefern zivilgesellschaftliche Forderungen auf politischer Ebene umgesetzt wurden. Letztlich sollen in Kapitel 4 die Ergebnisse der Untersuchungen zusammengetragen werden sowie die Forschungsfrage final beantwortet werden.

2 Theoretischer Rahmen

Das folgende Kapitel dient als theoretischer Bezugsrahmen dieser Arbeit, um zum einen die verwendete Theorie darzulegen und zum anderen die Begrifflichkeiten genauer vorzustellen und sie im Rahmen der Untersuchung einzubetten. Von grundlegender Bedeutung sind dabei die Begriffe zivilgesellschaftliche Organisationen und Rohstoffpolitik im deutschen Kontext.

2.1 Partizipative Governance

Zunächst soll auf die theoretische Grundlage dieser Arbeit eingegangen werden, um die Untersuchung in den wissenschaftlichen Diskurs einzubetten. Dafür wird das Konzept der *Partizipativen Governance* genauer betrachtet und insbesondere die Analyse von Heike Walk herangezogen. In ihrem Werk *„Partizipative Governance: Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik“* aus dem Jahr 2008 wird der Begriff partizipative Governance als wesentlicher Bestandteil des Demokratisierungsprozesses verstanden, da dieser *„nur durch eine ernsthafte Ausweitung partizipativer Elemente im Sinne einer Bürgerpartizipation“*¹⁰ vorangetrieben wird. Das Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bezieht sich dabei nicht nur auf grundlegende demokratische Elemente wie z. B. die Direktwahlen, sondern erstreckt sich auf eine erweiterte Beteiligung der Bürger*innen am öffentlichen Leben.¹¹ Ihre genauere Untersuchung von verschiedenen Governance-Ansätzen thematisiert die Kritik an der bloßen allgemeinen Forderung nach einer Erweiterung von Partizipation, *„um die Legitimität und Effektivität von politischen Maßnahmen zu erhöhen“*.¹² Das bedeutet, dass zwar dem Anschein nach das Bild entsteht, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Rahmen des Konsultations- und Informationsprozesses von politischen Maßnahmen einbezogen werden, jedoch die tatsächliche Mitentscheidung letztlich fehlt. Aus diesem Grund stützt Heike Walk ihre Überlegungen auf den partizipativen Governance-Ansatz, der den Anspruch erhebt, die Partizipation der betreffenden Akteur*innen und Interessensgruppen auf Planungs- und Entscheidungsprozesse zu erweitern.¹³ Konkret verdeutlicht Walk die Untersuchung der Einbeziehung von bürgerlichen Engagement und Interesse am Beispiel der Klimapolitik.

¹⁰ Walk, Heike 2008, S. 14.

¹¹ Vgl. ebd., S. 15.

¹² Ebd., S. 51.

¹³ Vgl. ebd., S. 52.

In Bezug auf die vorliegende Arbeit spielt die theoretische Diskussion zum Partizipationsverständnis in Heike Walks Werk eine wichtige Rolle, da im weiteren Verlauf festgestellt werden soll, ob zivilgesellschaftliche Forderungen im Rahmen der Rohstoffpolitik wie oben beschrieben, lediglich im Konsultationsprozess berücksichtigt werden und demnach nur der Anschein der Einbeziehung entsteht, oder konkrete politische Umsetzungsmaßnahmen zeigen, dass die Forderungen tatsächlich berücksichtigt worden sind und damit der Anspruch von Partizipation im Rahmen des partizipativen Governance-Ansatzes erfüllt wird.

Da nicht nur die Klärung der verwendeten Theorie von Bedeutung ist, sondern auch die Definition und Einbettung der verwendeten Begrifflichkeiten, wird dieser Schritt im Folgenden vorgenommen.

2.2 Zivilgesellschaft in Deutschland

In diesem Abschnitt soll zunächst allgemein dargestellt werden, welche Bedeutung der Begriff Zivilgesellschaft hat, indem zuerst ein kurzer historischer Abriss zur Entwicklung des Begriffs gegeben und danach auf die konkrete Begriffsbestimmung eingegangen wird. Darauf folgt eine konkretere Betrachtung der Funktionen der zivilgesellschaftlichen Aktivität in Deutschland. Damit soll der Begriff für den weiteren Gebrauch in dieser Arbeit genau definiert und eingebettet werden.

2.2.1 Historische Entwicklung

Einen historischen Überblick verschafft Jürgen Kocka in seinem Beitrag *Zivilgesellschaft in historischer Perspektive* aus dem Jahr 2011. Im 17. und 18. Jahrhundert erfuhr der Begriff Zivilgesellschaft seine erste Bedeutung als moderner Ausdruck durch die Autoren des Aufklärungsprozesses wie John Locke (1632-1704), Adam Ferguson (1723-1816), Montesquieu (1689-1755), die Encyclopédisten und Immanuel Kant (1724-1804). Zu dieser Zeit entwarf man ein positives und unrealistisches Bild von Zivilgesellschaft als Konzept des mündigen, freien, selbständigen und kooperierenden Bürgers, der gesetzestreu lebt, ohne Bevormundung des Staats, in einer Gesellschaft ohne Ungleichheiten. Zivilgesellschaft wurde hier in einer Abgrenzung zum Staat verstanden, aber noch ohne die Bedeutung der Marktwirtschaft zu beachten.¹⁴ Das änderte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als

¹⁴ Vgl. Kocka, Jürgen 2011, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Arbeiten an der Geschichte: Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 192.

die beginnende Industrialisierung den Kapitalismus hervorbrachte. Die Autoren G.W.F. Hegel (1770-1831) und Karl Marx (1818-1883) prägten den Begriff der Zivilgesellschaft als eindeutige Trennung vom Staat und als Konzept der Bedürfnisse, des Marktes, der Arbeit und der Interessen des Einzelnen. Zivilgesellschaft stand dabei für die „bürgerliche Gesellschaft der Bourgeoisie.“¹⁵

Durch die Veröffentlichung der Gefängnishefte Antonio Gramscis (1891-1937), zehn Jahre nach seinem Tod, erfuhr das Konzept der Zivilgesellschaft eine neue Dimension. In seinen Untersuchungen führt er die Stabilität des westlichen Kapitalismus auf die kulturelle Hegemonie zurück, die ihn wiederum zur Bedeutung der Zivilgesellschaft führte. Da zivilgesellschaftliche Organisationen wie Kirchen, Schulen, Parteien, die Presse, Nachbarschaften und Verbände den westlichen Kapitalismus unterstützen, konnte sich dessen Ideologie im Westen tiefer festigen. Er verstand Zivilgesellschaft aber auch als Raum der Gegenhegemonie für eigene Organisationen (wie Arbeitervereine und -parteien), die zu gründen sind, um eine Revolution durchzusetzen.¹⁶

Einen Höhepunkt erlebte das Konzept der Zivilgesellschaft in den 1980er Jahren. Zu dieser Zeit wurde sie zur zentralen Bezeichnung der anti-diktatorischen Kritik und stand für gesellschaftliche Selbstbestimmung und Freiheit. Zusammengenommen umfasst der Begriff Zivilgesellschaft zunächst die Skepsis gegenüber der Macht des Staates, der eine übermäßige Steuerung übernimmt. Des Weiteren gilt er als Kritik des Kapitalismus und der Regulierung des Marktes, wodurch sich der Begriff letztlich dahin entwickelte, die Verhältnisse zwischen Politik, Wirtschaft und der Gesellschaft neu zu überdenken und zu positionieren.¹⁷

2.2.2 Begriffsbestimmung

Im deutschen Duden findet man eine kurze sowie abstrakte Definition des Begriffs Zivilgesellschaft, die als „Gesellschaftsform, die durch selbstständige, politisch und sozial engagierte Bürger*innen geprägt ist, festgelegt wird.“¹⁸ Durch diese Erklärung wird zunächst die Autonomie der Bürger*innen verdeutlicht.

In seinem Werk *Zivilgesellschaft, Theorie und Praxis* aus dem Jahr 2005 nimmt sich Frank Adloff der Erklärung und historischen Entwicklung des Begriffs an. Zunächst dient das Konzept Zivilgesellschaft „momentan als politischer Signalbegriff, (...) der demokratische Selbstregierung stärken und (...) Übergriffe des Staates als auch der Marktwirtschaft bändigen

¹⁵ Ebd., S. 192.

¹⁶ Adloff, Frank 2005, *Zivilgesellschaft. Theorie und Praxis*. Frankfurt/ New York: Campus Verlag, S. 41-42.

¹⁷ Vgl. Kocka 2011, S. 192-193.

¹⁸ Online Duden 2020, *Zivilgesellschaft*. Online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Zivilgesellschaft>.

soll.¹⁹ Das bedeutet, dass die Zivilgesellschaft in einen funktionierenden, demokratischen Staat zunehmende Eingriffe der Marktwirtschaft und des Staats kontrolliert und limitiert, wenn es nötig ist. Dadurch entsteht ein ausgewogenes Verhältnis der Akteure. Welche konkreten Personengruppen die Zivilgesellschaft umfassen, beschreibt Adloff als *öffentliche Assoziation, Vereinigung und Zusammenkünfte, die auf dem freiwilligen Zusammenhandeln der Bürger und Bürgerinnen beruhen. Vereine, Verbände und soziale Bewegungen sind typische Organisationsformen.*²⁰

Wichtig ist es, an dieser Stelle zu differenzieren, dass der Begriff Zivilgesellschaft den Oberbegriff für gesellschaftliche Selbstorganisation darstellt. Aus diesem Grund definiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Zivilgesellschaft als einen Bereich, der sich zwischen dem staatlichen und privaten Sektor einer Gesellschaft einordnen lässt und alle Aktivitäten umfasst, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind.²¹

Als dritter Sektor hingegen werden die zivilgesellschaftlichen Organisationen bezeichnet, die sich durch folgende Eigenschaften identifizieren lassen: sie sind formal organisiert, unabhängig von staatlicher Steuerung, autonom selbstverwaltend, mobilisieren zumindest Teile ihrer Ressourcenstruktur über Spenden und bürgerliches Engagement und sind zudem nicht gewinnorientiert.²² Gewinne werden zwar generiert, jedoch werden sie nicht an Mitglieder oder Mitarbeiter*innen ausgeschüttet, sondern wieder in die Organisationen reinvestiert.²³ *Zwei Drittel des freiwilligen Engagements in Deutschland findet in organisatorischen Kontexten und somit im Dritten Sektor statt.*²⁴

2.2.3 Zivilgesellschaftliche Organisationen in Zahlen

Wichtige Kennzahlen zur Dimension des Dritten Sektors in Deutschland bietet zunächst die Statistikauswertung des deutschen Unternehmensregisters (URS) von Holger Krimmer und Jana Priemer aus dem Jahr 2011. Laut dieser Analyse werden fast 105.000 Organisationen bestimmt, die unter den Kriterien des URS erfasst sind.²⁵ Des Weiteren lässt sich belegen, dass

¹⁹ Adloff, Frank 2005, S. 7.

²⁰ Ebd., S. 8.

²¹ Vgl. BMZ, Zivilgesellschaft. Online unter: <https://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>.

²² Vgl. Krimmer, Holger/Priemer, Jana, Zivilgesellschaft in Deutschland – eine Standortbestimmung in Zahlen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 01/1/2011, Vol. 24(3), S. 107.

²³ Zimmer, Annette/Priller, Eckard, Die zunehmende Bedeutung des Dritten Sektors – Ergebnisse des international vergleichenden John Hopkins Projekts. In: JCSW 2001 Band 42: Der Dritte Sektor, S. 13.

²⁴ Krimmer, Holger/ Priemer, Jana 2013, ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen. Berlin: Druckverlag Ketter, S. 8.

²⁵ Kriterien für den URS sind, dass das jeweilige Unternehmen einen steuerbaren Jahresumsatz von 17.500 € und/oder zumindest einen oder eine sozialversicherte Angestellten registriert. Stand der Auswertung war der 30.9.2009, die sich auf das Berichtsjahr 2007 bezieht.

2.284.410 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sozialversicherungspflichtig im Dritten Sektor tätig sind, das ist jede/r zehnte Arbeitnehmer*in in Deutschland.²⁶ Mit 4,1 Prozent und 89 Milliarden Euro trägt der Anteil des Dritten Sektors zur jährlichen Bruttowertschöpfung bei.²⁷

Diese wichtigen Eckzahlen der Statistik verschaffen einen ersten Eindruck über die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland. Eine tiefere Dimension der Datenerfassung bietet die großangelegte, deutschlandweite Studie der Bertelsmann Stiftung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Fritz-Thyssen-Stiftung aus dem Jahr 2012. Im Gegensatz zur Statistikauswertung des deutschen Unternehmensregisters von Holger Krimmer und Jana Priemer bietet das *Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen*, kurz ZiviZ, erstmalig eine umfangreiche Analyse des bürgerlichen Engagements in Deutschland, sei es in freiwilliger Form oder in einer bezahlten Beschäftigung. Durch die Zufallsstichprobe der Grundgesamtheit von 616.154 Organisationen verzeichnete die Datenerhebung der Studie mehr als 3.816 teilnehmende Organisationen. Die repräsentative Stichprobe der Befragung beinhaltet 3006 Vereine, 282 Stiftungen, 212 gemeinnützige GmbHs und 169 Genossenschaften.²⁸ Im Rahmen der Auswertung wurden die Organisationen des Dritten Sektors nach ihren Haupttätigkeitsfeldern unterschieden. Mit 25 Prozent bilden Sportvereine den größten Teil der Organisationen, das sind mehr als 155.000 Sportvereine. Neben den anderen Differenzierungen der Haupttätigkeitsbereichen, wie z.B. dem Bereich Kultur/Medien oder dem Bereich Bildung/Erziehung, sind für diese Arbeit besonders die Aussagen über die Umwelt- und Naturschutzorganisationen, die drei Prozent des Dritten Sektors ausmachen, und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe im internationalen Kontext von Bedeutung, die unter der Bezeichnung internationale Solidarität zusammengefasst werden und zwei Prozent der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland ausmachen.²⁹ Ferner arbeiten im Bereich der internationalen Solidarität 71 Prozent als freiwillig Engagierte, 26 Prozent als sogenannte Hybride (Organisationen, die aus freiwillig Engagierten und hauptamtlich Beschäftigten bestehen) und lediglich in drei Prozent der Organisationen im Bereich internationale Solidarität arbeiten ausschließlich hauptamtlich Beschäftigte.³⁰ Aus den Zahlen lässt sich feststellen, dass die Anzahl der freiwillig Engagierten in diesem Bereich seit 2007 um 35 Prozent gestiegen ist, damit zeigt sich im Vergleich zu den anderen Organisationen

²⁶ Vgl. Krimmer, Holger/Priemer, Jana 2011, S. 107-108.

²⁷ Vgl. ebd., S. 112.

²⁸ Vgl. Krimmer, Holger/ Priemer, Jana 2013, S. 80-81.

²⁹ Vgl. ebd., S. 21.

³⁰ Vgl. ebd. S. 39.

hier der stärkste Zuwachs.³¹ In Bezug auf die finanziellen Mittel der internationalen Solidarität kristallisiert sich heraus, dass den betreffenden Organisationen vergleichsweise viel Geld zur Verfügung steht. Das zeigt sich dadurch, dass 13 Prozent der Organisationen im Bereich internationale Solidarität Jahreseinnahmen von über einer Millionen Euro verzeichnen. Der größte Anteil (54 Prozent) der finanziellen Mittel stammt dabei aus Spenden und Sponsorengeldern.³² Lediglich fünf Prozent der zur Verfügung stehenden Gelder stammen aus staatlicher Hand.

Die ZiviZ bietet vergleichende Aussagen zu den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland. Zudem lässt sich generell konstatieren, dass das zivilgesellschaftliche Engagement der Deutschen, sei es durch ihre Tätigkeit in Organisationen oder auch als Initiative und als soziale Bewegung, stetig wächst.

Die konkreten Zahlen der Statistik und der repräsentativen Studie verdeutlichen die zunehmenden Dimensionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland.

2.3 Die deutsche Rohstoffpolitik

Für den weiteren Verlauf ist es in den folgenden Abschnitten wichtig darzustellen, auf welche Rohstoffe und welche Akteur*innen innerhalb der Rohstoffpolitik sich diese Arbeit bezieht.

2.3.1 Rohstoffe

In diesem Abschnitt soll zunächst die Frage geklärt werden, welche Rohstoffe für die deutsche Ökonomie von besonderer Bedeutung sind und woher Deutschland diese Rohstoffe bezieht. Die wichtigsten Kennzahlen zu Deutschlands Rohstoffbedarf liefert der aktuelle Bericht *Deutschland-Rohstoffsituation 2018*, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der im Jahr 2019 veröffentlicht wurde. Auf dessen Grundlage werden das Vorkommen und die Verwendung von Eisenerz, Kupfer, Zink und Bauxit kurz dargestellt.

Der Rohstoff **Eisenerz**, das im Hochofenverfahren zu Eisen reduziert wird, ist das wichtigste Material zur Herstellung von Stahl. Durch die enorme Festigkeit und der Wiederverwertbarkeit ist Stahl in unzähligen Endprodukten wie z.B. in Gebäudefassaden, in Autos oder in kleineren Produkten wie in Besteck oder in einem Bügeleisen enthalten. Dadurch ist Stahl der weltweit

³¹ Vgl. ebd., S. 43.

³² Vgl. ebd. S. 51-54.

meist genutzte Metallwerkstoff.³³ Der Rohstoff Eisenerz wird von den ansässigen Bergbauunternehmen in den Lieferländern im Tagebau oder unter Tage abgebaut und verkauft. Die deutsche Stahlindustrie ist vollständig auf Eisenerzimporte angewiesen. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 41,1 Mio. Tonnen des Rohstoffs eingeführt. Den größten Anteil (51,7 Prozent) des Eisenerzimports bezieht Deutschland aus Brasilien, gefolgt von Südafrika mit 14,7 Prozent und Kanada mit 12,5 Prozent.³⁴ Die größten Stahlproduzenten Deutschlands sind thyssenkrupp Steel Europe, die im Jahr 2018 12,6 Mio. Tonnen Stahl herstellte, der Konzern Salzgitter mit 7,0 Mio. Tonnen und ArcelorMittal Deutschland, die 5,5 Mio. Tonnen Stahl produzierten.³⁵

Der Rohstoff **Kupfer** oder Kupfererz wird ebenfalls im Tagebau oder unter Tage abgebaut und kommt in besonders großen Mengen in den Ländern Südamerikas vor. Laut den Rohstoffinformationen der DERA, die sich auf das Jahr 2010 beziehen, besitzt Chile mit 24 Prozent den weltweit größten Anteil des Kupfervorkommens, gefolgt von Peru mit 14 Prozent und Australien mit 12 Prozent.³⁶ Besondere Verwendung findet der Rohstoff in der Elektrotechnik sowie im Bauwesen. Aufgrund der optimalen Wärme- und elektrischen Leitfähigkeit wird Kupfer für Kabelprodukte oder für Rohre im Sanitär- und Heizungsbereich genutzt.³⁷ Die Top drei der weltweit größten Bergbauunternehmen, die den Rohstoff abbauen, sind die chilenische *Corporation National del Cobre (Codelco)*, auf Platz eins mit 11 Prozent, gefolgt auf Platz zwei mit 9,5 Prozent, von der US-amerikanischen *Freeport – McMoran Copper & Gold Inc.*, und auf Platz drei befindet sich die australische *BHP Billiton Group* mit 7,1 Prozent der Weltförderung von Kupfer.³⁸ Die deutsche Industrie ist zu 100 Prozent von Kupferimporten abhängig. Im Jahr 2018 betrug die Einfuhr des Rohstoffs 1,18 Mio. Tonnen. Die größten Anteile des Imports kamen dabei aus Peru mit 28,6 Prozent, gefolgt von Chile mit 21,8 Prozent und Brasilien mit 15,1 Prozent.³⁹

Auch das Buntmetall **Zink** wird im Bergbau abgebaut. Im Jahr 2012 war China auf Platz eins der weltweiten Förderung von 4,54 Mio. Tonnen Zink, gefolgt von Australien mit rund 1,53

³³ Vgl. CIR 2016, Studie Diebstahl. Unter der blanken Oberfläche: Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt. Münster: Kleyer-Druck, S. 3.

³⁴ Vgl. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, S. 82.

³⁵ Vgl. ebd., S. 32.

³⁶ Vgl. Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2013, Risikobewertung – Kupfer Kurzbericht. Berlin., S. 14.

³⁷ Vgl. ebd., S. 9.

³⁸ Vgl. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, S. 76.

³⁹ Ebd., S. 20.

Mio. Tonnen und Peru mit 1,28 Mio. Tonnen.⁴⁰ Auch vom Import von Zink ist die deutsche Wirtschaft zu 100 Prozent abhängig. Im Jahr 2018 wurden 362.803 Tonnen in die Bundesrepublik eingeführt. Der größte Anteil von 29,4 Prozent dieser Importe stammt aus Australien, gefolgt von Schweden mit 20,7 Prozent, den USA mit 16,4 Prozent und Burkina Faso mit 12,1 Prozent des Imports⁴¹. Der Rohstoff findet in Deutschland besonders in der Automobil- sowie in der Bauindustrie seine Verwendung. Zink wird dabei zur Verzinkung von Stahl zum Korrosionsschutz benutzt, woraus Produkte wie Bleche, Drähte und Bänder entstehen, wird aber auch zur Herstellung von Messing verwendet.

Aus **Bauxit** wird das Leichtmetall Aluminium gewonnen. Bauxit wird ebenfalls im Tagebau der Lieferländer gewonnen. Aufgrund des geringen Gewichts und der zugleich hohen Tragfähigkeit von Aluminium ist es besonders bedeutend in der Automobil- und Transportbranche, gefolgt vom Bauwesen und der Verpackungsindustrie.⁴² 2018 wurden insgesamt 2,6 Mio. Tonnen Bauxit fast ausschließlich aus dem westafrikanischen Guinea (92,2 Prozent) in die Bundesrepublik importiert.⁴³

Nach der kurzen Vorstellung der Rohstoffe soll im nächsten Abschnitt der Notwendigkeit der Unternehmensverantwortung jener Konzerne, die Rohstoffe aus den Ländern des globalen Südens beziehen, auf den Grund gegangen werden. In diesem Zusammenhang wird die Frage aufgegriffen, warum die Transparenz der Liefer- und Wertschöpfungsketten von Rohstoffen von Bedeutung ist.

2.3.1.1 Liefer- und Wertschöpfungsketten von Rohstoffen

Inwiefern stellen die Liefer- und Wertschöpfungsketten von importierten Rohstoffen ein Problem dar und welche Sorgfaltspflichten haben die Unternehmen im Rahmen des Rohstoffflusses aus den Lieferländern? Diese Aspekte sind grundlegend für die Untersuchungen dieser Arbeit. Aus diesem Grund wird die Problematik intransparenter Liefer- und Wertschöpfungsketten kurz dargestellt.

Laut Definition versteht man unter der Wertschöpfungskette von Rohstoffen die gesamte Produktionskette, die den Abbau eines Rohstoffs, die Verarbeitung, den Handel, die

⁴⁰ Vgl. Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2015, Risikobewertung Zink. Kurzbericht. Berlin, S. 11.

⁴¹ Vgl. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, S. 79.

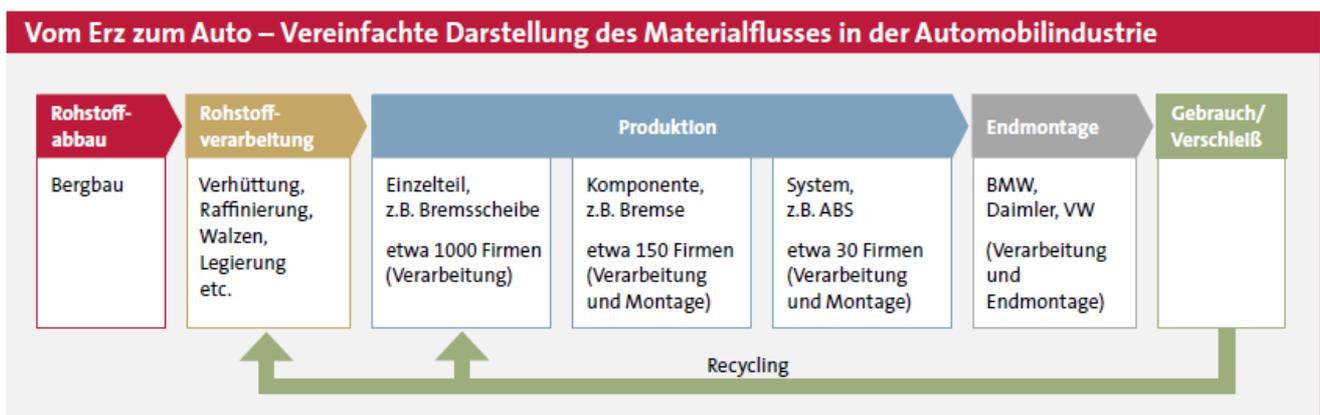
⁴² Vgl. Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2019, Rohstoff Aluminium, S. 3.

⁴³ Vgl. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, S. 73.

Endverbraucher*innen und die Entsorgung des Produkts umfasst.⁴⁴ Damit sich Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden entlang einer komplexen Lieferkette eines Produkts feststellen lassen, ist ein hohes Maß an Transparenz der produzierenden Unternehmen erforderlich.

In der Studie „Vom Erz zum Auto“ aus dem Jahr 2013 von MISEREOR und Brot für die Welt wird die gesamte Lieferkette eines Fahrzeugs, in diesem Fall die eines VW Golfs, konkret beleuchtet und dabei wird auf den Mangel der unternehmerischen Sorgfaltspflicht der Automobilhersteller eingegangen. Die folgende Abbildung aus der Studie skizziert sehr anschaulich den Verlauf der Lieferkette.

Abb. 3: Die Rohstofflieferkette von Erz in der Automobilindustrie.



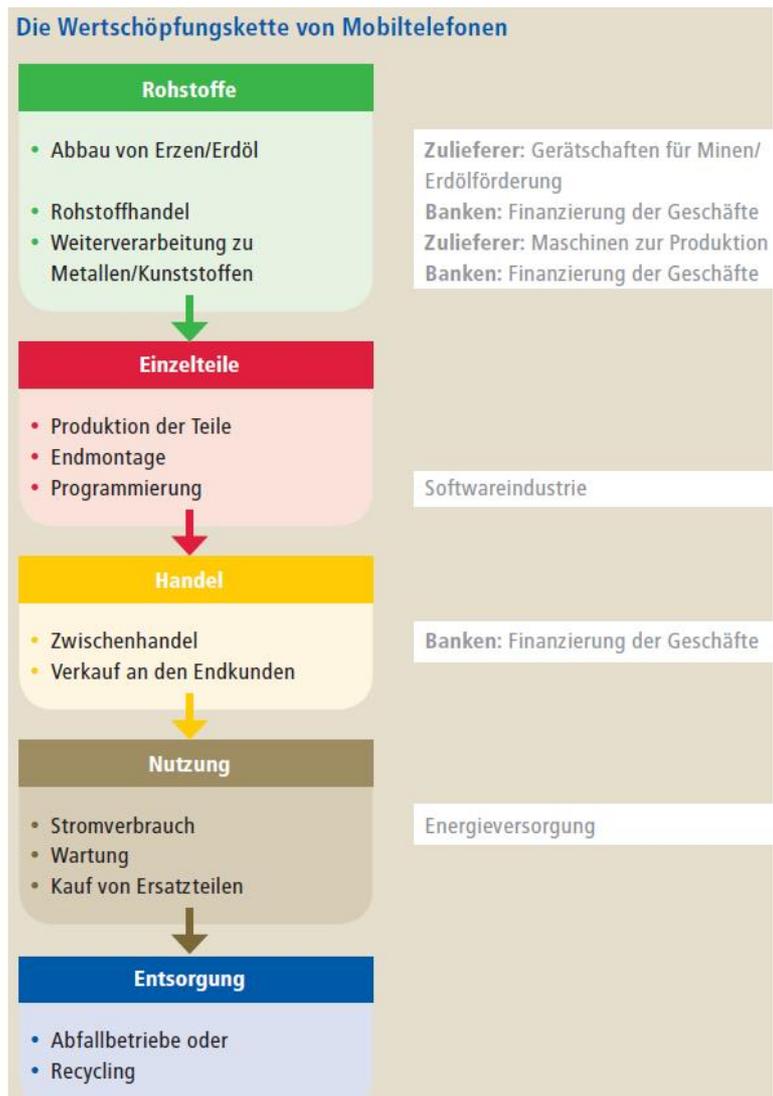
Quelle: Müller, Axel (2013): Vom Erz zum Auto. Automobilrohstoffe und deren Herkunft, S. 7.

Einen wesentlichen Anteil am Rohstoffverbrauch hat jedoch auch die rasant wachsende Informationstechnologie. Die ständig neu entwickelten Produkte und neuen Modelle von Smartphones, Tablets oder Laptops lösen die bisherigen immer schneller ab und senken damit ihre Gebrauchsdauer.⁴⁵ Das bedeutet, dass der Technologiefortschritt für eine steigende Nachfrage nach neuer Technik und den damit verbundenen höheren Rohstoffverbrauch verantwortlich ist.

⁴⁴ Vgl. Südwind e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene 2012, Von der Mine bis zum Konsumenten. Die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen. Bonn: Druckerei u. Verlag Brandt GmbH, S. 4.

⁴⁵ Vgl. Eich, Dieter/Leonhard, Ralf 2013, Umkämpfte Rohstoffe. Märkte, Opfer, Profiteure. Berlin: Christoph Links Verlag, S. 9.

Abb. 4: Rohstofflieferkette von Erz und Erdöl für ein Mobiltelefon



Quelle: Südwind e.V. 2012, Die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen. In: Von der Mine bis zum Konsumenten. Bonn: Verlag Brandt GmbH, S. 3.

Die beiden Darstellungen verdeutlichen den Weg der verwendeten Rohstoffe auf eine exemplarische Weise. Besonders im ersten Abschnitt der Lieferkette, beim Rohstoffabbau, kann es zu bedeutenden Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden kommen, die die jeweiligen Unternehmen, welche die Rohstoffe aus den Ländern des globalen Südens beziehen und mit dem Endprodukt dann Profite erzielen, zunächst erkennen und im nächsten Schritt eindämmen sollten. Die meistens mangelhafte unternehmerische Sorgfalt beim Rohstoffabbau kritisieren zivilgesellschaftliche Vertreter*innen im Bereich Rohstoffe stark. Die Produkthersteller argumentieren, dass ihre Durchgriffsmöglichkeiten auf die Zulieferfirmen limitiert seien und der Verlauf der Rohstoffe von Beginn an nicht exakt nachvollziehbar sei.⁴⁶

⁴⁶ Vgl. Kerkow, Uwe 2013, Rohstoffeinsatz der Automobilindustrie. Transparenzprobleme und Unternehmensverantwortung. In: MISEREOR, Brot für die Welt (Hrsg.): Vom Erz zum Auto. Rohstoffe für die Reichen – schlechte Lebensbedingungen für die Armen, S. 9.

Dieses Argument sehen Kritiker*innen aus dem zivilgesellschaftlichen Segment als bloße Rechtfertigung der Unternehmen nicht aktiv an der Transparenz und Überprüfung ihrer eigenen Lieferketten tätig zu werden, da eine Verbesserung mit höheren Kosten verbunden ist.⁴⁷

2.3.2 Akteur*innen im deutschen Rohstoffsektor

Um ein besseres Verständnis der verschiedenen Vertreter*innen innerhalb der deutschen Rohstoffpolitik zu erhalten, werden ausgewählte Akteur*innen, die für diese Arbeit von Bedeutung sind, im Folgenden kurz dargestellt.

2.3.2.1 Industrie

Wenn man von Vertreter*innen der deutschen Industrie spricht, die mit dem Import und der Verarbeitung von Rohstoffen aus den Ländern des globalen Südens befasst sind, sind eine Vielzahl von Unternehmen in Deutschland gemeint. Wie man im vorigen Abschnitt zur Verwendung von Rohstoffen erkennen kann, sind insbesondere Unternehmen in der Stahlverarbeitung, der Automobilbranche und das Bauwesen auf eine Rohstoffversorgung aus den Lieferländern angewiesen. Wichtig für den weiteren Verlauf dieser Arbeit ist es, den industriellen Akteur innerhalb der deutschen Rohstoffpolitik nachvollziehbar zu benennen. Um den Rahmen nicht zu sprengen, werden jene Verbände der deutschen Industrie vorgestellt, die die Interessen der jeweiligen Unternehmen vertreten.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wurde 1949 gegründet und ist der Interessenverband der deutschen Industrie, welcher mehr als 100.000 Unternehmen vertritt und ständige Lobbyarbeit leistet. Zudem ist es offenkundig, dass die rohstoffverarbeitende Industrie sehr stark im BDI vertreten ist.⁴⁸

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) wurde bereits 1901 als *Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller* gegründet und erhielt im Jahr 1946 den gegenwärtigen Namen. Der Verband bündelt die Interessen der deutschen Automobilbranche und umfasst über 600 Unternehmen, die Autos, Anhänger, Busse und Kfz-Teile produzieren.⁴⁹ Konkret fallen

⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁸ Vgl. BDI 2016: Unser Mandat. Unser Leitbild. Unsere Aufgaben. Online unter: <https://bdi.eu/der-bdi/ueber-uns/#/artikel/news/unser-mandat-unser-leitbild-unsere-aufgaben/>; vgl. Reckordt, Michael (2017): Globale Rohstoffpolitik im Interesse der Industrie. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen* 30. Jg. 1., S.80.

⁴⁹ Vgl. VDA - Verband der Autoindustrie, Mitglieder. Online unter: <https://www.vda.de/de/verband/mitglieder.html>

darunter die bekannten Herstellernamen wie die Audi AG, die Bayerischen Motorenwerke AG, die Daimler AG, Ford-Werke GmbH und die Volkswagen AG.⁵⁰

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) blickt auf ein langes Bestehen zurück, da sie bereits im Jahr 1874 als *Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller* gegründet wurde. Sie vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Industrie und listet aktuell 51 Stahlunternehmen Deutschlands. Dazu gehören auch die größten Stahlunternehmen der Bundesrepublik: thyssenkrupp Steel Europe, Salzgitter und ArcelorMittal Deutschland.⁵¹

Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie wurde im Jahr 1948 gegründet und vertritt „*die Interessen von 2000 großen und mittelständischen Unternehmen der deutschen Bauindustrie.*“⁵²

2.3.2.2 Politik

Unter den politischen Vertreter*innen der deutschen Rohstoffpolitik ist zunächst die deutsche Bundesregierung, bestehend aus der Bundeskanzlerin und den Bundesministern, zu verstehen, die Strategien und Aktionspläne veröffentlichen, um die politische Erwartungshaltung und Orientierungshilfen für deutsche Unternehmen in Bezug auf Rohstoffgewinnung und Rohstoffversorgung zu gewährleisten.

Zum regelmäßigen Austausch der betreffenden Ministerien über Themen der Rohstoffpolitik wurde der interministerielle Ausschuss gegründet, der speziell von Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geführt wird. Die vertretenen Ministerien im Ausschuss sind die Bundesministerien für Finanzen; für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; für Bildung und Forschung; für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Innern sowie das Auswärtige Amt.⁵³

Überdies wurde im Rahmen der Rohstoffstrategie der Bundesregierung von 2010 eine Beratungsagentur geschaffen, die deutsche Rohstoffagentur (DERA) als Teil der Bundesanstalt

⁵⁰ VDA Herstellergruppe 1 (Automobilhersteller). Online unter: <https://www.vda.de/de/verband/mitglieder/herstellerguppe-I.html>

⁵¹ Vgl. WV Stahl, Über uns – die Wirtschaftsvereinigung Stahl. Online unter: <https://www.stahl-online.de/index.php/wv-stahl/>; vgl. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2019, S. 32.

⁵² Hauptverband der deutschen Bauindustrie (2017): Werte schaffen. Werte schützen. Leitbild der deutschen Bauindustrie. <https://www.bauindustrie.de/publikationen/werte-flyer/>

⁵³ Vgl. Feldt, Heidi 2012, Die deutsche Rohstoffstrategie. Eine Bestandsaufnahme. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Berlin, S. 5.

für Geowissenschaften und Rohstoffe. Die Beratungstätigkeit und Informationsstelle der DERA soll deutschen Unternehmen bei *der Entwicklung eines Frühwarnsystems zur Erkundung von Risiken in der Rohstoffversorgung, der Entwicklung neuer Instrumente und Methoden in der Rohstoff- und Bergwirtschaft sowie der Kooperation mit den Rohstoffpartnerländern zur Seite stehen.*⁵⁴

2.3.2.3 Zivilgesellschaftliche Organisationen

Die Anzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland, die sich im Rahmen des Rohstoffabbaus für den Schutz der Menschenrechte und/oder für den Umweltschutz in den Ländern des globalen Südens engagieren, ist groß. Bekannte Organisationen wie der WWF Deutschland (1963), der sich weltweit gegen die Umweltzerstörung im Bergbau einsetzt, ebenso wie Brot für die Welt (1959) mit einem Menschenrechtsfokus im Bergbau, sind einige konkrete Namen.

Von wesentlicher Bedeutung für diese Arbeit ist der AK Rohstoffe, als Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich Rohstoffe. Der AK Rohstoffe wurde im Jahr 2008 gegründet und ist ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. In der Summe sind es 30 deutsche Organisationen, die am AK Rohstoffe beteiligt sind. Seit der Gründung im Jahr 2008 treffen sich die Mitglieder des AK Rohstoffe zumindest zweimal im Jahr und diskutieren angesichts der negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus in den Ländern des globalen Südens über Ansätze einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik. Seit Mai 2013 gibt es ein Koordinationsbüro in Berlin. Die Koordination des AK Rohstoffe wird inhaltlich begleitet von einem Koordinierungskreis, der sich momentan aus Vertreter*innen von zehn deutschen Organisationen zusammensetzt: Brot für die Welt, Christliche Initiative Romero, Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, Heinrich-Böll-Stiftung, Misereor, NaBu, Powershift, Südwind-Institut sowie Urgewald.⁵⁵

Überdies ist folgende Initiative zivilgesellschaftlicher Organisationen in Bezug auf das Thema Rohstoffpolitik in Deutschland noch erwähnenswert. Die seit September 2019 existierende *Initiative Lieferkettengesetz* ist ein Zusammenschluss von über 80 gelisteten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz in Deutschland, die auch im AK Rohstoffe tätig sind und in Form einer Online-Petition von der

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Vgl. AK Rohstoffe: Über den AK Rohstoffe. Online unter: <http://ak-rohstoffe.de/ueber-uns/>.

deutschen Bundesregierung ein verbindliches Lieferkettengesetz einfordert. Das Lieferkettengesetz soll die Sorgfaltspflichten der Unternehmen zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt im Rahmen des Rohstoffabbaus gesetzlich festlegen und damit einen fairen gesetzlichen Rahmen schaffen. Durch das Gesetz sollen jene Unternehmen, die für Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verantwortlich sind oder sie in Kauf nehmen, haftbar machen. Ebenso können Geschädigte ein Unternehmen zur Rechenschaft ziehen.⁵⁶

2.3.3 Die Rohstoffstrategie der Deutschen Bundesregierung von 2010

Es zeichnet sich auch für die Zukunft ab, dass die Nachfrage nach metallischen sowie energetischen Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft konstant hoch sein wird. Dies führt dazu, dass insbesondere industrielle und staatliche Akteur*innen im Kontext der deutschen Rohstoffpolitik bestrebt sind, die Versorgungssicherheit der nationalen Industrie zu gewährleisten. Erste Maßnahmen dazu ergriff der BDI zu Beginn der 2000er Jahre, indem der „Ausschuss für Rohstoffpolitik“ etabliert wurde, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Sicherung der Industrierversorgung auf der bundespolitischen Tagesordnung zu platzieren.⁵⁷ Die Forderungen des BDI an die Bundesregierung führten am 8. März 2005 zum ersten BDI-Rohstoffkongress in Berlin. Diese Kongresse des BDI dienen als Plattform für Vertreter*innen aus Industrie, Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, in der diskutiert wird, wie die Rohstoffversorgung für die deutsche Industrie zukünftig gesichert werden kann.⁵⁸ Die ersten Entwicklungen seitens der Deutschen Bundesregierung zeigten sich schon am nächsten BDI-Rohstoffkongress im März 2007, als die damalige Koalition die *Elemente einer Rohstoffpolitik der Bundesregierung* proklamierte, welche das Ergebnis des intensiven Dialogs zwischen Politik und Industrie verkörperten. Zugleich gründete Bundeskanzlerin Angela Merkel den Interministeriellen Ausschuss (IMA) Rohstoffe, der dafür zuständig ist, rohstoffbezogene Problembereiche der Wirtschaft zu erkennen und ressortübergreifende Lösungsansätze zu entwickeln.⁵⁹ Eine Weiterentwicklung der 2005 vorgestellten Strategie wurde bereits auf dem folgenden Kongress im Oktober 2010 präsentiert. Die Regierung stellte die *Rohstoffstrategie*

⁵⁶ Vgl. Oxam, Lieferkettengesetz: Für Menschenrechte in der Wirtschaft. Online unter: <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/lieferkettengesetz>.

⁵⁷ Vgl. Bohne, Andreas/ Reckordt, Michael 2017: Im Widerspruch vereint. Die „Africa Mining Vision“ und die deutsche Rohstoffpolitik. In: RLS (Hrsg.): ONLINE-Publikation 20/2017, S. 6.

⁵⁸ Vgl. BDI: 6. BDI-Rohstoffkongress, <https://bdi.eu/der-bdi/termine-und-veranstaltungen/#/termin/news/6-bdirohstoffkongress/>.

⁵⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) 2010, Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, S.6.

der Bundesregierung vor, die wieder im Rahmen der engen Zusammenarbeit mit dem BDI formuliert wurde. Kritiker*innen aus dem zivilgesellschaftlichen Segment bewerten die Kernaussagen der neuen Strategie aus diesem Grund als Forderungskatalog der Industrieverbände:

„In ihr werden weitere Freihandelsabkommen, eine kohärente Rohstoffdiplomatie und Streitschlichtungsklagen im Rahmen der WTO gefordert. Vor allem handelspolitische Maßnahmen anderer Länder, wie Exportzölle oder -quoten sowie Importvergünstigungen sollen als Wettbewerbsverzerrungen mit harten Instrumenten (z.B. Klagen gegen Exporteinschränkungen) und einer Rohstoffdiplomatie abgebaut werden“.⁶⁰

Im Detail kristallisieren sich folgende Kernziele der Rohstoffstrategie von 2010 heraus, die das gemeinsame Vorhaben der Regierung und der Industrie unterstreichen: den Zugang zu Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft sicherzustellen.

1. Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen,
2. Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen,
3. Unterstützung der Wirtschaft bei der Erschließung von Synergien durch nachhaltiges Wirtschaften und Steigerung der Materialeffizienz,
4. Weiterentwicklung von Technologien und Instrumenten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Recycling,
5. Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern,
6. Eröffnung neuer Optionen durch Substitutions- und Materialforschung,
7. Fokussierung rohstoffbezogener Forschungsprogramme,
8. Herstellung von Transparenz und Good Governance bei der Rohstoffgewinnung,
9. Verzahnung nationaler Maßnahmen mit der europäischen Rohstoffpolitik.⁶¹

⁶⁰ Reckordt, Michael 2017, S. 82

⁶¹ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) 2010, S. 7.

Heidi Feldt konstatiert in diesem Zusammenhang, dass die Handels- und Außenwirtschaftsmaßnahmen die zentralen Ziele der Strategie sind. Zudem platzieren die Rohstoffstrategie sowohl Deutschlands als auch der EU den Freihandel mit Rohstoffen und den Abbau aller Handelsbeschränkungen im Rohstoffhandel an erster Stelle.⁶²

2.3.3.1 Reaktion der Zivilgesellschaft

Am 26. Oktober 2010 präsentierte die Bundesregierung im Rahmen des BDI-Rohstoffkongresses die Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung. Daraufhin verfasste der AK Rohstoffe seinen Forderungskatalog mit zivilgesellschaftlichen Schwerpunkten und richtete diesen an die Bundesregierung. Die maßgebliche Kritik aus dem Netzwerk stellt die fehlende Einbindung sowie Konsultation der deutschen Zivilgesellschaft im Rahmen der Ausarbeitung der Rohstoffstrategie dar.

„Die Strategie soll in erster Linie dazu beitragen, die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie zu sichern. Die Diskussion darüber hat bisher fast ausschließlich zwischen Bundesregierung und Industrie stattgefunden (...).“⁶³

Des Weiteren postuliert der AK Rohstoffe die Mitverantwortung Deutschlands bezüglich der weitreichenden Folgen für Mensch und Natur in den rohstoffreichen Abbauländern als wesentlichen Faktor der deutschen Rohstoffpolitik. Somit lassen sich aus dem Forderungspapier des AK Rohstoffe sechs Punkte herausfiltern:

1. Ökologisches Umsteuern: Unter diesem Aspekt fordert der AK Rohstoffe, gemäß den Richtlinien der Europäischen Kommission, den Import und den Verbrauch von Rohstoffen zu besteuern. Des Weiteren sollen alternative Rohstoffe, insbesondere im energetischen Bereich intensiver ausgebaut sowie gefördert werden. Zudem soll die Förderung des Recyclings von wiederverwertbaren Rohstoffen fokussiert werden. Außerdem fordert der AK Rohstoffe von der Bundesregierung Kompensationszahlungen anzubieten, die einen möglichen Umsatzverlust eines Unternehmens durch den Verzicht von Rohstoffförderung zum Schutz der Umwelt ausgleicht.
2. Friedens- und sicherheitspolitische Aspekte: Als nächstes fordert der AK Rohstoffe die Bundesregierung auf, den Import von Ressourcen aus Konfliktgebieten zu sanktionieren und zukünftige Rohstoffvorhaben in Konfliktländern zu vermeiden.⁶⁴

⁶² Vgl. Feldt, Heidi 2012, S. 4.

⁶³ AK Rohstoffe 2010, S.1.

⁶⁴ Der Ressourcenabbau kann soziale Konflikte oder Bürgerkriege in bestimmten Ländern des globalen Südens hervorrufen oder verlängern, wie es beispielsweise im Bürgerkrieg 1999 bis 2002 in Sierra Leone aufgrund des

3. Schutz der Menschenrechte und Beteiligungsrechte der Zivilgesellschaft: Unter diesem Aspekt wird der Schutz der lokalen Bevölkerung in den Abbauregionen gefordert.
4. Internationale Handels- und Investitionspolitik: Im Rahmen der EU-Investitionspolitik sollen Deutschlands bisherige bilaterale Investitionsverträge in einer transparenten Art und Weise neu geprüft und bearbeitet werden. Zudem fordert der AK Rohstoffe im Rahmen der deutschen Handelspolitik zu deutlich mehr Transparenz in der Güterkette auf.
5. Rohstoffgovernance: Hier fordert der AK Rohstoffe, die Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten für deutsche Unternehmen und Banken zu fixieren. Zudem wird die Zertifizierung von Handelsketten eingefordert.
6. Transparente und öffentliche Debatte über die Rohstoffstrategie ist notwendig: Zuletzt fordert der AK Rohstoffe die Einbindung aller wichtigen Akteur*innen im rohstoffbezogenen Kontext.⁶⁵

Im nächsten Abschnitt werden zwei Beispiele von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen 2012 und 2015 als Folgen des Rohstoffabbaus dargestellt. Anhand dieser vermeidbaren Katastrophen, in denen Unternehmen sich ihrer Sorgfaltspflichten entziehen, sollen die Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards aus dem zivilgesellschaftlichen Segment unterstrichen werden.

Diamantenvorkommens passierte oder in der Demokratischen Republik Kongo, wo es aufgrund des Coltan Vorkommens zu großen Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen, Rebellenführern, Staat, Militär, westlichen Unternehmen und den angrenzenden Staaten kommt (vgl. AK Rohstoffe 2010, S. 4-5; vgl. planetwissen, Kampf um die Kongo-Schätze. Online unter: https://www.planetwissen.de/natur/fluesse_und_seen/kongo/pwiekampfumdiekongoschaetze100.html.)

⁶⁵ Vgl. ebd.: S. 3-10.

EXKURS: Menschenrechtsverletzung und Umweltverschmutzung im Rahmen des Rohstoffabbaus – Fallbeispiele aus Südafrika und Brasilien

Fallbeispiel 1: Das Massaker von Marikana in Südafrika 2012

Am 16. August 2012 ereignete sich an der Marikana-Mine, die im Nordwesten Südafrikas und 100 Kilometer weit entfernt von Johannesburg liegt, das schlimmste staatliche Massaker an Südafrikaner*innen seit dem Ende der Apartheid. 34 streikende Bergbauarbeiter*innen wurden von der südafrikanischen Polizei erschossen, weitere 74 verletzt und Hunderte festgenommen.⁶⁶ Betrieben wird die Marikana-Mine vom weltweit viertgrößten Platinproduzenten, dem britischen Konzern Lonmin Platinum, dessen Hauptabnehmer des Edelmetalls der deutsche Chemiekonzern BASF ist. BASF kauft mehr als die Hälfte des in Marikana geförderten Platins und setzt es in der Produktion von Katalysatoren für die deutschen Automobilhersteller VW, Daimler und BMW ein.⁶⁷

Ausgangspunkt der Streiks waren die Forderungen Arbeiter*innen an ihren Arbeitgeber nach Lohnerhöhungen sowie besseren Arbeits- und Lebensbedingungen. Bis zum Zeitpunkt der Eskalation arbeiteten die Minenarbeiter*innen bis zu 12 Stunden unter Tage, sechs Tage die Woche, für die sie laut eigenen Aussagen mit rund 4000-5000 Rand im Monat (250-320€) entlohnt werden.⁶⁸ Bergbauarbeiter*innen in Konkurrenzkonzernen wie Anglo American Platinum verdienen im Vergleich 6300 Rand (ca. 630€) und bei Impala Platinum 7194 Rand (ca. 700€).⁶⁹ Somit forderten die Arbeiter*innen eine Lohnerhöhung auf rund 7500 Rand im Monat. Zu angemessenen Lohnverhandlungen zwischen den Arbeiter*innen und dem Konzern-Management kam es nicht, da Lonmin alle Gespräche verweigerte und lediglich über die Gewerkschaftsvertreter*innen kommunizieren wollte. Daraufhin legten sie ihre Arbeit in der Mine nieder. Am 11. August 2012 organisierten sich 2000-3000 Arbeiter*innen und versuchten die Forderungen nach einer Lohnerhöhung ihrer Gewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) vorzulegen. Jedoch wurde ihnen auch dort ein Treffen verwehrt und die ersten gewaltsamen Angriffe des Sicherheitspersonals auf die streikende Belegschaft begannen.⁷⁰ In den darauffolgenden Tagen wurde die Polizeipräsenz an den Minen massiv verstärkt und durch

⁶⁶ Vgl. Brot für die Welt (Hrsg.) 2018, Studie: Edles Metall – Unwürdiger Abbau. Platin aus Südafrika und die Verantwortung deutscher Unternehmen, Berlin: Spree Druck, S. 10.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 13.

⁶⁸ Vgl. Alexander, Peter/ Lekgowa, Thapelo/ Mmope, Botsang/ Sinwell, Luke/ Xezwi, Bongani 2013, Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika. Wien: Mandelbaum, S. 41.

⁶⁹ Vgl. Brot für die Welt 2018, S. 14.

⁷⁰ Vgl. Alexander, Peter et. al., 2013, S. 46.

zusätzliches Sicherheitspersonal aufgestockt, die von Augenzeugen aufgrund ihrer Uniformen als „Soldaten“ wahrgenommen wurde.⁷¹

Am 16. August erreichte der Streik seinen brutalen Höhepunkt. Die ca. 3000 Streikenden harrten auf dem Berg „Wonderkop Kopie“ aus, als die Anzahl der Polizisten und Soldaten weiterhin zunahm und sie die Arbeiter*innen auf dem Berg mit Stacheldraht einkesselten. Der Präsident der Gewerkschaft, Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU), Joseph Mathunja, bat die Streikenden mehrfach, den Boykott zu beenden und den Berg zu verlassen, solange dies noch möglich war. Als Mathunja den Berg verließ, eröffnete die Polizei das Feuer auf die umzingelten Arbeiter*innen. Neben scharfer Munition wurde auch mit Blendgranaten, Tränengas, Wasserwerfern, Gummigeschossen und Injektionspritzen auf die davonlaufende Menge geschossen. 20 starben beim ersten Angriff und gleich danach, gleichzeitig wurde kein Polizist verletzt.⁷² An diesem Tag tötete die Polizei 34 Arbeiter*innen, weil sie für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen protestierten, was ihnen aufgrund des verfassungsmäßigen Streik- und Versammlungsrechts zusteht.⁷³

Erst nach dem blutigen Ereignis und der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit stimmte Lonmin Gesprächen mit den Arbeiter*innen zu, woraufhin es zu einer starken Lohnerhöhung kam – 22 Prozent für Bohrhauer und eine Bonuszahlung von 2000 Rand für die Wiederaufnahme der Arbeit.⁷⁴ Entschädigungszahlungen an die Witwen der Getöteten leistete der Konzern bis heute nicht. Ebenso kam es zu keiner Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiter*innen, die weiterhin mit ihren Familien unweit der Minen in kleinen Blechhütten leben, die keinen ausreichenden Anschluss an Sanitär- und Stromanlagen haben.⁷⁵

Das Massaker von Marikana verdeutlicht die fatalen Folgen der fehlenden menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen, die in den Ländern des globalen Südens Rohstoffe abbauen und daraus hohe Profite erzielen.

Fallbeispiel 2: Umweltkatastrophe von Mariana, Brasilien 2015

Die „Tragödie von Mariana“ ereignete sich am 5. November 2015, als der Damm des Rückhaltebeckens Fundão nahe der Kleinstadt Mariana, 400 km nördlich von Rio de Janeiro, durchbrach und sich über 60 Millionen Kubikmeter toxischer Schlamm ausbreiteten. Die giftige Lawine begrub die Dörfer Bento Rodrigues und die Häuser im nächstliegenden Bezirk Paracatu

⁷¹ Vgl. ebd., S. 60.

⁷² Vgl. ebd., S. 65.

⁷³ Vgl. ebd., S. 175.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 69-70.

⁷⁵ Vgl. Brot für die Welt 2018, S. 15.

de Baixo und zerstörte damit das gesamte Hab und Gut der Bewohner*innen. 19 Menschen starben bei dem Unglück. Überdies füllte der Schlamm zunächst das Flusstal des Rio Gualaxo do Norte, flutete danach den Rio Carmo, bis er den Rio Doce erreichte und diesen auf 800 Kilometern kontaminierte. Auf dieser Länge gilt der Fluss als toxisch tot. Durch die Mündung des Rio Doce in den Atlantik, gelangte der Giftschlamm letztlich ins offene Meer.⁷⁶

Die Auswirkungen auf die Natur und die ansässigen Menschen sind fatal. Die Dörfer des Gemeindebezirks Mariana wie z.B. Bento Rodrigues, Paracatu de Baixo, Camargos, Águas Claras, Pedras, Campina Barreto, Gesteira, Ponte da Gama sowie der Bezirk Barra Longa wurden völlig zerstört, sodass Häuser, Schulen, Gesundheitszentren und dort ansässige landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr nutzbar sind. Durch die Verschmutzung des Trinkwassers brach die Wasserversorgung der betroffenen Dörfer zusammen. Überdies vermutet man, dass bis zu 3.000 Fischer*innen entlang des Rio Doce und an seiner Mündung in den Atlantik ihre Einkommensquelle verloren haben.⁷⁷

Das Rückhaltebecken gehört zur Erzbergbaudeponie des Bergbauunternehmens Samarco, das Eisenerz in ihren Minen abbaut und zum brasilianischen Unternehmen Vale und dem australisch-britischen Konzern BHP gehört.⁷⁸ Die Erträge aus dem Abbau des brasilianischen Eisenerzes, wie vom Unternehmen Samarco, werden weltweit verteilt. Die zwei größten deutschen Erzimporteure sind die ThyssenKrupp AG und die Salzgitter AG und sie beziehen ihren Rohstoff von Vale. Insgesamt stammen 55 Prozent aller Eisenerzimporte, die in Deutschland landen, aus Brasilien. Der Rohstoff wird von Konzernen wie ThyssenKrupp im großen Stil zu Stahl verarbeitet und unter anderem an deutsche Automobilhersteller wie VW, Daimler und BMW verkauft.⁷⁹

Vale und BHP Billiton Brasil verwies die Hauptverantwortung für die Sicherheit des Fundão Rückhaltebeckens bei Mariana allein auf Samarco. Gleichzeitig wurden Behauptungen in die Öffentlichkeit getragen, dass Samarco von grundlegenden Sicherheitsmängeln am Becken gewusst und sie in Kauf genommen habe, wie der Polizeisprecher Roger Lima de Moura von der brasilianischen Bundespolizei sagte.⁸⁰ Im weiteren Verlauf wurde im November 2016 vom Bundesgericht Ponte Nova Anklage gegen Samarco, Vale und BHP Billiton sowie 22 Einzelpersonen in Bezug auf die Verantwortung für den Dambruch erhoben.

⁷⁶ Vgl. Cidse, Schlamm der Zerstörung. Online unter: <https://cidse.atavist.com/schlammderzerstoerung>.

⁷⁷ Vgl. ebd.

⁷⁸ Vgl. Russau, Christian 2016: Erzabbau in Brasilien: Der hohe Preis eines billigen Rohstoffs. In CIR (Hrsg.), Studie Diebstahl. Unter der blanken Oberfläche: Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt, S. 7.

⁷⁹ Vgl. Müller, Axel (2013): Vom Erz zum Auto. In MISEREOR, Brot für die Welt (Hrsg.): Vom Erz zum Auto. Rohstoffe für die Reichen – schlechte Lebensbedingungen für die Armen. Frankfurt/Main, S. 6.

⁸⁰ <https://cidse.atavist.com/schlammderzerstoerung#chapter-2871436>

Nur knapp dreieinhalb Jahre später wiederholte sich eine solche Katastrophe in Brasilien, nur etwa 120 km von Mariana entfernt, in der Kleinstadt Brumadinho. Wieder brach ein Rückhaltebecken und wieder war der Konzern Vale involviert. Diesmal starben 248 Menschen und 22 werden vermisst.⁸¹ Die Schlammlawine im Ausmaß von 12 Millionen Kubikmeter verschmutzte diesmal den Fluss Rio Paraopeba.⁸² Vale wurde dafür von einem Bundesrichter des Bundesstaats Minas Gerais zur Wiedergutmachung verpflichtet, um alle Schäden in Form von Schadenersatzzahlungen zu beheben.

Das Massaker von Marikana sowie die Tragödie von Mariana stellen aufgrund der hohen Anzahl an Todesopfern die extremen Ausmaße der negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus dar. Wie kurz erwähnt, sind auch deutsche Unternehmen wie VW, Daimler und BMW in Südafrika und ThyssenKrupp AG und die Salzgitter AG in Brasilien in den Lieferketten der Rohstoffe involviert. Der AK Rohstoffe fordert deutsche Unternehmen auf, ihre Verantwortung in Bezug auf Menschenrechtsverletzung und Umweltverschmutzung entlang der gesamten Lieferkette wahrzunehmen und negative Auswirkungen einzudämmen.⁸³

2.3.4 Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2020

Wie es zukünftig in der deutschen Rohstoffpolitik weitergeht und welche wesentlichen Veränderungen sich bereits abzeichnen, soll anhand der aktuellen Entwicklungen bezüglich der Überarbeitung der bisherigen Rohstoffstrategie von 2010 festhalten werden. Die Entwicklungen im Jahr 2019 zeigen, dass die Bundesregierung die Inhalte dem aktuellen Kontext angepasst hat.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat in Form einer allgemeinen Einsendefrist bis zum 23. Mai 2019 dazu aufgerufen, an der Ausarbeitung einer neuen Rohstoffstrategie Deutschlands mitzuwirken und die Stellungnahmen dazu schriftlich einzusenden. Die neue Rohstoffstrategie soll sich den aktuellen Herausforderungen anpassen, um weiterhin eine langfristige Rohstoffsicherung für die industrielle Wertschöpfung Deutschlands gewährleisten zu können. Die Veränderungen beziehen sich auf die zunehmende Produktion im Technologiesektor, die vermehrten Handelsstreitigkeiten sowie -

⁸¹ Vgl. Kind, Tobias 2019, Dammbbruch in Brasilien. Brumadinho ist überall. Online unter: <https://blog.wwf.de/dammbbruch-bergbau-brasilien/>.

⁸² Vgl. MISEREOR 2019, Die Schlammlawine von Brumadinho: Eine Katastrophe mit Ansage. Online unter: <https://blog.misereor.de/2019/02/19/die-schlammlawine-von-brumadinho-eine-katastrophe-mit-ansage/>.

⁸³ Vgl. AK Rohstoffe, 2019, Sechs Forderungen des AK Rohstoffe zur Fortschreibung der Rohstoffstrategie, S. 2.

beschränkungen, zunehmende staatliche Eingriffe und Einflüsse von Konzernen und zuletzt auf Wahrnehmung der Verantwortung für soziale und umweltgerechte Lieferketten.⁸⁴

Sechs Kernforderungen des AK Rohstoffe zur Fortschreibung der Rohstoffstrategie:

Der Möglichkeit der Stellungnahme ist der AK Rohstoffe nachgekommen und stellte seine sechs zivilgesellschaftlichen Kernforderungen an die Bundesregierung.

In der folgenden Tabelle wird zum einem dargestellt, welche aktuellen Forderungen das Netzwerk aufstellt und zum anderen festgehalten, inwiefern die jeweilige Forderung bereits im Forderungskatalog zur Rohstoffstrategie 2010 (siehe 2.3.3.1) gestellt worden war. Dadurch soll die Kontinuität der wiederkehrenden Forderungen verdeutlicht werden.

⁸⁴ Vgl. BMWi 2019, Neue Herausforderungen für die Rohstoffpolitik: Fortschreibung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/rohstoffstrategie-bundesregierung.html>.

Sechs Kernforderungen des AK Rohstoffe zur Rohstoffstrategie 2020:

Ähneln bereits gestellten Forderungen des AK Rohstoffe zur Rohstoffstrategie 2010:

<p>1. Gesetzlich verankerte Sorgfaltspflichten für Unternehmen bezüglich Menschenrechts- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette. Durch Auflagen, Sanktionen und Haftbarmachung der Unternehmen bei Nichteinhaltung.</p>	<p>Rohstoffgovernance: Hier fordert der AK Rohstoffe die Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten für deutsche Unternehmen und Banken zu fixieren. Zudem wird die Zertifizierung von Handelsketten eingefordert.</p>
<p>2. Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien. Durch transparente Bekanntgabe der betreffenden Unternehmen und Berichtspflichten, Bußgelder bei Nichteinhaltung und Erweiterung der Verordnung auf den weiterverarbeitenden Industriesektor.</p>	<p>Import von sogenannten Konfliktressourcen sanktionieren und zukünftige Rohstoffvorhaben in Konfliktländern vermeiden.</p>
<p>3. Verbesserte Nutzung von Sekundärrohstoffen, Förderung der Getrenntsammlungssysteme für bessere Recyclingqualität.</p>	<p>Förderung des Recyclings von wiederverwertbaren Rohstoffen und eine Subventionierung für den Verzicht auf Rohstoffförderung.</p>
<p>4. Menschenrechtliche und ökologische Folgeabschätzungen von Anfang an bei Handels- und Investitionsschutzabkommen berücksichtigen. Außerdem sollen rohstoffreiche Länder weiterhin das Recht auf Exportbeschränkungen haben. Zudem sollen Investoren kein Recht auf Sonderklauseln in Handels- und Investitionsabkommen haben.</p>	<p>Internationale Handels- und Investitionspolitik: Im Rahmen der EU-Investitionspolitik sollen Deutschlands bisherige bilaterale Investitionsverträge in einer transparenten Art und Weise neu geprüft und bearbeitet werden. Zudem fordert der AK Rohstoffe im Rahmen der deutschen Handelspolitik zu deutlich mehr Transparenz in der Güterkette auf.</p>
<p>5. Gesetzliche Regelung für Unternehmen zum Schutz der Rechte indigener Völker. Außerdem sollen Zugänge zu gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren und Beschwerdemechanismus garantiert werden.</p>	<p>Schutz der Menschenrechte und Beteiligungsrechte der Zivilgesellschaft: Unter diesem Aspekt wird der Schutz der lokalen Bevölkerung in den Abbauregionen gefordert.</p>
<p>6. Verzicht auf Risikotechnologien wie z. B. Tiefseebergbau.⁸⁵</p>	

⁸⁵ Vgl. AK Rohstoffe 2019, S.1-4.

Am 15. Januar 2020 war es dann soweit: Die Bundesregierung veröffentlichte die neue Rohstoffstrategie 2020. Welche Kernelemente sie für den zukünftigen Rahmen der deutschen Rohstoffpolitik enthält, soll im Folgenden dargestellt werden.

Federführend für die Erarbeitung der Rohstoffstrategie 2020 war das BMWi. In vier Kapiteln unter den Schwerpunkten (1) Rohstoffquellen, (2) Rohstoff- und Ressourceneffizienz, (3) Nachhaltigkeit und Transparenz im Rohstoffbereich und (4) Internationale Zusammenarbeit der Strategie werden die jeweiligen Maßnahmen sowie die Erwartungshaltung der Bundesregierung bezüglich Deutschlands zukünftiger Rohstoffsicherung festgeschrieben. Die Kernelemente der Strategie sollen kurz vorgestellt werden:

1. Der erste Aspekt „Rohstoffquellen“ umfasst jene Maßnahmen, die für Deutschlands zukünftige Versorgung mit Rohstoffen eingesetzt werden sollen. Dabei wird zwischen dem Einsatz von Primärrohstoffen aus heimischen Quellen⁸⁶, dem Import von Rohstoffen⁸⁷ und durch Sekundärrohstoffe aus dem Recycling differenziert:

Heimische Rohstoffe:

- Verantwortungsvolle Rohstoffsicherung, durch Einhaltung von Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie durch die gesetzliche Maßnahme des Rechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Zudem sollen der Dialog und der Interessensaustausch unter Einbeziehung aller Beteiligten die unterschiedlichen Ziele besser vereinbaren.
- Sicherung und Offenlegung geologischer Daten, durch das Gesetz zur Verfügbarkeit geologischer Daten, das den Zugang für Unternehmen, Behörden und Öffentlichkeit gewährleistet.
- Förderung der primären Rohstoffgewinnung in Deutschland und Europa, durch Unterstützung der Initiativen der Europäischen Kommission, die sich für die lokale Gewinnung in den EU-Mitgliedstaaten von metallischen Rohstoffen wie z.B. Kupfer, Lithium und Nickel einsetzen.
- Neue Abbauprojekte in Deutschland im Einklang mit dem Raumordnungsgesetz, dessen Grundsatz es ist, die räumlichen Bedingungen zur Sicherung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen in Deutschland zu schaffen.

⁸⁶ Beispielweise wird der Rohstoff Quarzsand für Gussformen in der Metallindustrie verwendet. Das größte Abbauunternehmen Deutschlands *Quarzwerke GmbH* baut Quarzsand in Frechen bei Köln und fünf weiteren Quarzsandlagerstätten in Deutschland ab (vgl. https://www.bgr.bund.de/DERA/DE/Downloads/studie-quarz-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3, S. 28.

⁸⁷ Z.B. der Import von Eisenerz aus Südamerika.

- Nachhaltige Bergbauschließung, durch Gründung des Forschungs- und Entwicklungszentrums Bergbaufolgelandschaften als Bestandteil der Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR).
- Verständnis und Akzeptanz der heimischen Rohstoffgewinnung erhöhen, durch intensive Informationsarbeit des BGR.⁸⁸

Import:

- Möglichkeit von staatlichen Eingriffen in der Rohstoffsicherung prüfen, durch eine Auftragsstudie des BMWi.
- Bestehende Rohstoffpartnerschaften und Rohstoffkooperationen mit internationalen Lieferländern weiterhin pflegen, durch Finanzierung der bestehenden Kompetenzzentren in Ghana und Ausweitung der Zentren in Westafrika und Südafrika und eventuell in Asien.
- Weiterentwicklung von Finanzkrediten, die Kreditgeber*innen von Rohstoffvorhaben im Ausland gegen wirtschaftliche und politische Kreditausfallrisiken absichern. Dafür sollen sogenannte ungebundene Finanzkredit-Garantien (UFK-Garantien) bereitgestellt werden. Zu den Voraussetzungen der UFK-Garantien zählen u.a. die Einhaltung internationaler Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards.
- Rohstoffmonitoring des internationalen Rohstoffmarkts unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Herausforderungen in Lieferketten durch die DERA soll weiter ausgebaut werden.
- Abbau von Handelsbeschränkungen und Wettbewerbsverzerrungen.
- Förderung der nachhaltigen Rohstoffwirtschaft in Entwicklungsländern, durch bilaterale und regionale Projekte des BMZ in Entwicklungs- und Schwellenländern, z.B. Nachhaltigkeitsinitiativen und Multi-Akteurs-Partnerschaften bezüglich unternehmerischer Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette. Zudem unterstützt das BMZ die „Climate Smart Mining“ Strategie, um internationalen Bergbau klimasensibler und umweltschonender zu machen.⁸⁹

⁸⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) 2020, Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, S. 13-19.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 19-25.

Recycling:

- Förderung und Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten bezüglich Aufbereitungstechnik und Metallurgie, um das Recycling von metallischen Rohstoffen zu verbessern.
 - Dialog zwischen Bundesregierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung verbessern, um Beschränkungen im Rohstoffrecycling abzubauen.⁹⁰
2. Steigerung der Rohstoff- und Ressourceneffizienz zum Schutz von natürlichen Ressourcen:
- Entwicklung eines Technologietransferprogramms für Leichtbau vom BMWi.⁹¹
3. Nachhaltigkeit und Transparenz im Rohstoffbereich:
- Erarbeitung eines internationalen Leitfadens zu ökologischen Sorgfaltspflichten für Unternehmen durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).⁹²
4. Internationale Zusammenarbeit:
- Förderung des internationalen Dialogs wie z. B. das Internationale Forum für Bergbau, Minerale, Metalle und nachhaltige Entwicklung zur Unterstützung von Leitlinien und Maßnahmen einer nachhaltigen Rohstoffpolitik.
 - Unterstützung der EU-Kommission zur nachhaltigen Rohstoffversorgung.⁹³

⁹⁰ Vgl. ebd., S. 27-29.

⁹¹ Vgl. ebd., S. 31.

⁹² Vgl. ebd., S. 33.

⁹³ Vgl. ebd., S. 40-41.

3 Methodologie

Dieses Kapitel kennzeichnet den Übergang zum empirischen Teil dieser Arbeit. Um die Forschungsfrage zu beantworten, werden zwei Methoden herangezogen: das qualitative Interview sowie die Dokumentenanalyse. Bevor die Ergebnisse aus dem Material vorgestellt werden, wird zunächst das methodische Vorgehen dargestellt. Nach einer kurzen Erläuterung zur Datenerhebung und Analysetechnik werden die Ergebnisse im nächsten Schritt genauer beschrieben.

3.1 Datenerhebung – das qualitative Interview

Innerhalb der Sozialforschung findet man das qualitative Interview oftmals zur Datengenerierung wieder. Es eignet sich unter anderem zur Generierung von Expertenwissen über ein ausgewähltes Forschungsfeld oder die Ermittlung und Analyse von subjektiven Sichtweisen der Beobachtenden. Des Weiteren ermöglicht das qualitative Interview laut Christel Hopf, „*Situationsdeutungen oder Handlungsmotive zu erfragen und Alltagstheorien und Selbstinterpretation offen zu erheben*“.⁹⁴ Es gibt eine große Auswahl an verschiedenen Interviewvarianten, die sich von sehr offenen, zu teilweise strukturierten bis hin zu eng strukturierten Interviewverfahren unterscheiden. Für diese Arbeit wurde vorab die Entscheidung für die Konzipierung und Durchführung eines Leitfadeninterviews mit ausgewählten Expert*innen aus dem zivilgesellschaftlichen Segment getroffen. Im Hinblick auf die Beantwortung der vorliegenden Forschungsfrage bietet sich die Durchführung von drei Leitfadeninterviews insofern als geeignetes Instrument für die Datenerhebung an, als die gewählten Interviewpartner*innen als Expert*innen im Bereich der Zivilgesellschaft zu Rohstoffen und Rohstoffpolitik fungieren und das Netzwerk AK Rohstoffe einen wesentlichen Beitrag zur Einbindung der zivilgesellschaftlichen Forderungen in die deutsche Rohstoffpolitik leistet. Infolgedessen wurde ein systematisches Leitfadeninterview nach dem SPSS-Prinzip formuliert, woraus sieben Hauptinterviewfragen entwickelt wurden.

⁹⁴ Hopf, Christel (2010): Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Flick, Uwe/ Von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 350.

3.1.1 Anmerkungen zu den Interviews

Im Rahmen des Samplings der Untersuchungseinheit wurde zunächst festgelegt, sich mit Organisationen aus dem AK Rohstoffe auseinanderzusetzen und deren Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz zu beleuchten.

Um einen Zugang zu den Interviewpartner*innen aus dem AK Rohstoffe zu erhalten, wurde der erste Kontakt zum Koordinator des Netzwerks Michael Reckordt hergestellt, woraus sich relativ zügig ein Termin zu einem Skype-Interview ergab. Im weiteren Verlauf haben folgende Organisationen als Interviewpartner*innen zugesagt: der *WWF Deutschland* in Berlin, die *Christliche Initiative Romero (CIR)* in Münster und das Netzwerk *Ozeanien Dialog* in Hamburg. Sie geben mit den jeweiligen Schwerpunkten einen guten Einblick in die Arbeit zum Umweltschutz sowie zum Schutz der Menschenrechte und sind dabei wichtige Vertreter*innen des AK Rohstoffe. Nach der Terminkoordinierung per E-Mail wurden die Interviews mit Herrn Reckordt (AK Rohstoffe), Herrn Jan Pingel (Ozeanien Dialog) und mit Frau Christine Scholl (WWF Deutschland) per Skype geführt. Lediglich das Interview mit Herrn Wimberger wurde persönlich in den Büroräumlichkeiten der *CIR* in Münster abgehalten.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Interviewpartner*innen nach dem Zeitpunkt des Interviews kurz dargestellt.

INTERVIEW	INTERVIEWPARTNER*IN	ORGANISATION
NR. 1: 07.02.2018 UM 11 UHR	Michael Reckordt - Koordinator AK Rohstoffe	Powershift, AK Rohstoffe
NR. 2: 20.02.2018 UM 12 UHR	Christian Wimberger – Bereich Bergbau, öffentliche Beschaffung	Christliche Initiative Romero e.V. (CIR)
NR. 3: 20.09.2019 UM 09:30 UHR	Jan Pingel – Koordinator Ozeanien Dialog	Netzwerk Ozeanien Dialog
NR. 4: 01.10.2019 UM 17 UHR	Christine Scholl - Manager Sustainable Business & Markets	WWF Deutschland

Zu den Settings der drei Skype-Interviews ist festzuhalten, dass man zweifellos von den technischen Gegebenheiten, wie z.B. gute Audio-Verbindung oder Bildempfang abhängig ist. Jedoch kam es bei keinem der Interviews zu einem Verbindungsfehler und das jeweilige Gespräch konnte problemlos gestartet und parallel auch aufgenommen werden. Als Interviewende habe ich die Gespräche von zu Hause aus geführt, während die drei Interviewpartner*innen in Büro saßen. Das persönliche Interview bei CIR in Münster wurde in einem ruhigen und großen Konferenzraum geführt. Alle Interviews wurden durch die Tonaufnahme von meinem Smartphone festgehalten.

Nach der Durchführung der Interviews ist an dieser Stelle zu reflektieren, dass das Leitfadenterview nicht strikt eingehalten wurde. Im Allgemeinen verliefen die Gespräche sehr flüssig und relevante Aspekte wurden automatisch angesprochen. Abschließend wurden alle vier Tonaufnahmen, die zwischen 21 bis 45 Minuten dauerten, mithilfe des f5-Transkriptionsprogramms transkribiert und offen kodiert.

3.2 Datenanalyse – die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Zu Beginn der 1980er-Jahre etablierte der deutsche Psychologe und Soziologe Philipp Mayring die qualitative Inhaltsanalyse als Methode zur systematischen Untersuchung von Kommunikationsmaterial. Der Gegenstand der Kommunikationen bezieht sich dabei nicht nur auf die Sprache, sondern schließt auch Musik oder Bilder als Material mit ein. Das Ziel ist es, die fixierte Kommunikation systematisch, regel- und theoriegeleitet zu analysieren und dabei Schlussfolgerungen auf wesentliche Faktoren der Kommunikation zu ziehen.⁹⁵ Mayring beschreibt in seinem Werk *„Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken“* schrittweise die konkrete Vorgehensweise bei der Analyse von generiertem Datenmaterial. Wichtig ist es, sich vorab für eine Interpretationsvariante zu entscheiden.

Grundsätzlich formuliert Mayring drei Grundformen des Interpretierens, aus denen je nach Forschungsfrage und Material die geeignete Technik ausgewählt wird. Mayring definiert die drei Analyseformen als

1. Zusammenfassung,
2. Explikation,
3. Strukturierung.⁹⁶

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass aufgrund der Fülle und gewisser Ähnlichkeiten der Aussagen in den Interviews ich mich dazu entschieden habe, die Daten anhand der zusammenfassenden Inhaltsanalyse zu analysieren. Die Wahl dieser Analysetechnik ist insofern zu begründen, als die wesentlichen Aussagen der Experten aus dem Material extrahiert werden und je nach Gemeinsamkeiten oder Unterschieden gebündelt werden sollen. Dadurch sollen die wichtigsten Aussagen hervorgehoben werden. Bevor die Resultate der Analyse präsentiert und interpretiert werden, wird die zusammenfassende Inhaltsanalyse kurz dargestellt.

⁹⁵ Vgl. Mayring, Philipp 2010, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe/ Von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch, S. 468-469.

⁹⁶ Vgl. Mayring, Philipp 2015, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12. überarbeitete Auflage: Weinheim, Basel, S. 67.

3.2.1 Aufbau zusammenfassender Inhaltsanalyse

Die zusammenfassende Inhaltsanalyse zielt darauf ab, das Material einzugrenzen, damit sich ein übersichtlicher Text ergibt. Mayring unterscheidet dabei zwischen einer *aufsteigenden (textgeleiteten) und einer absteigenden (schemageleiteten) Verarbeitung sowie das Formulieren von Makrooperatoren der Reduktion*.⁹⁷ Die nachfolgende Abbildung von Mayring differenziert ausführlich die einzelnen Schritte des Ablaufs. Vereinfachend kann man den Aufbau in vier Schritten abhandeln: (1) die Paraphrasierung, (2) die Generalisierung, (3) die erste Reduktion und (4) die zweite Reduktion.

Zentral für den Verlauf der zusammenfassenden Inhaltsanalyse ist die theoriegeleitete Fragestellung, mit der sämtliche Aussagen aus dem Datenmaterial herausgefiltert und zusammengefasst werden. Wie in der Einleitung dargestellt, befasst sich diese Arbeit mit der Fragestellung, inwiefern zivilgesellschaftliche Forderungen von 2010 bis 2020 in der deutschen Rohstoffpolitik umgesetzt werden. Zur Beantwortung der drei Unterfragen, (1) welche gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Forderungen im Rahmen des AK Rohstoffe formuliert wurden, (2) mit welchen neuen Themen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zukünftig intensiv auseinandersetzen müssen, (3) und wie die zivilgesellschaftlichen Forderungen durch konkrete Maßnahmen im NAP von 2016 und in der neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020 umgesetzt werden, wurde das Datenmaterial in folgende drei Themenbereiche untersucht und zusammengefasst: (1) Zivilgesellschaftliche Aktivitäten, (2) Erfolge und Entwicklungen und (3) aktuelle Themen der zivilgesellschaftlichen Arbeit.

⁹⁷ Ebd. S. 69.

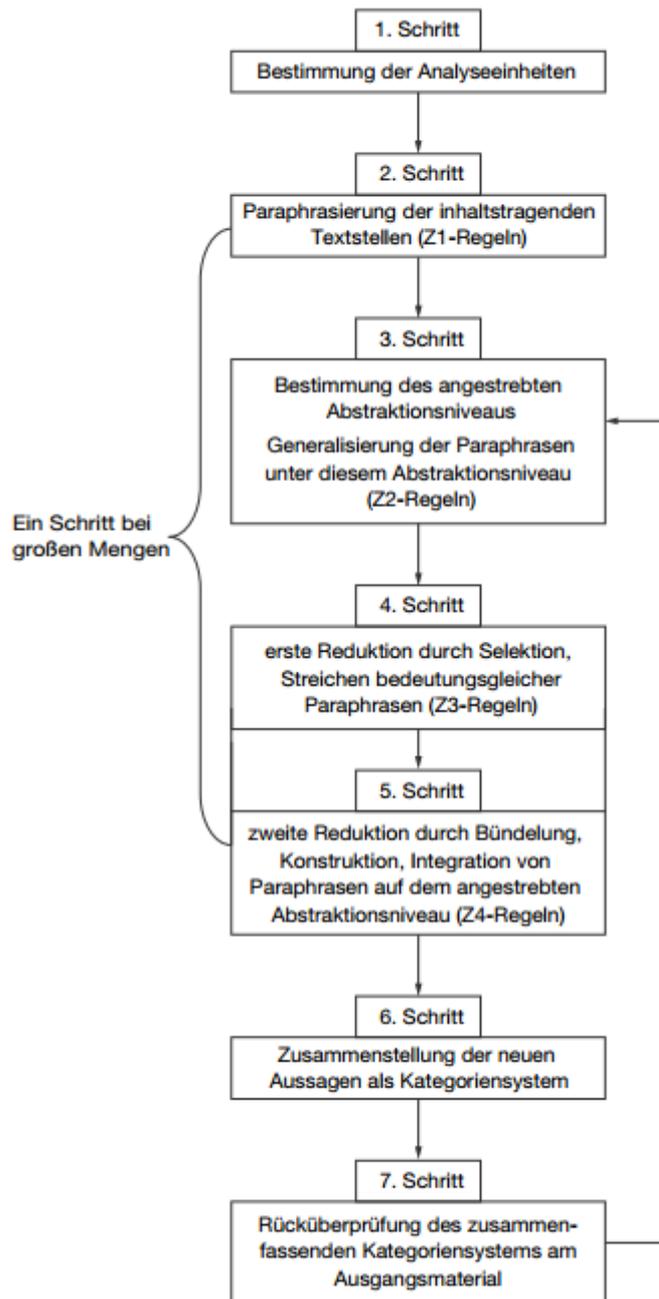


Abb. 5: Ablaufmodell zusammenfassender Inhaltsanalyse nach Mayring 2015, S.70.

Zu den jeweiligen Unterfragen wurden im ersten Durchgang der Zusammenfassung die dazugehörigen Paraphrasen aus den Interviews herausgefiltert. Nach dem ersten und zweiten Durchlauf der Generalisierung und Reduzierung der Paraphrasen ergeben sich dann die Kategorien aus dem Datenmaterial. Im nächsten Schritt wird das Kategoriensystem vorgestellt.

3.2.2 Induktives Kategoriensystem

In diesem Teil der Analyse werden die einzelnen Kategorien direkt aus dem Material heraus entwickelt. Mayring betont im Rahmen der Kategorienbildung die möglichst naturalistische, gegenstandsnahe Abbildung des Materials sowie eine Erfassung des Gegenstands in der Sprache des Materials.⁹⁸

Im Folgenden werden die jeweiligen Kategorien zu den drei genannten Themenblöcken entwickelt. Laut Mayring lassen sich die wesentlichen Aspekte einer Kategorie durch eine sogenannte „Welche-Fragestellung“ herausfiltern.⁹⁹ Aus diesem Grund wird zunächst die jeweilige Frage formuliert und danach die Kategorie konkret definiert. Dann veranschaulichen die gewählten Ankerbeispiele aus dem Material, welche Aussagen in diese Kategorie fallen. Die Nummerierung nach dem Zitat gibt an, auf welches Interview referiert wird.

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten:

- Welche gemeinsamen Forderungen und Ansprüche der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich Rohstoffe benennen die Interviewten?
- Kategoriendefinition: Diese Kategorie umfasst alle Aussagen der Interviewten, die in die Aufgabenbereiche, die von der Organisation selbst forciert werden und in die Aufgaben des Netzwerks fallen. Damit wird der Einstieg des Leitfadenterviews bezüglich der Vorstellung der jeweiligen Organisation oder des Netzwerks thematisiert.
- Abstraktionsniveau: Fokus und Anspruch der zivilgesellschaftlichen Arbeit.

Kategorie I: Die zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen sich für die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt in den rohstoffreichen Ländern ein.

Ankerbeispiel: *„(...) wir haben uns sozusagen als zivilgesellschaftliches Gegengewicht gegründet, um Themen zu stärken, die wir bei der Bundesregierung vermissen in dieser Deutlichkeit: und zwar den Umweltschutz und Einhaltung der Menschenrechte und Unterstützung der Zivilgesellschaft, vor allen in den rohstoffreichen Ländern.“* (Nr. 1).

Kategorie II: Die gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Forderungen richten sich an die deutsche Bundesregierung.

⁹⁸ Ebd., S. 86.

⁹⁹ Ebd., S. 88.

Ankerbeispiel: *„Wir haben das Forderungspapier von 2016 erarbeitet, das sind sozusagen unsere aktuellen Forderungen. Wir arbeiten aktuell nicht an neuen Forderungen, sie werden halt kontinuierlich überprüft und intern evaluiert, welche Relevanz sie noch haben.“* (Nr. 1)

Kategorie III: Die zivilgesellschaftliche Arbeit strebt nach politischen Veränderungen der Rohstoffpolitik in Deutschland.

Ankerbeispiel: *„(...) also unser Länderfokus ist Deutschland, weil wir hier Politik verändern wollen, die dafür sorgt, dass halt vor Ort weniger Menschenrechte verletzt werden und die ökologischen Schäden minimiert werden.“* (Nr. 1)

Kategorie IV: Die einzelnen Organisationen arbeiten eng mit Partnerorganisationen in den betroffenen Ländern des globalen Südens zusammen.

Ankerbeispiel: *„Es ist ja eigentlich so die ältere Säule unserer Arbeit, also die Förderung von Partnerorganisationen durch Drittmittelprojekte in Mittelamerika oder eben auch durch Spenden. Und mittlerweile ist es so, dass halt das BMZ immer größere Projekte fördert und auch die Zivilgesellschaft fördert, also es geht jetzt nicht nur darum, dass irgendwelche Brunnen gebaut werden oder irgendwelche Ausbildungszentren, sondern man will zivilgesellschaftliche Akteur*innen fördern, die bestimmte politische Forderungen vertreten.“* (Nr. 2)

Kategorie V: Strenge Einhaltung der Lieferkettenverantwortung von deutschen Unternehmen bis hin zum Fertigprodukt.

Ankerbeispiel: *„Ja, es ist glaube ich, tatsächlich so, also die Lieferketten sind extrem intransparent. Es ist ja kein Unternehmen in Deutschland dazu verpflichtet, in irgendeiner Form die Lieferkette offen zu legen.“* (Nr. 2)

Kategorie VI: Austausch mit Vertreter*innen der Politik.

Ankerbeispiel: *„Natürlich sprechen wir, genauso wie es die Industrie auch tut, mit den Ministerien, wir machen Pressemitteilungen, um auch die Öffentlichkeit zu erreichen, sprechen mit Journalist*innen und sprechen auch mit Vertreter*innen von Parteien, sei es CDU/CSU, sei es SPD, Grüne oder Linke (...).“* (Nr. 1)

Erfolge und Entwicklungen:

- Welche positiven Entwicklungen der zivilgesellschaftlichen Arbeit im Bereich Rohstoffe stellen die Interviewten dar?
- Kategoriendefinition: Diese Kategorie bezieht sich auf die Beschreibungen der Interviewten, die die Entwicklungen und Erfolge von bestimmten Projekten oder Kampagnen beschreiben.
- Abstraktionsniveau: Angabe von konkreten Beispielen.

Kategorie I: Die progressive Stellungnahme der deutschen Bundesregierung im Prozess der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien.

Ankerbeispiel: *„Ein Erfolg ist, dass die Bundesregierung sich im Bereich Konfliktmineralien im europäischen Kontext sehr progressiv geäußert hat. Das ist noch nicht genau das, was wir eigentlich gefordert haben. Es zeigt aber, dass sich gewisse Argumente verfangen haben und dass die EU-Verordnung zu Konfliktmineralien heute anders aussieht, als sie im Jahr 2014 im Grunde vorgeschlagen wurde. Das hängt auch damit zusammen, dass Organisationen aus Deutschland im AK Rohstoffe da Expertise und einen klaren Menschenrechtsfokus in die Diskussionen eingebracht haben.“* (Nr. 1)

Kategorie II: Bestehender Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, politischen Akteur*innenn und Presse.

Ankerbeispiel: (...) *„die Arbeit vom Michael [Reckordt] besteht halt so ein bisschen darin, diese einzelnen Stellen immer wieder mit unseren Inhalten zu bespielen. Also wenn dann ein neues Forderungspapier herauskommt, dann wird das halt an die verschiedenen Fraktionen verschickt im Bundestag und an die verantwortlichen Personen in den Ministerien.“* (Nr. 2)

Kategorie III: Vereinzelter Zuspruch industrieller Akteur*innen bezüglich einer transparenten Lieferkettenverantwortung.

Ankerbeispiel: *„Es gab im Jahr 2017 ein Interview bzw. einen Text über E-Mobilität und Lieferkettenverantwortung, wo auch z.B. BMW sagt, dass sie da gerade dran ansetzen, d.h. das ist nicht völlig aus der Luft gegriffen (...)“.* (Nr. 1)

Kategorie IV: Starke und aktive Zivilgesellschaft auf nationaler und EU-Ebene.

Ankerbeispiel: *„Und es stimmt, dass Deutschland natürlich auch durch Druck der Zivilgesellschaft in einigen Bereichen weiter ist als andere Länder, natürlich lange nicht so weit wie es sein müsste. (...) Und ich glaube, da braucht es noch viel mehr Druck, da Deutschland eben Powerhouse ist in Europa und was Deutschland macht, da gucken die anderen europäischen Länder ganz gezielt drauf und was Europa macht, wird sehr stark wahrgenommen, also auch im Pazifik, man schaut genau darauf, was in Europa passiert. Deutschland hat eine deutlich stärkere Bedeutung gerade in diesen Themen als man selbst sich vielleicht eingesteht, auch als Bundesregierung, und deswegen muss da auch was kommen und deswegen ist es auch gut, dass der AK und andere da so einen Druck machen.“* (Nr. 3)

Kategorie V: Wirkung der EU-Prozesse auf das steigende Interesse in den einzelnen Ländern zum Thema Rohstoffabbau.

Ankerbeispiel: *„Mittlerweile ist es schon so, dass man ein stärkeres Echo auch bei den Bundesbehörden hat, die sich mit dem Thema beschäftigen. Und das hat dann wiederum natürlich auch damit zu tun, dass es eben politische Prozesse gibt, die z.B. auf EU-Ebene angestoßen wurden, und dadurch müssen sich die Leute schon stärker mit dem Thema beschäftigen.“* (Nr. 2)

Kategorie VI: Erfolge der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ländern des globalen Südens.

Ankerbeispiel: (...) *„im letzten Jahr [2017] gab es eben einen ganz wichtigen Erfolg, und zwar wurde in El Salvador ein gesetzliches Bergbauverbot verabschiedet, dafür haben eben die Organisationen vor Ort jahrelang gekämpft und es gab da auch diesen Fall mit dem Schiedsgerichtsverfahren (...)“* (Nr. 2)

Aktuelle Themen:

- Welche aktuellen Herausforderungen thematisieren die Interviewten?
- Kategoriendefinition: Konkrete Probleme, die entstanden sind, sowie fehlende Veränderungen.
- Abstraktionsniveau: Angabe von konkreten Beispielen.

Kategorie I: Einbettung der Ressourcenfrage in die globale Klimagerechtigkeit.

Ankerbeispiel: *„Ich finde in der ganzen Klimadebatte und in den gesamtgesellschaftlichen Debatten wird zu wenig über Rohstoffe gesprochen. Wir wollen alle eine Verkehrswende, wir wollen eine Energiewende, aber das Wort Ressourcen oder Rohstoffwende wird kaum benutzt, obwohl es so nötig wäre (...). Dass wir nicht gegen die Klimadiskussion angehen, sondern versuchen, das in die Klimadiskussion einzubetten und zu sagen, wahre Klimagerechtigkeit funktioniert nur mit Ressourcengerechtigkeit und ich glaube, das ist noch eine große Baustelle.“* (Nr. 3)

Kategorie II: Unfaire Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt.

Ankerbeispiel: *„Ich meine, die größte Herausforderung ist halt einfach, wie schafft man es eigentlich, die Kosten, die vor Ort entstehen, die gar nicht in die Preise der Rohstoffe einbezogen sind, dort mit einzupreisen, also quasi die Internalisierung von externen Kosten. Dadurch, dass verschiedene Waren, in dem Fall Rohstoffe, halt günstig sind, entstehen halt in den Ländern, in denen sie abgebaut werden, Kosten, durch Umweltverschmutzung, durch Menschenrechtsverletzungen und die Rohstoffe dürften halt einfach nicht so günstig sein bzw. müssten halt einen ordentlichen Preis haben und man müsste dafür sorgen, dass das vor Ort nicht vorkommt.“* (Nr. 4)

Kategorie III: Starke Lobbyarbeit der Industrie.

Ankerbeispiel: (...) *„was natürlich die Industrie auch macht, ist ganz viel Lobbyarbeit. Z.B., dass Leute von ThyssenKrupp oder Aurubis die Kanzlerin begleitet haben, bei Reisen nach Chile z.B., d.h. da finden wahrscheinlich beim langen Flug schon Gespräche statt. Sie haben den Zugang zu Politikern und Politikerinnen, sie werden in Ausschüssen gehört, etc.“* (Nr. 1)

Kategorie IV: Konträre Interessen der zivilgesellschaftlichen und industriellen Akteur*innen.

Ankerbeispiel: *„(...) die Industrie hat punktuell durchaus ein Interesse, zumindest mit uns in einen Dialog zu treten. Auf der anderen Seite sind unsere Positionen aber meilenweit auseinander (...)“.* (Nr. 1)

Kategorie V: Gefahren beim Tiefseebergbau.

Ankerbeispiel: *„Das Thema, das uns in den letzten zwei Jahren besonders beschäftigt, ist Tiefseebergbau. In Papua-Neuguinea sollte ja der weltweit erste Tiefseebergbau der Welt stattfinden, das sogenannte Solwara One Project (...). Und da befürchtete man eben, dass ganz massive Umweltschäden gerade im Meer die Lebensgrundlagen der Menschen nicht nur in Papua-Neuguinea, sondern im ganzen Pazifik in Mitleidenschaft ziehen würden. Also ich*

glaube, Tiefseebergbau wird uns leider in den nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahren ganz massiv beschäftigen, gerade im Pazifik, weil man da die riesigen, exklusiven Wirtschaftszonen hat, mit sehr vielen Ressourcen am Meeresgrund und die Industrie steht Schlange, auch die deutsche Industrie und europäische Industrie möchte natürlich ein Stück vom Kuchen abhaben“ (Nr. 3)

„(...) wir müssen die Finger weglassen von der Tiefsee, zumal, wir wissen, dass wir eine sehr spezifische Fauna, sehr spezifische Ökosysteme haben, die sich auf wenigen Metern schon komplett verändert haben können und mit Tiefseebergbau zerstören wir leider Gottes nachhaltig ganze Systeme und wir wissen nicht, wie weit das entlang der Nahrungskette am Ende auch Menschen betrifft.“ (Nr. 1)

Kategorie VI: Fehlende gesetzliche Lieferkettenverantwortung.

Ankerbeispiel: „(...) die Lieferketten sind extrem intransparent, es ist ja kein Unternehmen in Deutschland dazu verpflichtet, in irgendeiner Form die Lieferkette offenzulegen.“ (Nr. 2)

Kategorie VII: Keine gleichberechtigte Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Forderungen in der deutschen Rohstoffpolitik.

Ankerbeispiel: „(...) und da wäre unsere Forderung weniger, beim BDI gleichberechtigt eingeladen zu werden, sondern tatsächlich von der Politik gleichberechtigt beachtet zu werden.“ (Nr. 1)

Kategorie VIII: Fehlende politische Steuerung des Rohstoffverbrauchs in Deutschland.

Ankerbeispiele: „Andererseits muss natürlich auch der Konsum des Endverbrauchers verringert werden, aber da sehe ich tatsächlich die Politik wieder am Zug. Also klar, da gehen ja auch unsere Kampagnen hin, dass man Awareness schafft beim Endverbraucher, dass er nicht 100 Handys in der Schublade liegen hat und die zum Recycling bringt. Aber nichtsdestotrotz sehe ich da die Politik am Zug, dass es da Regulierungen gibt, die den Konsumenten auch so ein bisschen steuern.“ (Nr. 4)

„Eigentlich eine Aufgabe der Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass unser Rohstoffverbrauch genauso wie die Emission, die den Klimawandel vorantreibt, zu reduzieren. Das ist, unserer Meinung nach, eine politische Aufgabe.“ (Nr. 1)

Kategorie IX: Bestehende Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in den Ländern des globalen Südens.

Ankerbeispiel: *„Es gab 2012 im August das Massaker von Marikana in Südafrika und österreichische Wissenschaftler*innen haben herausgefunden, dass BASF einer der Hauptabnehmer von diesem abgebauten Platin ist und diese Platinmine war direkt beteiligt an der Ermordung von 34 streikenden Bergarbeitern.“* (Nr. 1)

3.2.3 Interpretation der Forschungsergebnisse

In diesem letzten Teil der Datenanalyse werden die Kategorien zum jeweiligen Themenbereich zusammengefasst und interpretiert, um sich der Beantwortung der Forschungsfrage zu nähern. Dafür werden die wichtigsten Aussagen der interviewten Organisationen herausgefiltert und ein Bezug zu Kategorie hergestellt sowie die relevanten Textabschnitte aus dem Material wiedergegeben. Im Fazit werden die Erkenntnisse über die Gemeinsamkeiten oder besondere Unterschiede der Interviews zum jeweiligen Themenbereich zusammenfassend dargestellt.

3.2.3.1 Zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Aus dem ersten Interview mit Michael Reckordt geht in Bezug auf die Arbeitsweise des Netzwerks **AK Rohstoffe** hervor, dass der Beweggrund für den Zusammenschluss zur zivilgesellschaftlichen Arbeit eine Reaktion auf das Ungleichgewicht der Akteur*innen im Rahmen der deutschen Rohstoffpolitik war. Die relevanten Aussagen von Michael Reckordt wurden in der ersten und dritten Kategorie zusammengefasst. Er beschreibt das Netzwerk als *„zivilgesellschaftliches Gegengewicht zur Industrie“*, das Bereiche innerhalb der Rohstoffpolitik thematisiert, *„die wir bei der Bundesregierung vermissen in dieser Deutlichkeit und zwar den Umweltschutz und Einhaltung der Menschenrechte und Unterstützung der Zivilgesellschaft, vor allem in den rohstoffreichen Ländern.“* Der Fokus und Anspruch des AK Rohstoffe umfasst die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt in rohstoffreichen Ländern. Konkret treffen sich die beteiligten Organisationen zweimal im Jahr und diskutieren und evaluieren die aktuellen Rohstoffthemen. Ebenso arbeiten sie am gemeinsamen Fahrplan in puncto Forderungen und Ansprüche. Im Gegensatz zu den folgenden befragten Organisationen hat der AK Rohstoffe als Netzwerk keinen Länderfokus, da sich die zivilgesellschaftlichen Forderungen auf die deutsche Politik beziehen.

Demgegenüber arbeitet das **Netzwerk Ozeanien Dialog** sehr eng mit ihren Partnerorganisationen aus den pazifischen Regionen zusammen und versucht dabei die Forderungen,

die aus dem Pazifik kommen, nach Deutschland zu transportieren. Dadurch beziehen sich die Aussagen auf die erste und vierte Kategorie. Ebenso versucht Jan Pingel als Koordinator des Netzwerks die Probleme und pazifischen Themen auf verschiedenen Info-Plattformen in Deutschland zu präsentieren. Jan Pingel sagt dazu: *„(...) die Forderungen, die aus dem Pazifik kommen und die super sind, sind hier kaum zu hören.¹⁰⁰ Deswegen bin ich sozusagen der Postbote. Also, ich bin eher dafür da, die Stimmen hier zu liefern und natürlich zu kontextualisieren, durch deutsche Zusammenhänge zu ergänzen.“* Und fügt hinzu: *„Gleichzeitig ist es natürlich so, dass ich auch Vorträge halte, auf Unis oder mal auf öffentlichen Veranstaltungen. Und nächste Woche haben wir auch einen Gast von den Fidschi-Inseln da, der spricht dann hier auch während der Klimawoche zur Öffentlichkeit.“*

Der **WWF Deutschland** arbeitet als eine der größten Umweltorganisationen Europas global zum Thema Umweltschutz im Rohstoffbereich direkt in den betroffenen Regionen durch einzelne Länderbüros des WWF. Das bedeutet, dass insbesondere die Auswirkungen des Bergbaus all die Schutzgebiete des WWF Deutschland betreffen, in denen sie global aktiv sind. Zu den besonders betroffenen Ländern zählen Südafrika, Peru, Bolivien und Malaysia. Konkret setzt sich der WWF zum Thema Bergbau beispielsweise auf politischer Ebene, wie z.B. in Brasilien, dafür ein, dass Bergbaukonzessionen im Amazonas verhindert werden. Die Aussagen lassen sich insofern der ersten und vierten Kategorie zuordnen, da der WWF Umweltschwerpunkte vertritt und nicht durch Partnerorganisationen, sondern selbstständig in den Projektländern vertreten ist. Zur Arbeitsweise erklärt Christine Scholl vom WWF: *„Wir arbeiten halt auch viel auf politischer Ebene, z. B. 2016 in Brasilien, da sollte die Verfassung geändert werden, damit Bergbaukonzessionen im Amazonas-Regenwald möglich sind und da haben wir natürlich auf politischer Ebene dagegen gearbeitet und auch geschafft, dass das nicht geändert wurde. Nichtsdestotrotz kommt es halt immer zu Umgehungen von solchen Verfassungen oder Gesetzen.“*

Aus dem Gespräch mit Christian Wimberger von **CIR** lässt sich bezüglich der Schwerpunkte der zivilgesellschaftlichen Arbeit der Organisationen festhalten, dass der CIR als Kampagnen-Organisation einen menschenrechtlichen Fokus in ihre Arbeit setzt und dabei sehr eng mit ihren Partnerorganisationen vor Ort zusammenarbeitet und diese unterstützt. Dadurch lässt sich wiederum die Zuordnung zur ersten und vierten Kategorie herstellen. Im Vergleich zu den drei

¹⁰⁰ Zu den Forderungen des Ozeanien Dialogs aus dem Pazifik zählen den Tiefseebergbau im Südpazifik zu verhindern, Landgrabbing der pazifischen Inseln stoppen und Menschenrechte im pazifischen Raum zu schützen. Vgl. Ozeanien Dialog, Menschenrechte schützen. Online unter: <http://www.ozeanien-dialog.de/?cat=52>.

anderen interviewten Organisationen wurde für CIR ein klarer Länderfokus in Mittelamerika eingegrenzt, nämlich für die Länder El Salvador, Honduras, Guatemala und Nicaragua. Ähnlich wie beim WWF Deutschland setzt sich die zivilgesellschaftliche Arbeit mit den Auswirkungen des Bergbaus in den genannten Ländern auseinander, mit dem Unterschied, dass es stärker um den Schutz der betroffenen Menschen in den Bergbaugebieten geht. Ziel der Arbeit ist es, neue oder bestehende Bergbauprojekte in den Ländern zu stoppen. Christian Wimberger beschreibt dies folgend: *„(...) zum einem haben die Partnerorganisationen recht enge Kontakte mit Gemeinden, die von Bergbauprojekten betroffen sind, und versuchen, mit denen Wege zu finden, wie man Projekte stoppen könnte, weil diese Gemeinden meistens auch eine fundamentale Opposition haben, die wir auch so in der Form befürworten und weil wir auch sehen, dass es keinerlei Entwicklung bringt und diese Projekte meistens auch recht viel Gewalt mit sich bringen. Genau das ist so die eine Sache, dass die Organisationen die Gemeinden eben rechtlich beraten, dass Protestaktionen auch gemeinsam organisiert werden und dann setzen sich die Organisationen auch auf nationaler Ebene für andere Gesetze im Bereich Bergbau ein, also die meisten Organisationen wollen eigentlich ein komplettes Bergbauverbot oder zumindest ein Verbot des industriellen Bergbaus.“* Des Weiteren adressiert das CIR deutsche und europäische Unternehmen, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht entlang ihrer gesamten Lieferkette streng einzuhalten, wodurch ein Bezug zur fünften Kategorie besteht.

Fazit

Anhand der dargestellten Textstellen aus den Expert*innen-Interviews wurde ein Einblick in die Arbeitsweise der Organisationen gegeben. Es zeigt sich, dass der Mittelpunkt der Ansprüche auf den Auswirkungen des Rohstoffabbaus in rohstoffreichen Ländern liegt, sei es, um Menschenrechte zu gewährleisten oder Umweltzerstörungen zu stoppen und langfristig einzudämmen. Eine weitere Gemeinsamkeit in der zivilgesellschaftlichen Arbeit der interviewten Organisationen besteht in den Maßnahmen, die sich grob in zwei Richtungen differenzieren lassen: jene, die vor Ort durchgeführt werden und jene, die in Deutschland selbst umgesetzt werden. Dabei besteht die Arbeit in den weltweiten Abbauregionen mehr in der Unterstützung der jeweiligen Partnerorganisationen und Ansprechpartner*innen vor Ort und die zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten innerhalb Deutschlands zeigen sich in Form von Info- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Lobbyarbeit. Die Organisationen CIR und der WWF Deutschland sowie das Netzwerk Ozeanien Dialog weisen in ihren thematischen und in ihren regionalen Schwerpunkten Unterschiede auf. Ebenso unterscheiden sich die interviewten Organisationen auch in ihrer Größe als Organisation, das wiederum eine wesentliche Wirkung

für ihre Reichweite und Mittelverfügung hat, wenn man z.B. den WWF Deutschland, der 1963 gegründet wurde und ca. 370 Mitarbeiter*innen hat, mit dem Netzwerk Ozeanien Dialog, das es seit 2017 gibt, miteinander vergleicht.

Der AK Rohstoffe verdichtet die Ziele der Organisationen auf gemeinsame Ansprüche und ist somit als Plattform für Themen zum Rohstoffabbau wichtig. Dadurch entsteht eine gemeinsame Position der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zudem trägt Michael Reckordt in seiner Rolle als Koordinator dazu bei, dass die Mitglieder des Netzwerks mit aktuellen Themen und wichtigen Terminen stets auf den neuesten Stand gebracht werden. Gleichzeitig informiert er die politischen Akteur*innen mit den zivilgesellschaftlichen Forderungen. Des Weiteren werden die verschiedenen Fallbeispiele der einzelnen Organisationen zu den Auswirkungen des Rohstoffabbaus im globalen Süden genutzt, um die Thematik des Ressourcenabbaus im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu verdeutlichen.

Nicht zuletzt zeigte sich in allen Gesprächen, dass die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf rohstoffrelevante Themen an die deutsche Bundesregierung gerichtet sind. Dass die zivilgesellschaftlichen Forderungen an die Bundesregierung adressiert sind, wird explizit in den zivilgesellschaftlichen Stellungnahmen zu den beiden Rohstoffstrategien von 2010 und 2020 erwähnt¹⁰¹ (siehe auch 2.3.3.1 und 2.3.4).

3.2.3.2 Erfolge und Entwicklungen

Michael Reckordt sieht die Erfolge des Netzwerks anhand des wichtigen Beitrags im Rahmen der **Diskussion der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien**, die auf europäischer Ebene im Jahr 2014 begann. Die seit dem 17. Mai 2017 in Kraft getretene EU-Verordnung zu Konfliktmineralien beinhaltet die verbindliche Einhaltung unternehmerischer Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette von Tantal, Wolfram, Zinn und Gold aus sogenannten „Konflikt- und Hochrisikogebieten“. Die Konflikt- und Hochrisikogebiete werden in der Verordnung als

„Gebiete, in denen bewaffnete Konflikte geführt werden oder die sich nach Konflikten in einer fragilen Situation befinden, sowie Gebiete, in denen Staatsführung und Sicherheit schwach oder nicht vorhanden sind, zum Beispiel gescheiterte Staaten, und in denen weitverbreitete und systematische Verstöße gegen internationales Recht einschließlich Menschenrechtsverletzungen stattfinden.“¹⁰²

¹⁰¹ Vgl. AK Rohstoffe 2010, S.1; AK Rohstoffe 2019, S.1.

¹⁰² Europäisches Parlament und Rat 2017, Verordnung (EU) 2017/821, S. 6. Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R0821&from=DE>.

Die EU-Verordnung soll die Finanzierung von bewaffneten Konflikten durch den Rohstoffabbau von Unternehmen unterbinden.¹⁰³ Während der Verhandlungen zur EU-Verordnung zwischen 2014 und 2016 wurde ein Teil der Forderungen des EU-Parlaments nach verbindlichen anstatt freiwilligen Sorgfaltspflichten für Unternehmen letztlich im Dokument eingearbeitet. Diese Änderung sieht Michael Reckordt als Teilerfolg im Verhandlungsprozess. *Es zeigt (...), dass sich gewisse Argumente verfangen haben und dass die EU-Verordnung zu Konfliktmineralien heute anders aussieht, als sie im Jahr 2014 im Grunde vorgeschlagen wurde.*“

Auch Christian Wimberger unterstreicht den Erfolg des AK Rohstoffe bezüglich der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien: *„(...) der AK Rohstoffe hat ja auch stark zu dieser EU-Verordnung beigetragen. Und wenn sich irgendwas auf europäischer Ebene tut, dann ist das auch für den AK Rohstoffe wichtig.*“ Die ähnlichen Aussagen von Michael Reckordt und Christian Wimberger zur EU-Verordnung zu Konfliktmineralien beziehen sich auf die vierte und fünfte Kategorie. Ferner sieht Wimberger die Bemühungen und die Arbeit der Partnerorganisationen bezüglich nationaler Bergbauverbote in Mittelamerika als weiteren konkreten Erfolg von CIR. Wimbergers Ausführungen zu den Erfolgsgeschichten des CIR beziehen sich auf die sechste Kategorie. *„(...) und jetzt im letzten Jahr [2017] gab es eben einen ganz wichtigen Erfolg, und zwar wurde in El Salvador ein gesetzliches Bergbauverbot verabschiedet, dafür haben eben die Organisationen vor Ort jahrelang gekämpft und es gab da auch diesen Fall mit dem Schiedsgerichtsverfahren, die das Unternehmen Oceana Gold bei dem Schiedsgerichtshof der Weltbank eingereicht hatte und dieser Prozess lief eben insgesamt über sieben Jahre und 2016 gab es da diese Entscheidung, also die Klage wurde abgelehnt und danach ging es dann plötzlich ganz schnell. Da vergingen dann nur noch wenige Monate, bis dieses Gesetz verabschiedet wurde, das vorher eigentlich niemand für möglich gehalten hat, und jetzt versuchen die Organisationen in den Nachbarländern eben auch ähnliche Gesetze zustande zu bringen, wobei das schon schwierig ist.*“

Ebenso sieht Ozeanien Dialog seine **Erfolge** in dem, was die **Zivilgesellschaft im Pazifik geschafft hat**, wodurch sich ebenfalls eine Verbindung zur sechsten Kategorie herstellen lässt. Jan Pingel beschreibt den Einsatz der betroffenen Menschen in der Pazifikregion wie folgt: *„Auf jeden Fall, man ist zu Recht stolz in Papua-Neuguinea, auf das, was da erreicht wurde. Insbesondere, wenn man sich vorstellt, wie die Zivilgesellschaft aussieht. Man darf nicht davon*

¹⁰³ Vgl. Küblböck, Karin/ Grohs, Hannes 2017, EU-Verordnung zu „Konfliktmineralien“ – ein Schritt zu höherer Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor? In: ÖFSE (Hrsg.), Policy Note 18, S. 1. Online unter: https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Policynote/PN18_Konfliktmineralien.pdf.

ausgehen, dass das so aussieht wie hier in Europa, sondern da sind eigentlich keinerlei zivilgesellschaftliche Strukturen. Es ist eigentlich kein Geld da. Die Einzigen, die wirklich was organisieren, sind zwei, drei NGOs, die sich kaum über Wasser halten und die Kirchen. Also man ist schon zu Recht stolz, dass man das geschafft hat, fast ohne Budget, sehr auf Grassroot-Ebene. Die Leute, die dann protestieren, die eine Frau von Duke-of-York Island, das ist eine kleine Insel, die 30-40 km von diesem Ort entfernt ist, wo das erste [Tiefseebergbau-]Projekt stattfinden sollte. Das ist eine Frau, die ist Witwe und Mutter von sechs Kindern und eigentlich Fischerin und die führt dann eben die Proteste vor Ort an. Das sind keine NGÖler, die irgendwie einen Uniabschluss haben, sondern das sind Fischer. Und da muss man schon sagen, dass das beeindruckend ist, was die auf die Beine stellen oder auf die Beine gestellt haben.“

Der **WWF Deutschland** hat einen neuen Aspekt der positiven Entwicklungen der zivilgesellschaftlichen Arbeit hinzugefügt, nämlich die **Zusammenarbeit mit deutschen Vorreiterunternehmen**. Aus den Ausführungen von Christine Scholl in Bezug auf deutsche Vorreiterunternehmen wurde die dritte Kategorie entwickelt. Scholl sagt dazu: *„Ich glaube, es ist immer ganz gut, wenn man Vorreiterunternehmen hat, die auch in den Unternehmensverbänden vertreten sind und die da ein bisschen auf den Tisch hauen können und sagen, wir können uns diesen Forderungen der Zivilgesellschaft nicht unbedingt verschließen. Und wenn's da Unternehmen gibt, die sagen, hey uns ist das aber wichtig, und wir wollen das eigentlich nicht tolerieren, dass unser Aluminium, das wir auf den globalen Märkten einkaufen, aus irgendwelchen Schutzgebieten kommt, dann ist das schon mal ganz gut, wenn man auch Positionen innerhalb dieser Unternehmenskreise hat, die vielleicht den anderen Unternehmen so ein bisschen die Augen öffnen.“* Damit verdeutlicht Christine Scholl, dass die Zusammenarbeit mit ausgewählten Unternehmen in Deutschland sehr vielversprechend ist.

Fazit

Die dargelegten Textabschnitte der Interviews illustrieren die unterschiedlichen und gemeinsamen Erfolge der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rohstoffbereich. Durch den Beschluss der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien im Jahr 2016 wurde auf europäischer Ebene ein wichtiger Schritt der gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Arbeit im Bereich Rohstoffe gesetzt, wie Michael Reckordt und Christian Wimberger auch im Gespräch ausführen. Wie bereits erwähnt, konnte sich die Forderung des EU-Parlaments nach einer verbindlichen Regelung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht durchsetzen.

Des Weiteren gehen aus den jeweiligen Interviews ebenso einzelne Erfolgserlebnisse in der Arbeit der Organisationen hervor, wie Christian Wimberger in dem Beispiel des Bergbauverbots in El Salvador und Christine Scholl in ihrem Fallbeispiel in Brasilien anführt hat. Auffällig war in allen Interviews bei der Frage nach den positiven Fortschritten, die Tatsache, dass in den Aussagen selbst ein großes Aber folgt, was damit zusammenhängt, dass die Ansprüche nur teilweise umgesetzt sind und die Ergebnisse (noch) nicht ausreichend sind. Das verdeutlicht aufs Neue, dass das Potential der politischen Veränderungen in Deutschland noch sehr hoch ist.

Die Erfolgsgeschichten der zivilgesellschaftlichen Arbeit im Bereich Rohstoffabbau sind auf der einen Seite sehr wichtig und zeigen auf der anderen Seite, welche Forderungen weiterhin bestehen und zu bearbeiten sind.

3.2.3.3 Aktuelle Themen

In Bezug auf die aktuellen Themen der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kristallisiert sich aus dem ersten Interview mit Michael Reckordt heraus, dass sich die Forderungen des Netzwerks zum Zeitpunkt des Interviews nicht verändert haben und die Ziele somit nicht erreicht wurden. Aus dem Grund besteht die größte Herausforderung des AK Rohstoffe weiterhin in der **Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Interessen** innerhalb der Rohstoffpolitik. *„Wir arbeiten aktuell nicht an neuen Forderungen, sie werden halt kontinuierlich überprüft und intern evaluiert, welche Relevanz sie noch haben. Heute [07.02.2018] hat sich ja die große Koalition gebildet und der Koalitionsvertrag liegt vor, wo man leider Gottes sagen muss, dass sich da wenig wiederfindet, was wir fordern. Im Kapitel zu Rohstoffpolitik steht im Grunde rein gar nichts drin, was wir fordern. (...) es zeigt sich, dass unsere politischen Forderungen aktuell sind und auch aktuell bleiben.“* Weiters sieht Reckordt die Intentionen der Industrie bezüglich **Tiefseebergbauprojekten** für eine innovative Ressourcengewinnung als neue und wenig abschätzbare Gefahr für den Mensch und die Natur an. *„Wir würden sagen, weil wir über die Tiefsee weniger wissen als über den Mond oder über den Mars und über die beiden wissen wir eigentlich auch nicht so viel, müssen wir die Finger weglassen von der Tiefsee. Wir wissen nur, dass wir eine sehr spezifische Fauna, sehr spezifische Ökosysteme, die sich auf wenigen Metern schon komplett verändert haben können und mit Tiefseebergbau zerstören wir leider Gottes nachhaltig ganze Systeme und wir wissen nicht, wie weit das entlang der Nahrungskette am Ende auch Menschen betrifft.“* Als weitere Herausforderung geht aus dem Gespräch hervor, dass der individuelle **Ressourcenverbrauch** der deutschen Gesellschaft drastisch reduziert werden muss und dies eine **politische Steuerung**

erfordert. *„Eigentlich eine Aufgabe der Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass unser Rohstoffverbrauch genauso wie die Emission, die den Klimawandel vorantreibt, zu reduzieren. Das ist unserer Meinung nach eine politische Aufgabe, was natürlich dann auch heißt, weniger zu verbrauchen für den Einzelnen, was aber auch dazu führt, dass die Industrie, die der Hauptverbraucher von Metallen und Mineralien ist, einfach überlegen muss, wie kann sie halt den Verbrauch reduzieren und wie kann man das politisch steuern (...).“*Reckordts Ausführungen zu den aktuellen Themen spiegeln sich in den Kategorien fünf bis acht wieder.

Bezüglich der bestehenden Herausforderung geht auch aus dem Gespräch mit Christian Wimberger von CIR hervor, dass sie weiterhin an der Durchsetzung des Anspruchs eines **gesetzlichen Rahmens der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette** arbeiten. Die dazugehörigen Aussagen beziehen sich demnach auf die vierte Kategorie. Wimberger sagt dazu: *„Unsere Forderung war eigentlich immer, dass menschenrechtliche Sorgfalt in Bezug auf dieses Thema der Konfliktfinanzierung entlang der gesamten Lieferkette verbindlich verankert sein muss. Also angefangen vom Abbau in der Mine, über den Weg zur Schmelze, auf diesem Weg kann ja schon ganz viel passieren, wenn z.B. bewaffnete Gruppen irgendwelche Handelswege besteuern und dann können die wiederum Waffeneinkäufe finanzieren. Aber dann war es uns auch ganz wichtig, dass diese menschenrechtliche Sorgfalt auch vom Weg von der Schmelze bis zum Import eines Fertigprodukts gilt sozusagen. (...) Es gibt mittlerweile auch den nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Prinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, den die Bundesregierung 2016 verabschiedet hat, aber das ist auch so ein gänzlich freiwilliger Rahmen, also eigentlich auch nicht das, was wir wollen.“*

Beim Ozeanien Dialog wurde ein neuer Aspekt in puncto aktueller Herausforderungen herangezogen, nämlich die **fehlende Einbindung der Ressourcenfrage in der aktuellen Klimadebatte**. Jan Pingels Aussagen spiegeln sich in der ersten Kategorie wieder. Pingel findet, dass *„in der ganzen Klimadebatte und in den gesamtgesellschaftlichen Debatten wird zu wenig über Rohstoffe gesprochen wird. (...) Wenn wir über E-Autos in Deutschland sprechen, wird nicht erwähnt, wo das alles herkommt, die ganzen Ressourcen dafür und dass das eine ökologische Katastrophe ist und auch eine soziale Katastrophe. D.h. ich würde sagen, das, was wir brauchen, wo wir auch als AK und Ozeanien Dialog besser werden müssen, ist, diese Verbindungen aufzuzeigen. Ich weiß, dass das viele Leute in Deutschland nicht hören wollen, trotzdem müsste man das hören, weil es ein globales Gerechtigkeits Thema ist, also dass*

wir das stärker auf die Agenda setzen. Dass wir nicht gegen die Klimadiskussion angehen, sondern versuchen, das in die Klimadiskussion einzubetten und zu sagen, wahre Klimagerechtigkeit funktioniert nur mit Ressourcengerechtigkeit und ich glaube, das ist noch eine große Baustelle.“

Überdies sieht Jan Pingel ebenfalls den **Tiefseebergbau insbesondere im Pazifik** als aufsteigende Bedrohung für Mensch und Natur, wodurch der Bezug zur fünften Kategorie besteht. Pingel sagt dazu: „Das Thema, das uns in den letzten zwei Jahren besonders beschäftigt ist Tiefseebergbau. (...) Und da befürchtet man eben, dass ganz massive Umweltschäden gerade im Meer die Lebensgrundlagen der Menschen nicht nur in Papua-Neuguinea, sondern im ganzen Pazifik in Mitleidenschaft ziehen würden. Also, ich glaube, Tiefseebergbau wird uns leider in den nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahren ganz massiv beschäftigen, gerade im Pazifik, weil man da die riesigen, exklusiven Wirtschaftszonen hat, mit sehr vielen Ressourcen am Meeresgrund, und die Industrie steht Schlange (...)“.

Aus dem Interview mit dem WWF Deutschland lässt sich folgendes aktuelles Thema herausfiltern. Die **unfairen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt** begünstigen das Agieren der Unternehmen. Aus Christine Scholls Ausführungen zu unfairen Rohstoffpreisen wurde die zweite Kategorie gebildet. Scholl erklärt dazu: „Ich meine, die größte Herausforderung ist halt einfach, wie schafft man es eigentlich, die Kosten, die vor Ort entstehen, die gar nicht in die Preise der Rohstoffe einbezogen sind, dort mit einzupreisen, also quasi die Internalisierung von externen Kosten. Dadurch, dass verschiedene Waren, in dem Fall Rohstoffe, eben günstig sind, entstehen halt in den Ländern, in denen sie abgebaut werden, Kosten, durch Umweltverschmutzung, durch Menschenrechtsverletzungen und die Rohstoffe dürften halt einfach nicht so günstig sein bzw. müssten halt einen ordentlichen Preis haben und man müsste dafür sorgen, dass das vor Ort nicht vorkommt. Das ist halt auch einfach eine Herausforderung, die die Unternehmen sehen, die sagen jetzt zertifiziertes Material einkaufen, das wird aber teurer (...).“

Außerdem wird die notwendige politische Steuerung in puncto Rohstoffverbrauch auch als Herausforderung gesehen. Scholls Ausführungen zur notwendigen politischen Steuerung beziehen sich auf die achte Kategorie. Scholl sagt dazu: „Andererseits muss natürlich auch der Konsum des Endverbrauchers verringert werden, aber da sehe ich tatsächlich die Politik wieder am Zug. Also klar, da gehen ja auch unsere Kampagnen hin, dass man Awareness schafft beim Endverbraucher, dass er nicht 100 Handys in der Schublade liegen hat und die zum Recycling bringt. Aber nichtsdestotrotz sehe ich da die Politik am Zug, dass es da

Regulierungen gibt, die den Konsumenten auch so ein bisschen steuern. Also, es geht nicht nur um Verbote, aber es geht z.B. darum, nachhaltigere Produkte in einer gewissen Weise zu fördern. Also da geht's dann wieder um Preissachen oder halt auch andere Mechanismen, die zum Tragen kommen können. Also auf jeden Fall ist die Reduzierung des generellen Ressourcenverbrauchs ein extrem wichtiges Thema, weil ohne das kommt es auch nicht dazu, den Bergbau zu reduzieren. Das muss oberste Priorität haben, weil wir natürlich Ressourcen abschöpfen, die nicht erneuerbar sind, zumindest nicht, wenn wir in menschlichen Lebenszyklen denken.“

Fazit

In Bezug auf die aktuellen Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen verdeutlichen die dargestellten Textstellen der Interviews, dass sich unterschiedliche neue Probleme im Rohstoffkontext entwickelt haben, dass aber auch die grundlegenden Forderungen aus dem AK Rohstoffe, wie z.B. die Einhaltung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und Umweltstandards, immer noch aktuell sind. Aus dem Interview mit Christine Scholl vom WWF Deutschland sind ihre Ausführungen zu unfairen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt als Herausforderung hervorzuheben.

Gleichzeitig entstehen im Kontext von gesellschaftlichen Interessen neue Probleme, mit denen sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen beschäftigen müssen. Die Gefahren des Tiefseebergbaus werden in den Interviews mit Michael Reckordt und Jan Pingel besonders deutlich hervorgebracht. Kritisch zu sehen ist dabei, dass die Industrie den Tiefseebergbau als innovative Ressourcengewinnung darstellt, die für neue „grüne Produkte“ die Rohstoffe liefert. Einen besonders wichtigen Beitrag liefert Jan Pingel dazu: *„Das hat z.B. damit zu tun, dass Tiefseebergbau sich selbst darstellt in der Industrie als der neue Klimaretter, wenn wir immer mehr Solar brauchen, immer mehr Batterien brauchen, alles wird mehr E, E-alles, all das gewisse Mineralien und Ressourcen, die es in der Tiefsee zuhauf gibt, d.h. die Unternehmen, die jetzt dort Fuß fassen wollen und die Meeresumwelt zerstören wollen, tun das in einem sehr grünen Klimaantlitz, sagen also, wenn ihr eine grüne klimaneutrale Zukunft wollt, dann müssen wir die Tiefsee ausbeuten.“*

Ferner geht die fehlende Sichtbarmachung der Zusammenhänge zwischen Klimafragen und Ressourcenfragen aus dem Interview mit Ozeanien Dialog deutlich hervor. Das Problem liegt besonders in dem Umstand, dass zwar Klimafragen sehr stark in den Fokus der Öffentlichkeit

rücken und das Interesse vieler Bürger*innen in Europa geweckt haben, jedoch der Rohstoffverbrauch und die negativen Auswirkungen des Ressourcenabbaus ausgeklammert werden. Jedoch dürfen diese negativen Konsequenzen für die Länder des globalen Südens in den gesellschaftlichen Debatten zu Klima- und Rohstofffragen nicht fehlen.

Ebenso ist fehlende politische Steuerung in Bezug auf den gesamten Rohstoffverbrauch in Deutschland eines der bestehenden Probleme. Dies zeigt sich in den Interviews mit dem WWF Deutschland und mit dem AK Rohstoffe.

Letztlich lässt sich bezüglich der dargestellten Textabschnitte des Materials festhalten, dass es punktuell positive Entwicklungen bezüglich der Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderungen gibt und die sich besonders in den einzelnen Kampagnen der Organisationen zeigen. Gleichzeitig entstehen im Kontext der deutschen Rohstoffpolitik neue Schwierigkeiten, wie z. B. die Gefahren des Tiefseebergbaus, für die zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen.

3.3 Dokumentenanalyse

Im folgenden Abschnitt wird die Dokumentenanalyse als weitere Methode dieser Arbeit herangezogen. Bevor das Material und die Herangehensweise genauer dargestellt werden, soll die Dokumentenanalyse kurz definiert werden.

Eine klare Definition und Aufbau der Methode sind in der Literatur schwierig zu finden. Werner Reh bezeichnet Dokumente zunächst als einen Bestandteil von Quellen. Zudem erwähnt er, dass in der Geschichtswissenschaft seit der frühen Neuzeit Verwaltungsakte, die am häufigsten benutzten Quellen der historischen Forschung sind.¹⁰⁴

Konkreter befasst sich Felissa Mühlich in ihren Ausführungen mit der Dokumentenanalyse. Sie analysiert in ihrem Werk „Übergewicht als Politikum?“ aus dem Jahr 2008 die *„regierungsamtliche Veröffentlichungen Renate Künasts und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (...) sowie das von Renate Künasts selbst geschriebene Buch „Die Dickmacher.“*¹⁰⁵ Mühlich definiert die Methode als eine sprachliche und inhaltliche Untersuchung der Quellen, die zuvor entsprechend der Fragestellung der Arbeit ausgewählt und bewertet wurden.¹⁰⁶

Ziel dieser Arbeit ist es, die Dokumentenanalyse als inhaltliche Untersuchung einer ausgewählten Regierungserklärung zu verwenden, um festzustellen, inwiefern

¹⁰⁴ Vgl. Reh, Werner 2006, Dokumentenanalyse als Kommunikationsanalyse. In: Schmitz, Sven-Uwe/Schubert, Klaus (Hrsg.): Einführung in die politische Theorie und Methodenlehre. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 115.

¹⁰⁵ Mühlich, Felissa 2008, Übergewicht als Politikum? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55.

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

zivilgesellschaftliche Forderungen wahrgenommen und durch in der Erklärung festgelegte Maßnahmen umgesetzt werden.

Zur konkreten Vorgehensweise bei der folgenden Dokumentenanalyse ist festzuhalten, dass zwei oder drei Maßnahmen hervorgehoben werden und genauer in Bezug auf ihre Umsetzung untersucht werden. Als Quellen werden der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung von 2016, kurz NAP, und die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2020 verwendet.

Somit wird der NAP unter folgendem Gesichtspunkt analysiert: Welche zivilgesellschaftlichen Kernforderungen werden im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung von 2016 durch konkrete Umsetzungsmaßnahmen thematisiert?

Ferner soll die Analyse der neuen Rohstoffstrategie von 2020 erneut feststellen, inwiefern die Forderungen des AK Rohstoffe zur Fortschreibung der Rohstoffstrategie berücksichtigt wurden.

3.3.1 Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

3.3.1.1 Beschreibung des Dokuments

Unter der Verantwortung des Auswärtigen Amts begann die Ausarbeitung des Nationalen Aktionsplans (NAP) im Jahr 2014. Nach einer zweijährigen Konsultations- und Erstellungsphase verabschiedete das Bundeskabinett am 21.12.2016 den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, für den Zeitraum von 2016 bis 2020.¹⁰⁷ Die Maßnahmen des NAP fungieren als Erwartungs- und Orientierungskatalog der Bundesregierung für deutsche Unternehmen die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten bis 2020 umzusetzen.¹⁰⁸ Ziel des NAP ist es, dass mindestens die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten die Maßnahmen bis 2020 erfüllen.¹⁰⁹ Zur Überprüfung des Umsetzungsstands hat das Auswärtige Amt die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit adelphi Consult GmbH, Sustain Consulting GmbH und focusright GmbH beauftragt, die Befragung in Form eines Online-

¹⁰⁷ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Entwicklung des NAP. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Ueber-den-NAP/Entwicklung-des-NAP/entwicklung-des-nap.html>.

¹⁰⁸ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Ziele des NAP. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Ueber-den-NAP/Ziele-des-NAP/ziele-des-nap.html>

¹⁰⁹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020, NAP-Monitoring: Teilnahmephase 2020 gestartet. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Aktuelles/Meldungen/2020/nap-monitoring-teilnahmephase-2020-gestartet.html>

Fragebogens durchzuführen. Im Sommer 2020 werden die repräsentativen Ergebnisse der Online-Befragungen im Rahmen des NAP-Monitorings veröffentlicht. Aus der Basis der Ergebnisse wird die Bundesregierung darüber entscheiden welche Folgemaßnahmen die festgesetzt werden.¹¹⁰

Der 29-seitige Aktionsplan beinhaltet sechs Kapitel, in denen folgende Schwerpunkte festgehalten werden: Neben der Einleitung sowie der Entstehungsgeschichte in den Kapiteln eins und zwei, wird im dritten Kapitel genauer auf die Erwartungshaltung der Bundesregierung an die unternehmerische Sorgfalt in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte eingegangen. Das vierte Kapitel thematisiert die Handlungsfelder für den Staat und die Unternehmen und ist in Bezug auf die Analyse von besonderer Bedeutung. Kapitel fünf und sechs beschäftigen sich abschließend mit der Sicherstellung der Politikkohärenz und dem Monitoring.

3.3.1.2 Analyse nach den inhaltlichen Aspekten

Im Folgenden werden die Maßnahmen der Punkte 2.1 bis 2.3 aus Kapitel IV des NAP extrahiert und genauer untersucht. Die ausgewählten Punkte des Dokuments beinhalten folgende drei Schwerpunkte. Erstens die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards entlang der Liefer- und Wertschöpfungskette deutscher Unternehmen, zweitens die Herstellung von Transparenz und drittens der Umgang mit Rohstoffen aus Konfliktgebieten. Die Maßnahmen dieser drei Punkte tangieren wesentliche Forderungen des AK Rohstoffe nach verbindlichen Sorgfaltspflichten der Unternehmen entlang der Lieferketten, nach Transparenz der Lieferketten sowie den Import von Rohstoffen aus Konfliktgebieten durch die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien zu vermeiden (siehe Kernforderungen des AK Rohstoffe unter 2.3.4), wieder. Insofern ist es im Folgenden von Bedeutung welche Maßnahmen im NAP festgehalten sind.

NAP Kapitel IV, 2.1 Menschenrechtsschutz in Liefer- und Wertschöpfungsketten sicherstellen:

Dieser Punkt des NAP bezieht sich auf die unternehmerische Verantwortung Menschenrechte und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette sicherzustellen. Die Bundesregierung räumt hier zwar ein, dass die Überprüfung von intransparenten Lieferketten für einzelne Unternehmen schwierig sein könnte, jedoch erwartet sie, dass Unternehmen trotzdem der

¹¹⁰ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020, NAP-Monitoring: Teilnahmephase 2020 gestartet. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Aktuelles/Meldungen/2020/nap-monitoring-teilnahmephase-2020-gestartet.html>

menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht durch geeignete *Managementinstrumente* nachkommen und die *Risikoerkennung und -prävention* fördern. Folgende Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte und der Umweltstandards im Rahmen der Produktion und Liefer- und Wertschöpfungskette werden im NAP formuliert:

1. „Zur Identifikation von besonders relevanten Risikobranchen und -regionen in den Liefer- und Wertschöpfungsketten der deutschen Wirtschaft wird die Bundesregierung eine entsprechende **Studie veröffentlichen**. Auf Basis der Studie werden (...) **branchenspezifische Handlungsanleitungen** und Best-Practice Beispiele zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten erarbeitet.“
2. „Mit dem „Bündnis für nachhaltige Textilien“ **unterstützt** die Bundesregierung eine **Multi-Stakeholder-Initiative**, die freiwillige und verbindliche Elemente zusammenführt.“
3. „Der Runde Tisch "**Menschenrechte im Tourismus**" wird als vorbildliche Initiative bei der Entwicklung eines branchenspezifischen Verständnisses menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten verstärkt **durch die Bundesregierung finanziell unterstützt**.“¹¹¹

Die erste Maßnahme wird die sogenannte *Baseline Studie* zur Untersuchung inwiefern nationale gesetzliche Instrumente genutzt werden, thematisiert.¹¹² Diese Baseline Studie wurde im April 2015 als prozessbegleitendes Dokument zur Erstellung des NAP vom Deutschen Institut für Menschenrechte veröffentlicht.¹¹³ Die Ergebnisse der Baseline Studie zur Bestimmung von Risikobranchen und -regionen und sind in Verbindung mit der darauffolgenden Formulierung einer Handlungsanleitung und von Best-Practice-Beispielen als Orientierungshilfen für Unternehmen sehr hilfreich.

Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen kritisieren an dieser Stelle, dass bereits *Sektor-Leitfäden* sowie ein *übergreifender Leitfaden zur Konkretisierung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten auf OECD-Ebene entwickelt worden bzw. in Arbeit* sind.¹¹⁴

Eine weitere Orientierungshilfe für Unternehmen sieht die Bundesregierung in der Unterstützung von *Multistakeholder-Initiativen*, die die Umsetzung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten fördern. Die Initiativen sind das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ und

¹¹¹ Auswärtiges Amt 2017, Nationaler Aktionsplan. Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020, S. 20.

¹¹² Vgl. Schubert, Simone 2019, die Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte durch nationale Aktionspläne. Berlin: Springer, S. 197.

¹¹³ Vgl. Bettzieche Lissa/Schuller Christopher/Utlu Deniz/Windfuhr Michael, Deutsches Institut für Menschenrechte 2015, National Baseline Assessment, S. 4. Online unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Weitere_Publikationen/National_Baseline_Assessment_Umsetzung_der_UN-Leitprinzipien_fuer_Wirtschaft_und_Menschenrechte.pdf.

¹¹⁴ Vgl. Germanwatch et. al. 2017, Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung, S. 11.

„der Runde Tisch“, die freiwillige sowie verbindliche Merkmale beinhalten. Hier argumentieren Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aber, dass die dargelegten Bündnisse kein „hinreichendes Maß an Verbindlichkeit für die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards“ darbieten und somit ein falscher Eindruck von festgesetzten Regelungen entsteht.

NAP Kapitel IV, 2.2 Transparenz und Kommunikation über menschenrechtliche Auswirkungen von Unternehmen

In diesem Abschnitt des NAP legt die Bundesregierung folgende Maßnahmen zur Herstellung größerer Transparenz von menschenrechtlichen Auswirkungen entlang der Lieferketten fest:

1. „Das Kabinett hat die **Umsetzung der sog. CSR-Richtlinie** in das deutsche Recht am 21.09.2016 beschlossen.“
2. „Die Bundesregierung **prüft die Einführung einer Gewährleistungsmarke** in das deutsche Recht. Mit Hilfe einer Gewährleistungsmarke kann u.a. die Einhaltung bestimmter menschenrechtlicher Standards in Liefer- und Wertschöpfungsketten zertifiziert und am Markt kommuniziert werden.“¹¹⁵

Mehr Transparenz und die Verpflichtung zur Berichterstattung über menschenrechtliche Auswirkungen von Unternehmen als ein einzelner Aspekt im Aktionsplan stellt einen wichtigen Schritt dar. Die erste Maßnahme hierzu ist die verbindliche Umsetzung der sogenannten „Corporate Social Responsibility“ der EU, kurz CSR-Richtlinie, die am 21.09.2016 im deutschen Recht verankert wurde. Durch die fehlende Konkretisierung einer Berichterstattung für Unternehmen greift der reine Verweis auf die nationale Gesetzgebung als Maßnahme jedoch zu kurz. Zudem kritisieren Vertreter*innen der Zivilgesellschaft bei der genauen Untersuchung des deutschen Gesetzesentwurfs zur CSR-Richtlinie, dass dieser „*lediglich einen Bruchteil der deutschen Unternehmen verpflichtet*.“¹¹⁶ In der Richtlinie sind des Weiteren keine Kriterien festgehalten, wie die Berichterstattung der Unternehmen bezüglich ihres Umgangs mit menschenrechtlichen Risiken aussehen soll. Aus diesem Grund bleibt die Berichterstattung der Unternehmen sehr vage und oberflächlich formuliert, wodurch keine Transparenz für die Öffentlichkeit hergestellt werden kann.

Eine weitere Maßnahme für größere Transparenz, besonders für den Verbraucher, ist die geplante Gewährleistungsmarke. Der sogenannte *Grüne Knopf* trat im Juli 2019 durch die Eintragung beim deutschen Patent- und Markenamt als erste Gewährleistungsmarke in Kraft und kennzeichnet die unternehmerische Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umweltschutz

¹¹⁵ Auswärtiges Amt 2017, S. 21.

¹¹⁶ Germanwatch et al. 2017, S. 12.

für Textilprodukte. Das BMZ ist Eigentümer der Gewährleistungsmarke.¹¹⁷ Durch die Zertifizierung der betreffenden Produkte menschenrechtliche Standards in Liefer- und Wertschöpfungsketten einzuhalten, wird ein wesentlicher Teil der Verantwortung im Rahmen der Kaufentscheidung auf den Verbraucher verschoben. Somit ist diese Art von Informationsgewährleistung auf Produkten ein kleiner Beitrag zur Herstellung von Transparenz in Lieferketten.

NAP Kapitel IV, 2.3 Geschäftstätigkeit in Konfliktgebieten

In diesem Punkt des NAP legt die Bundesregierung ihre Verantwortung zur Eindämmung der Finanzierung von bewaffneten Konflikten aus Rohstoff Erlösen fest. In diesem Zusammenhang wird auch der Verhandlungsprozess der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien angesprochen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des NAP hat sich die Europäische Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf einen Kompromiss zu verbindlichen Sorgfaltspflichtregelungen im Upstream-Bereich (für Importeure von unverarbeiteten Rohstoffen) der Lieferkette geeinigt.¹¹⁸ Im NAP wird folgende Maßnahme festgelegt:

„Die Bundesregierung **verfolgt das Ziel**, die **Finanzierung von bewaffneten Auseinandersetzungen** in Konflikt- und Hochrisikogebieten durch Erlöse aus dem Verkauf von Zinn, Tantal, Wolfram, Erzen und Gold **zu verhindern**. Sie **setzt sich für verbindliche Regelungen von Sorgfaltspflichten ein**. Diese sollten verhältnismäßig sein und keine unnötigen bürokratischen Belastungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen verursachen.“¹¹⁹

Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen kritisieren im Rahmen der geplanten nationalen Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien, dass die Sorgfaltspflichtverantwortung im Upstream-Bereich der Lieferkette zu kurz greift, da sich die Regelung lediglich an Erstimporteure richtet, die zusätzlich einen bestimmten Schwellenwert überschreiten, wodurch eine Vielzahl von Unternehmen durch das Raster fällt. Für das Edelmetall Gold wurde ein Schwellenwert von 100 Kilogramm festgelegt, wodurch nur 20 von 253 importierenden Unternehmen tangiert sind.¹²⁰ Zudem werden keine Sanktionen für die Unternehmen, die die Sorgfaltspflicht nicht einhalten, benannt. Außerdem soll die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien erst im Jahr 2021 starten.

¹¹⁷ Vgl. Deutsches Paten- und Markenamt 2020, Erste Gewährleistungsmarke eingetragen. Online unter: https://www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/hintergrund/erste_gewaehrleistungsmarke/index.html.

¹¹⁸ Vgl. Auswärtige Amt, 2017, S. 22.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Vgl. Germanwatch et. al. 2017, S.13.

Fazit

Im NAP der Bundesregierung werden positive Ansätze zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte genannt. Die drei analysierten Punkte aus dem Regierungsdokument spiegeln einige zivilgesellschaftliche Forderungen im gewissen Ausmaß wider. Der AK Rohstoffe fordert in Bezug auf den Schutz von Menschenrechten im Bereich Rohstoffabbau zunächst einen verbindlichen Nachweis der Unternehmen über ihre gesamte Liefer- und Wertschöpfungskette, um negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt zu untersuchen und gegebenenfalls zu beseitigen.¹²¹ Wie oben dargestellt, fordert die Bundesregierung zu diesem Punkt die Unternehmen dazu auf, ihrer Sorgfaltspflicht innerhalb der Lieferkette nachzukommen und notwendige *Managementinstrumente* zu etablieren. Die dazugehörigen Maßnahmen beinhalten die deutsche Baseline Studie und die daraus resultierende Handlungsanleitung für Unternehmen, die jedoch keine Neuerung darstellen, da es bereits OECD-Handlungsleitfäden gibt. Überdies ist die Unterstützung der Bundesregierung von weiteren Bündnissen wie als weitere Maßnahme genannt. Demnach wurde die zivilgesellschaftliche Forderung nicht ausreichend in das Regierungsdokument aufgenommen, da kein verpflichtender Nachweis über die unternehmerische Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette festgelegt wurde.

In puncto Transparenz fordert der AK Rohstoffe eine verbindliche Regelung für Unternehmen, ihre Prozesse im Rahmen menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten transparent und öffentlich zugänglich zu dokumentieren.¹²² Auch diesen Anspruch findet man als eigenständigen Punkt im NAP. Jedoch wird eine konkrete Form der Berichterstattung der Unternehmen nicht genannt. Der Verweis auf die CSR-Richtlinie sowie der „Grüne Knopf“ als Gewährleistungsmarke für Textilprodukte reichen als Maßnahme für größere Transparenz aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nicht aus.¹²³ Somit wurden auch hier keine gesetzlichen Regelungen getroffen, die einen transparenten Nachweis der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen festlegen.

In Bezug auf den Umgang mit Rohstoffen aus sogenannten Konfliktgebieten verlangt der AK Rohstoffe den Rohstoffimport aus Hochrisiko- und Konfliktgebieten auch für die weiterverarbeitende Industrie und den Einzelhandel zu verbieten. In diesem Punkt weicht die

¹²¹ Vgl. AK Rohstoffe: Menschenrechte effektiv schützen. Online unter: http://ak-rohstoffe.de/menschenrechte-effektiv-schuetzen/?doing_wp_cron=1579019060.3435180187225341796875.

¹²² Vgl. AK Rohstoffe: Menschenrechte effektiv schützen.

¹²³ Vgl. Germanwatch et. al. 2017, S. 12.

Umsetzung der Bundesregierung grundlegend von der zivilgesellschaftlichen Forderung ab, da in der geplanten Verordnung *„lediglich Erstimporte von Erzen und Metallen erfasst werden, wogegen die große Mehrzahl der Unternehmen, die solche Rohstoffe verwenden – wie die Automobil- und Elektronikindustrie sowie der Einzelhandel – weitgehend aus der Verantwortung entlassen werden“*¹²⁴. Zudem werden weder Sanktionen bei Verstößen noch eine Berichtspflicht gegenüber der Öffentlichkeit im NAP festgelegt.

Nach dieser Analyse kristallisiert sich heraus, dass die Forderungen des AK Rohstoffe zwar im NAP angedeutet werden, indem sie benannt werden, jedoch erfüllen sie aufgrund der fehlenden Verbindlichkeit und den fehlenden Sanktionen nicht den grundlegenden Anspruch der zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen. Dieser Umstand lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass der NAP Erwartungs- und Orientierungskatalog der Bundesregierung gegenüber allen deutschen Unternehmen, was aus den Formulierungen wie z.B. *Erwartungshaltung der Bundesregierung an die unternehmerische Sorgfalt*¹²⁵ zu Beginn des NAP oder *die Bundesregierung erwartet von allen Unternehmen, die oben beschriebene Prozesse (...) angemessen einzuführen*¹²⁶ hervorgeht.

Laut Aktionsplan will die Bundesregierung nur dann gesetzlich tätig werden, wenn sich bis 2020 weniger als die Hälfte der Unternehmen mit über 500 Mitarbeiter*innen zu den Menschenrechten bekennen, entsprechende Risiken untersuchen sowie Vorbeugemaßnahmen ergreifen. Diese Konsequenz ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbindliche Regelung, hängt aber gleichzeitig von der aktuell laufenden Überprüfung der Unternehmen ab.¹²⁷

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Auswärtige Amt, 2017, S. 7.

¹²⁶ Ebd., S. 10.

¹²⁷ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020, NAP-Monitoring: Teilnahmephase 2020 gestartet. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Aktuelles/Meldungen/2020/nap-monitoring-teilnahmephase-2020-gestartet.html>

3.3.2 Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2020

3.3.2.1 Beschreibung des Dokuments

Die Entstehungsgeschichte sowie die Kernelemente in der neuen 41-seitigen Strategie wurden bereits in Punkt 2.3.4. dargestellt. Aus diesem Grund kann an dieser Stelle direkt zur Analyse der wesentlichen Aspekte bezüglich der Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderungen des AK Rohstoffe übergegangen werden. Dabei ist festzuhalten, dass die einzelnen Kapitel aus der Strategie entlang der sechs dargestellten Forderungen des AK Rohstoffe (siehe 2.3.4) extrahiert und untersucht werden.¹²⁸

3.3.2.2 Analyse nach den inhaltlichen Aspekten

Kapitel IV b. Rohstoffimporte: Verantwortungsvolle Versorgungssicherheit wirksam erhöhen

Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen

Welche Richtung die Bundesregierung bezüglich einer global gerechten Handelspolitik besonders für rohstoffreiche Länder einschlägt, zeigt sich im folgenden Abschnitt der Strategie:

„Die Bundesregierung wird sich im Rahmen der EU-Handelspolitik **weiterhin nachdrücklich für die Schaffung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen im internationalen Rohstoffhandel** einsetzen. Wichtiges Instrument hierzu ist die **Stärkung** der regelgebundenen **multilateralen Handelsordnung** mit der WTO im Zentrum. Darüber hinaus wird die Bundesregierung auch in Zukunft die ambitionierte bilaterale Freihandelsagenda der EU unterstützen.“¹²⁹

Es zeigt sich, dass die Bundesregierung einen unbeschränkten internationalen Rohstoffhandel forciert, da handelspolitische Maßnahmen, wie z.B. Exportzölle, den internationalen Wettbewerb verzerren.¹³⁰ Dadurch wird in der Strategie die tatkräftige Unterstützung der Regierung in internationalen Freihandelsabkommen zugesagt. Dieser Fokus auf einen unbeschränkten weltweiten Rohstoffhandel weicht völlig von der zivilgesellschaftlichen Forderung ab, dass rohstoffreiche Staaten weiterhin Exportzölle zur Einnahmengenerierung nutzen sollten. Dadurch kann diese Forderung in der Strategie als nicht umgesetzt angesehen werden.

¹²⁸ Vgl. AK Rohstoffe 2019, S.1-4.

¹²⁹ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMW) 2020, S. 23.

¹³⁰ Vgl. ebd.

Kapitel IV c. Kreislaufwirtschaft und Sekundärrohstoffe als Rohstoffquelle

In diesem Punkt der Strategie steht die zunehmende Nutzung von Sekundärrohstoffen durch das Recycling im Vordergrund. Die Bundesregierung sieht das Potential von wiederverwertbaren mineralischen Rohstoffen als wichtiges Standbein in der Versorgungssicherheit Deutschlands, da es einen Weg darstellt, die Importabhängigkeit sowie die negativen Auswirkungen im Rahmen des Rohstoffabbaus zu reduzieren. Folgende Schritte zum zunehmenden Recycling werden in der Strategie festgehalten:

„Die Bundesregierung wird **Forschungs- und Entwicklungsprojekte** in den Bereichen **Aufbereitungstechnik** und **Metallurgie** fördern, um komplexe Recyclingprozesse zu optimieren (...). Dies gilt insbesondere für Rohstoffe und Zukunftstechnologien, wie Seltene Erden, Indium, Gallium, Germanium, Lithium.“¹³¹

Die konkrete Maßnahme umfasst dabei, die Forschung im Bereich Aufbereitungstechnik sowie Metallurgie zu unterstützen und voranzutreiben. Obwohl das zunehmende Recycling einen beiderseitigen Vorteil für Industrie und Politik generieren würde, fehlt es der festgeschriebenen Maßnahme an Durchsetzungskraft, da, so kritisieren die Vertreter*innen aus dem AK Rohstoffe, „eine verpflichtende Quote für die Nutzung von Recyclaten“ in der Strategie fehlt. „Auch Unternehmen müssen Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen: Je recyclingfreundlicher sie ihre Produkte gestalten, desto mehr CO₂-Einsparungen sind möglich.“¹³² Im direkten Vergleich der formulierten Maßnahme und der zivilgesellschaftlichen Forderung bezüglich der Nutzung von Sekundärrohstoffen lässt sich feststellen, dass die Strategie einen relativ zögerlichen Einsatz für das Recycling widerspiegelt, wodurch die konkrete zivilgesellschaftliche Forderung nicht eingebunden wurde.

Kapitel VI Nachhaltigkeit und Transparenz im Rohstoffbereich

Ähnlich wie im NAP betrifft dieser Punkt in der Strategie die unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Inwiefern die Bundesregierung die Achtung der Menschenrechte sowie den Umweltschutz entlang der Liefer- und Wertschöpfungskette von betreffenden Unternehmen durch mögliche Regelungen fordert und umsetzen will, zeigt sich in der folgenden Passage aus der Strategie:

„Die Sorgfaltspflichten sind grundsätzlich auf alle Minerale anwendbar und gelten für die gesamte Lieferkette. Auch wenn die **OECD-Leitsätze rechtlich nicht verbindlich** sind, **erwartet die Bundesregierung**, dass Unternehmen ihre Sorgfaltspflichten erfüllen. Die Bundesregierung fördert die (...) OECD-Leitsätze durch eine Reihe von nationalen und

¹³¹ Ebd., S. 27.

¹³² AK Rohstoffe 2020, Neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung ignoriert Klimaschutz und Menschenrechte. Online unter: <https://germanwatch.org/de/17696>.

internationalen Maßnahmen. (...) Beispielsweise die **Durchführung von Studien** zu Menschenrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau (...).“

„Das BMU wird einen internationalen Prozess zur Erarbeitung eines **internationalen Leitfadens zu ökologischen Sorgfaltspflichten** in Rohstofflieferketten initiieren (...).“¹³³

Die Bundesregierung verdeutlicht eine Erwartungshaltung zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten für deutsche Unternehmen, da auch explizit erwähnt wird, dass es keine rechtlich verankerten Regelungen zu den OECD-Leitsätzen gibt. Als Maßnahme sieht die Bundesregierung die Durchführung von Studien vor, um mögliche Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Dadurch erkennt man, dass es weder gesetzliche Maßnahmen geben wird, noch mit Konsequenzen bei Verstößen gegen die unternehmerischen Sorgfaltspflichten gerechnet werden kann, sollten die Studien negative Auswirkungen in den Lieferketten identifizieren. Bezüglich der Einhaltung von Umweltstandards soll zur Unterstützung der Unternehmen der erwähnte Leitfaden erarbeitet werden. Dadurch, dass das BMU die Ausarbeitung dieses internationalen Leitfadens lediglich anstoßen soll und weder ein Zeitraum konkret festgelegt wurde, noch weitere betreffende Akteur*innen, die Teil dieses Prozesses wären, benannt werden, erscheint diese Maßnahme als relativ unpräzise. Ferner verdeutlicht sich in der Summe der beabsichtigten Initiativen in der neuen Rohstoffstrategie, dass die zivilgesellschaftlichen Forderungen in puncto gesetzliche Verankerung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten, Sanktionen oder Auflagen nicht berücksichtigt wurden. Dadurch lässt sich festhalten, dass keine neuen Impulse der Bundesregierung gesetzt werden, wenn es um die Umsetzung der Sorgfaltspflichten geht.

Demgegenüber erkennt man in Bezug auf die nationale Umsetzung der EU-Konfliktmineralien-Verordnung ein entschlossenes Durchgreifen der Bundesregierung. Folgende Handhabe sieht sie diesbezüglich vor:

„Mit der EU-Verordnung zu sogen. Konfliktmineralien wird auch für die deutschen Rohstoffimporteure die Einhaltung von Sorgfaltspflichten ab dem **1. Januar 2021 verbindlich**. (...) Zudem hat die Bundesregierung ein **nationales Durchführungsgesetz** erarbeitet, in dem unter anderem Regeln für Verstöße gegen die Sorgfaltspflichten festgelegt werden. (...) Die Bundesregierung wird sich in dem Zusammenhang für die Abschaffung der Freigrenzen und Ausweitung auf die gesamte Lieferkette einsetzen, sollte sich erweisen, dass die angestrebten Ziele (...) nicht erreicht werden können, (...) durch **mögliche Sanktionen bei anhaltender Nichteinhaltung**.“¹³⁴

Wie ebenfalls im NAP festgehalten, wird die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien erst im Jahr 2021 stattfinden, das bedeutet, dass ein früherer Zeitpunkt nicht

¹³³ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) 2020, S. 32-33.

¹³⁴ Ebd., S. 35.

neu überdacht wurde. Abgesehen davon, erkennt man aber strikte Maßnahmen in der neuen Strategie im Vergleich zu denen im NAP. Das nationale Durchführungsgesetz umfasst dabei die grundlegende rechtliche Maßnahme der Bundesregierung bezüglich der Umsetzung. Der Gesetzesentwurf zur Durchführung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien wurde am 06. 11.2019 vom Bundeskabinett beschlossen und befindet sich nun im parlamentarischen Verfahren.¹³⁵

Überdies werden auch mögliche Sanktionen und eine Ausweitung auf weitere Industriesektoren bei Nichteinhaltung in der Strategie thematisiert. Insofern zeigt sich, dass die Forderung des AK Rohstoffe durch die festgeschriebenen Maßnahmen in der Rohstoffstrategie umgesetzt werden soll.

Kapitel VII Internationale Zusammenarbeit

In diesem Kapitel der Rohstoffstrategie wird unter anderem der Tiefseebergbau als neue Möglichkeit zur Erschließung von Ressourcen ins Auge gefasst. Wie die Bundesregierung zukünftig den Tiefseebergbau vorantreiben will, zeigt sich in der folgenden Formulierung:

„Ein weiterer Bereich, indem sich die Bundesregierung engagiert, ist die **Mitarbeit bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen beim internationalen Tiefseebergbau.** (...) Ein zukünftiger Tiefseebergbau kann eine Chance bieten, neue Rohstoffquellen zu erschließen (...). (...) Die Bundesregierung ist offen dafür, mit den betreffenden Industrieunternehmen die **Voraussetzungen für einen Pilot-Mining-Test zu erörtern** (...).“¹³⁶

Die Bundesregierung gibt mit der Aufnahme des Aspekts des Tiefseebergbaus in die Strategie den Startschuss für eine zukünftige Erkundung und im weiteren Verlauf die resultierende Ressourcenabschöpfung. Zwar räumt die Regierung gleichzeitig ein, dass das Vorhaben auch risikobehaftet ist, für die bisher wenig erforschten sensiblen Ökosysteme der Tiefsee, jedoch steht man einer Erkundung trotzdem offen gegenüber. In Bezug auf die explizite Forderung des AK Rohstoffe, aufgrund der Gefahren auf den Tiefseebergbau zu verzichten, stellt sich offensichtlich heraus, dass diese in der Strategie keine Beachtung gefunden hat.

Fazit

Im Rahmen der Untersuchung zur Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderungen in die neue Rohstoffstrategie verdeutlicht sich erneut eine ernüchternde Bilanz. Von den sechs

¹³⁵ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2019, Durchführungsgesetz zur sogenannten europäischen Konfliktminerale-Verordnung und Änderung des Bundesberggesetzes. Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/durchfuehrungsgesetz-europaeischen-konfliktminerale-verordnung-und-aenderung-bundesberggesetzes.html>.

¹³⁶ Ebd., S. 39.

Kernforderungen des AK Rohstoffe zur neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung lässt sich lediglich eine direkte Umsetzungsmaßnahme in der Strategie feststellen und das ist die im Kapitel IV aufgenommene Regelung zur Umsetzung der EU Konfliktmineralien-Verordnung ins nationale Recht. Die Forderungen nach Einhaltung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und Umweltstandards und jene zur Förderung des Recyclings sind in der Strategie als relativ vage durch die fehlenden verbindlichen Regelungen und fehlenden Sanktionen bei Nichteinhaltung einzustufen. Hingegen wurden die Forderungen nach einer globalen gerechten Handelspolitik und auf den Verzicht auf den Tiefseebergbau komplett konträr in die Strategie aufgenommen wurde. Zu erwähnen ist auch, dass die fünfte Forderung nach der Stärkung der Zivilgesellschaft durch die Einführung eines Beschwerdemechanismus für die Betroffenen in der Strategie nicht behandelt wird.

In der Reaktion des AK Rohstoffe zur neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung kritisiert Koordinator Michael Reckordt, dass die *„Energiewende und Elektromobilität als Legitimation dienen, die eigene Versorgungssicherheit mit Rohstoffen zu rechtfertigen. Der Nachhaltigkeitsanspruch wird aber nicht mit den notwendigen konkreten Maßnahmen unterfüttert. Damit verpasst die Bundesregierung erneut die Chance, Klimaschutz und Einhaltung von Menschenrechten voranzutreiben.“*¹³⁷

Im nächsten Schritt werden die Erkenntnisse aus den Expert*inneninterviews und den beiden Dokumentenanalysen genutzt und zur Klärung der Forschungsfrage dieser Arbeit verwendet.

¹³⁷ AK Rohstoffe 2020, Neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung ignoriert Klimaschutz und Menschenrechte. Online unter: <https://germanwatch.org/de/17696>.

4 Zusammenfassung der Ergebnisse

In diesem letzten Kapitel der Arbeit werden die Darstellungen aus dem theoretischen Teil und die Untersuchungsergebnisse aus dem empirischen Teil zusammenfassend dargestellt, um die vorliegende Forschungsfrage zu beantworten. Die Erkenntnisse zur Klärung der Hauptfrage werden durch die Beantwortungen der drei formulierten Unterfragen aufgebaut. Zuletzt soll der Zusammenhang zur verwendeten Theorie von Heike Walk hergestellt werden.

Zunächst wurden die in Kapitel 3.2.2 entwickelten induktiven Kategorien dafür genutzt, das generierte Datenmaterial der vier Expert*inneninterviews zu strukturieren und die wichtigsten Aussagen zu den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der ausgewählten Organisationen wesentlich darzulegen. Darauffolgend wurden die Kategorien zur Interpretation genutzt und folgende Erkenntnisse gewonnen: Der AK Rohstoffe wurde als wichtiger Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich Rohstoffe vorgestellt. Als Zusammenschluss von ca. 30 Organisationen, die in den Bereichen Menschenrechte und Umweltstandards weltweit aktiv sind, arbeiteten sie seit 2008 im AK Rohstoffe in Form von Öffentlichkeitsarbeit und Forderungen an die Bundesregierung daran, ihre gemeinsamen Positionen bezüglich des Ressourcenabbaus in den Ländern des globalen Südens durchzusetzen. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass sich die **erste Unterfrage**, die in der Einleitung entwickelt wurde, nun beantworten lässt:

U1: Welche gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Forderungen wurden im Rahmen des AK Rohstoffe formuliert?

Im Mittelpunkt der Arbeit des AK Rohstoffe stehen seine zivilgesellschaftlichen Forderungen, die in Kapitel 2.3.4 zusammengetragen wurden. Die sechs Kernforderungen nach Einhaltung von menschenrechtlichen Standards und dem Umweltschutz beziehen sich konkret auf gesetzlich verankerte Sorgfaltspflichten von Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette, auf die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien in das deutsche Recht, die effizientere Nutzung von Sekundärrohstoffen, die Berücksichtigung von Folgeabschätzungen von Beginn an in Handels- und Investitionsschutzabkommen, auf den Schutz indigener Völker in rohstoffreichen Ländern und auf den Verzicht auf zukünftige Risikotechnologien wie den Tiefseebergbau. All diese Forderungen sollen durch verbindliche Regelungen umgesetzt werden. Ebenso sollen angemessene Sanktionen bei Nichteinhaltung festgelegt werden.

Überdies verschaffen die Erkenntnisse aus den geführten Interviews, die in Kapitel 3.2.3 zusammengefasst und analysiert wurden, einen vertieften Eindruck von den Tätigkeiten und den gemeinsamen Forderungen des AK Rohstoffe. Aus diesen Ergebnissen lassen sich Rückschlüsse zur Beantwortung der **zweiten Unterfrage** aus der Einleitung ziehen:

*U2: Mit welchen neuen Themen müssen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zukünftig intensiv auseinandersetzen?*

Eine aktuelle Gefahr sehen zivilgesellschaftliche Vertreter*innen im Bereich Rohstoffe in der Realisierung von Tiefseebergbauprojekten im Pazifik. Denn mit dem Fokus darauf, neue Rohstoffquellen zu erschließen, setzen sich industrielle Vertreter*innen sowie die deutsche Bundesregierung dafür ein, die zunehmende Erkundung der Tiefsee im Pazifischen und Indischen Ozean zum Abbau der Rohstoffe am Meeresboden voranzutreiben.¹³⁸ Bei den Rohstoffen handelt es sich um Manganknollen, die unter anderem Kobalt enthalten, das zur Herstellung von Akkumulatoren verwendet wird. Der Abbau soll mithilfe gewaltiger Raupen erfolgen, die am Meeresboden graben und den Rohstoff im weiteren Verlauf auf ein Aufbereitungsschiff pumpen. Die Rückstände werden daraufhin wieder in den Meeresboden befördert.¹³⁹ Aus der Ausarbeitung der Expert*inneninterviews in Kapitel 3.2.3.3 geht hervor, dass die zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen in dieser Methode des Ressourcenabbaus eine Reihe von nicht abschätzbaren Gefahren für Mensch und Umwelt sehen. Die Ozeane sind bereits besonders durch die Überfischung und die Verschmutzung durch Plastikmüll in keinem guten Zustand. Zunehmende negative Auswirkungen sollte man bekämpfen, statt sie in Kauf zu nehmen.¹⁴⁰ Die bislang wenigen Informationen über die fragilen Ökosysteme der Tiefsee gewährleisten keine konkreten Folgeabschätzungen des Rohstoffabbaus.¹⁴¹ Der Vergleich von Michael Reckordt beschreibt die Situation: „ (...) weil wir über die Tiefsee weniger wissen als über den Mond oder über den Mars und über die beiden wissen wir eigentlich auch nicht so viel, müssen wir die Finger weglassen von der Tiefsee.“¹⁴² Dadurch richtet sich einer der zukünftigen Ansprüche der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vermehrt darauf, Tiefseebergbauprojekte zu stoppen und verbindliche Regelungen bezüglich des Verzichts auf Risikotechnologien auf politischer Ebene durchzusetzen.

¹³⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) 2020, S. 39.

¹³⁹ Vgl. Ozeanien Dialog, Tiefseebergbau – was ist bedroht? Online unter: <http://www.ozeanien-dialog.de/?p=1561#more-1561>

¹⁴⁰ Vgl. ebd.

¹⁴¹ Vgl. ebd.

¹⁴² Interview Nr. 1 mit Michael Reckordt.

Des Weiteren ergibt sich besonders durch das zweite Interview mit Jan Pingel, welches unter anderem auch in Kapitel 3.2.3.3 bearbeitet wird, die Erkenntnis, dass in der breiten öffentlichen Klimadebatte zur Reduzierung der globalen CO₂ Emission sowie zur Eindämmung der Klimaerwärmung der wichtige Zusammenhang mit der Ressourcenfrage nicht hergestellt und diskutiert wird. Die Gefahr aus dieser fehlenden Einbindung entsteht insofern, dass neue Technologien wie z.B. E-Autos oder E-Batterien unter anderem für weniger CO₂-Ausstoß sorgen können, jedoch mit der Nachfrage nach diesen neuen „Klimaretter“-Produkten auch die Nachfrage nach den dafür benötigten Rohstoffen steigt. Dadurch sieht der AK Rohstoffe die Aufgabe, diese Lücke in der gesellschaftlichen Klimadebatte zu schließen und intensivere Informationsarbeit zu leisten.

Die **dritte Unterfrage** beschäftigt sich mit der konkreten Umsetzung der Forderungen und der Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in die Rohstoffpolitik, was sich durch Maßnahmen im NAP und der Rohstoffstrategie von 2020 zeigen soll. Die ausgewählten Maßnahmen der beiden Regierungserklärungen wurden durch die zwei Dokumentenanalysen in Kapitel 3.3 dieser Arbeit konkret untersucht.

U3: Wie werden die zivilgesellschaftlichen Forderungen durch konkrete Handlungsmaßnahmen im NAP von 2016 und in der neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020 umgesetzt?

Die Analyse der drei ausgewählten Kapitel des NAP umfasst die Maßnahmen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette, zur größeren Transparenz und Berichterstattung über menschenrechtliche Auswirkungen von Unternehmen und zur Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien im nationalen Recht. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass keine verbindlichen Regelungen und Sanktionen bezüglich menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen und in Bezug auf die Transparenz und Berichterstattung von Unternehmen im NAP festgehalten werden. Dafür wurde die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien ins nationale Recht zum 01.01.2021 datiert und festgelegt. Wie oben in Analyse des NAP erwähnt, stellen die Maßnahmen des NAP einen freiwilligen Rahmen dar, der als Orientierungshilfe für die Unternehmen dienen soll. Die Bundesregierung hält sich die Option offen, nach Abschluss der Überprüfung des Umsetzungsstands im Sommer 2020, auf die Nichteinhaltung der Maßnahmen mit verbindlichen Regelungen zu reagieren.

Zudem zeigt die weitere Analyse der Rohstoffstrategie 2020 eine ähnliche Bilanz in Bezug auf die Umsetzung der sechs zivilgesellschaftlichen Forderungen. Dafür wurden in Kapitel 3.3.2.2 ausgewählte Punkte der Strategie genauer betrachtet. Die Untersuchung zeigt, dass genau eine Forderung vollständig erfüllt ist und zwar die Umsetzung der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien in die nationale Gesetzgebung im Jahr 2021, was zuvor bereits im NAP verankert wurde. Ernüchternd ist zusätzlich die Tatsache, dass die grundsätzliche Bereitschaft zur Erkundung der Tiefsee seitens der Bundesregierung in der neuen Rohstoffstrategie aufgenommen wurde, was verdeutlicht, dass die wichtige zivilgesellschaftliche Kernforderung zum Verzicht auf den Tiefseebergbau gänzlich ausgeblendet wurde.

Durch die konkrete Darlegung der zivilgesellschaftlichen Forderungen sowie die Vorstellung des AK Rohstoffe als wesentlichen zivilgesellschaftlichen Akteur innerhalb der deutschen Rohstoffpolitik wurden bereits wichtige Bestandteile der Forschungsfrage geklärt. Im Folgenden gilt es, die Entwicklungen von 2010 bis 2020 in Bezug auf die Einbindung der Forderungen im NAP und der deutschen Rohstoffstrategie vom 15.01.2020 herauszufiltern.

Inwiefern werden zivilgesellschaftliche Forderungen von 2010 bis 2020 in der deutschen Rohstoffpolitik umgesetzt?

Zuletzt lässt sich an dieser Stelle die Forschungsfrage so beantworten: Die Entwicklungen der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten des AK Rohstoffe in den letzten zehn Jahren zeigen zunächst, dass sich seine konkreten Forderungen im Großen und Ganzen nicht verändert haben. Die Rohstoffstrategie von 2010 bildete den Ausgangspunkt zur Formulierung der gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Forderungen, da auf die Stellungnahme aus dem zivilgesellschaftlichen Segment im Vorhinein verzichtet wurde. Die konkrete Ausarbeitung wurde unter der Einbeziehung der Forderungen des BDI für eine Versorgungssicherheit der Industrie vorgenommen. Im Gegensatz dazu wurde eine Phase der Stellungnahmen für die Fortschreibung der Rohstoffstrategie im Jahr 2019 festgelegt, in der das BMZ zur Einsendung anregte, wodurch im Wesentlichen eine positive Entwicklung im Rahmen der Einbeziehung der betreffenden Akteur*innen festgestellt werden kann.

In den beiden Rohstoffstrategien liegt der Fokus hauptsächlich auf der langfristigen Versorgungssicherheit der deutschen Industrie. Die neuen Technologien legitimieren den zunehmenden Ressourcenbedarf Deutschlands. Folglich ist nicht damit zu rechnen, den Rohstoffverbrauch in absehbarer Zeit reduzieren zu können, da es zukünftig immer wieder

Innovationen und Entwicklungen geben wird, die den Bedarf an Rohstoffen rechtfertigen. Dieser Umstand verdeutlicht sich insbesondere im Interesse der Bundesregierung, im Tiefseebergbau aktiv zu werden. Die Maßnahmen des NAP und der neuen Strategie erweisen sich als generelle Orientierungshilfen und als Erwartungshaltungen der Regierung ohne verbindliche Implikationen bei Verstößen. Aus diesem Grund kann in Bezug auf die Forschungsfrage dieser Arbeit festgestellt werden, dass zivilgesellschaftliche Forderungen nicht ausreichend umgesetzt werden und man von keinem ausgewogenen Verhältnis des Einflusses der betreffenden Akteur*innen in der Rohstoffpolitik sprechen kann.

Ferner lässt sich auch zur Überprüfung des partizipativen Governance-Ansatzes von Heike Walk folgende Verbindung herstellen. Walks Analyse basiert auf der Annahme, dass Governance-Ansätze in Hinblick auf die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innenn lediglich eine Legitimation von politischen Maßnahmen steigern. Tatsächliche Beteiligung kristallisiert sich lediglich im Rahmen des partizipativen Governance-Ansatzes heraus, in dem die betreffenden Akteur*innen de facto an politischen Entscheidungsprozessen mitwirken. Aus den Erkenntnissen dieser Arbeit zur fehlenden Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderungen im NAP und der Rohstoffstrategie 2020 ist zu erkennen, dass sich der partizipative Governance-Ansatz hier nicht identifizieren lässt. Es bekräftigt sich eher die These, dass zivilgesellschaftliche Partizipation lediglich im Konsultationsprozess (wie es 2019 passierte, durch die Möglichkeit der Einsendungen zur Fortschreibung der Rohstoffstrategie) stattfindet, um im weiteren Verlauf die getroffenen politischen Maßnahmen zu rechtfertigen. (Genau das kritisiert auch Michael Reckordt im Rahmen der Reaktion zur Rohstoffstrategie 2020.)

Letztendlich festigt sich aus meiner Sicht die Aussage, die Dieter Eich und Ralf Leonhard in ihrer Schlussbetrachtung resümieren und zwar, dass die Klärung der nachhaltigen Ressourcenfrage auch einen Strukturwandel erfordert, da sich kapitalistische Wertschöpfung nicht mit dem Ziel vereinbaren lässt, Ressourcen einzusparen.¹⁴³

¹⁴³ Vgl. Eich, Dieter/Leonhard, Ralf 2013, S. 163.

5 Literaturhinweise und Quellen

Internetquellen:

AK Rohstoffe 2020, Neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung ignoriert Klimaschutz und Menschenrechte. Online unter: <https://germanwatch.org/de/17696>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

AK Rohstoffe, Über den AK Rohstoffe. Online unter: <http://ak-rohstoffe.de/ueber-uns/>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

AK Rohstoffe: Menschenrechte effektiv schützen. Online unter: http://ak-rohstoffe.de/menschenrechte-effektiv-schuetzen/?doing_wp_cron=1579019060.3435180187225341796875, letzter Zugriff: 16.02.2020.

BDI 2016: Unser Mandat. Unser Leitbild. Unsere Aufgaben. Online unter: <https://bdi.eu/der-bdi/ueber-uns/#/artikel/news/unser-mandat-unser-leitbild-unsere-aufgaben>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

BDI, 6. BDI-Rohstoffkongress, Online unter: <https://bdi.eu/der-bdi/termine-und-veranstaltungen/#/termin/news/6-bdirohstoffkongress/>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

BMWi 2019, Neue Herausforderungen für die Rohstoffpolitik: Fortschreibung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/rohstoffstrategie-bundesregierung.html>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

BMZ, Zivilgesellschaft. Online unter: <https://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020, NAP-Monitoring: Teilnahmephase 2020 gestartet. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Aktuelles/Meldungen/2020/nap-monitoring-teilnahmephase-2020-gestartet.html>, letzter Zugriff: 07.04.2020.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Entwicklung des NAP. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Ueber-den-NAP/Entwicklung-des-NAP/entwicklung-des-nap.html>, letzter Zugriff: 07.04.2020.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Ziele des NAP. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Ueber-den-NAP/Ziele-des-NAP/ziele-des-nap.html>, letzter Zugriff: 07.04.2020.

Cidse, Schlamm der Zerstörung. Online unter: <https://cidse.atavist.com/schlammderzerstoerung>, letzter Zugriff: 07.04.2020.

CSR: II. Der Prozess zur Erstellung des Aktionsplans. Online unter: <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Ueber-den-NAP/Originalfassung-des-NAP/2-Entstehungsprozess/entstehungsprozess.html>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Deutsches Paten- und Markenamt 2020, Erste Gewährleistungsmarke eingetragen. Online unter: https://www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/hintergrund/erste_gewaehrleistungsmarke/index.html, letzter Zugriff: 07.06.2020.

Hauptverband der deutschen Bauindustrie 2017, Werte schaffen. Werte schützen. Leitbild der deutschen Bauindustrie. <https://www.bauindustrie.de/publikationen/werte-flyer/>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Kind, Tobias 2019, Dambruch in Brasilien. Brumadinho ist überall. Online unter: <https://blog.wwf.de/dambruch-bergbau-brasilien/>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

MISEREOR 2019, Die Schlammlawine von Brumadinho: Eine Katastrophe mit Ansage. Online unter: <https://blog.misereor.de/2019/02/19/die-schlammlawine-von-brumadinho-eine-katastrophe-mit-ansage/>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Online Duden 2020, Zivilgesellschaft. Online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Zivilgesellschaft>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Oxam, Lieferkettengesetz: Für Menschenrechte in der Wirtschaft. Online unter: <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/lieferkettengesetz>, letzter Zugriff: 29.03.2020.

Ozeanien Dialog, Menschenrechte schützen. Online unter: <http://www.ozeanien-dialog.de/?cat=52>, letzter Zugriff: 07.04.2020.

Ozeanien Dialog, Tiefseebergbau – was ist bedroht? Online unter: <http://www.ozeanien-dialog.de/?p=1561#more-1561>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Planetwissen, Kampf um die Kongo-Schätze. Online unter: https://www.planetwissen.de/natur/fluesse_und_seen/kongo/pwiekampfumdiekongoschaetze100.html, letzter Zugriff: 07.04.2020.

VDA - Verband der Autoindustrie, Mitglieder. Online unter: <https://www.vda.de/de/verband/mitglieder.html>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

VDA Herstellergruppe 1 (Automobilhersteller). Online unter: <https://www.vda.de/de/verband/mitglieder/herstellergruppe-I.html>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

WV Stahl, Über uns – die Wirtschaftsvereinigung Stahl. Online unter: <https://www.stahl-online.de/index.php/wv-stahl/>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

Literatur:

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und Praxis. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.

AK Rohstoffe (2010): Anforderungen an eine zukünftige Rohstoffstrategie. Vorläufige Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der

Bundesregierung. Online unter: <https://germanwatch.org/de/download/2401.pdf>, letzter Zugriff: 16.02.2020.

AK Rohstoffe (2019): Sechs Forderungen des AK Rohstoffe zur Fortschreibung der Rohstoffstrategie. Berlin. Online unter: <http://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2019/04/Stellungnahme-AK-Rohstoffe.pdf>, letzter Zugriff: 25.02.2020.

Alexander, Peter/ Lekgowa, Thapelo/ Mmope, Botsang/ Sinwell, Luke/ Xezwi, Bongani (2013): Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika. Wien: Mandelbaum kritik & utopie.

Auswärtiges Amt (2017): Nationaler Aktionsplan. Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020, Frankfurt am Main: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG.

Bettzieche Lissa/Schuller Christopher/Utlu Deniz/Windfuhr Michael, Deutsches Institut für Menschenrechte (2015): National Baseline Assessment. Online unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Weitere_Publikationen/National_Baseline_Assessment_Umsetzung_der_UN-Leitprinzipien_fuer_Wirtschaft_und_Menschenrechte.pdf, letzter Zugriff: 07.04.2020.

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2016): Quarzrohstoffe in Deutschland. Hannover.

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2019): Deutschland – Rohstoffsituation 2018. Hannover.

Bohne, Andreas/ Reckordt, Michael (2017): Im Widerspruch vereint. Die „Africa Mining Vision“ und die deutsche Rohstoffpolitik. In: RLS (Hg.): ONLINE-Publikation 20/2017. Online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien23_AfricanMining.pdf, letzter Zugriff: 06.04.2020.

Brot für die Welt (Hrsg.) (2018) Studie: Edles Metall – Unwürdiger Abbau. Platin aus Südafrika und die Verantwortung deutscher Unternehmen. Berlin: Spree Druck.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2020): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen. Berlin.

CIR (2016): Studie Diebstahl. Unter der blanken Oberfläche: Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt. Münster: Kleyer-Druck.

Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2013): Risikobewertung – Kupfer Kurzbericht. Berlin.

Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2015): Risikobewertung Zink Kurzbericht. Berlin.

- Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2019): Rohstoff Aluminium. Berlin.
- Eich, Dieter/Leonhard, Ralf (2013): Umkämpfte Rohstoffe. Märkte, Opfer, Profiteure. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Feldt, Heidi (2011): Mining in the World. Entwicklungen im internationalen Bergbau. In: philippinenbüro (Hrsg.): Rohstofffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen. Berlin: Laserline Druck, S. 9-12.
- Feldt, Heidi (2012): Die deutsche Rohstoffstrategie. Eine Bestandsaufnahme. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) Online Publikation, Berlin. Online unter: https://www.boell.de/sites/default/files/txt_120628_dt_rohstoffstrategie100.pdf, letzter Zugriff: 06.04.2020.
- Fritsch, Denise (2008): Zivilgesellschaft in Europa: Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den europäischen Politikprozess. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Fuchs, Peter/Reckordt, Michael (2013): Rohstoffsicherung in Deutschland und zivilgesellschaftliche Antworten. In: Peripherie Nr. 132, 33. Jg. 2013, S. 501-510.
- Germanwatch et. al. (2017): Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung. Online unter: <https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/17288.pdf>, letzter Zugriff: 06.04.2020.
- Helfferrich, Cornelia (2005): Qualität qualitativer Daten. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaft.
- Hopf, Christel (2010): Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Flick, Uwe/ Von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 349-359.
- Kerkow, Uwe (2013): Rohstoffeinsatz der Automobilindustrie. Transparenzprobleme und Unternehmensverantwortung. In: MISEREOR, Brot für die Welt (Hrsg.): Vom Erz zum Auto. Rohstoffe für die Reichen – schlechte Lebensbedingungen für die Armen. Frankfurt/Main. Online unter: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-vom-erz-zum-auto-2013.pdf>, letzter Zugriff: 06.04.2020.
- Kocka, Jürgen (2011): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Arbeiten an der Geschichte: Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 191-202.
- Krimmer, Holger/ Priemer, Jana (2013): ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen. Berlin: Druckverlag Kettler.
- Krimmer, Holger/Priemer, Jana (2011): Zivilgesellschaft in Deutschland – eine Standortbestimmung in Zahlen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Vol. 24 (3), S. 105-114.
- Küblböck, Karin/ Grohs, Hannes (2017): EU-Verordnung zu „Konfliktmineralien“ – ein Schritt zu höherer Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor? In: ÖFSE (Hrsg.), Policy Note

18. Online unter:

https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Polycynote/PN18_Konfliktmineralien.pdf, letzter Zugriff: 07.04.2020.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe/ Von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 468-474.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage: Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

Mühlich, Felissa (2008): Übergewicht als Politikum? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Müller, Axel (2013): Vom Erz zum Auto. In: MISEREOR, Brot für die Welt (Hrsg.): Vom Erz zum Auto. Rohstoffe für die Reichen – schlechte Lebensbedingungen für die Armen. Frankfurt/Main, S. 6-7. Online unter: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-vom-erz-zum-auto-2013.pdf>, letzter Zugriff: 06.04.2020.

Obsivac, Martina (2017): Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die EU-Donauraumstrategie. Wien: Universität Wien.

Reckordt, Michael (2017): Globale Rohstoffpolitik im Interesse der Industrie. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen 30. Jg. 1, S. 80-86.

Reh, Werner (2006): Dokumentenanalyse als Kommunikationsanalyse. In: Schmitz, Sven-Uwe/ Schubert, Klaus (Hrsg.): Einführung in die politische Theorie und Methodenlehre. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 111-128.

Schubert, Simone (2019): Die Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte durch nationale Aktionspläne. Berlin: Springer.

Südwind e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene (2012): Von der Mine bis zum Konsumenten. Die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen. Bonn: Druckerei u. Verlag Brandt GmbH.

Walk, Heike (2008): Partizipative Governance: Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zimmer, Annette/ Priller, Eckard (2001): Die zunehmende Bedeutung des Dritten Sektors – Ergebnisse des international vergleichenden Johns Hopkins Projekts. In: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, S. 11-41. Online unter: <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/jcsw/article/view/225>, letzter Zugriff: 06.04.2020.

6 Anhang

Kurzfassung

Die vorliegende Masterarbeit mit dem Titel *die Einbindung zivilgesellschaftlicher Forderungen in die deutsche Rohstoffpolitik* untersucht die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und die Einhaltung von Umweltstandards im Rahmen des Ressourcenabbaus in den Ländern des globalen Südens anhand konkreter Maßnahmen. Die Basis der Analyse bilden zwei ausgewählte Regierungsdokumente, der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von 2016 und die kürzlich erschienene Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 15. Januar 2020. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Veröffentlichung der ersten Rohstoffstrategie der Bundesregierung am 26. Oktober 2010. Die darin enthaltenen Handlungsmaßnahmen bilden die Basis der Kritik und der Forderung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nach mehr Beteiligung innerhalb der Rohstoffpolitik. Die Auswahl von zwei Methoden, dem qualitativen Interview und der Dokumentenanalyse, soll zum einem die Arbeit und Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen innerhalb der deutschen Rohstoffpolitik präsentieren und zum anderen die Umsetzung ihrer Forderungen in den oben genannten Regierungsdokumenten konkret analysieren.

Abstract

This master's thesis, *The integration of demands raised by the civil society in the German resource politics* seeks to analyze the compliance of human rights and environmental protection as part of the resource extractions by the industry in the global South, based on concrete plans of action by the German government. In order to analyze this matter, this master thesis examines two federal documents: the National Plan of Action according to the UN-Guiding Principles of Economy and Human Rights of 2016 and the latest published version of resource strategies of the German government (January 15th 2020). The conclusion of this thesis is to analyze its newest resource strategies with the governmental plan of action, published on October 26th 2010. Furthermore, this publication listed specific integration strategies to involve the civil society, to be a significant factor in resource politics. This paper uses research methods such as a) qualitative interviews and b) a documentanalysis. With these methods, this thesis studies the challenges and work of civil society in German resource politics, as well as the implementation of their demands and actions taken by the government.

Interviewleitfaden

Kurze Vorstellung der Person:

Name:

Arbeitsbereich:

Seit:

Gründung der Organisation:

Interviewleitfaden:

I. Zur Arbeit der Organisation und dem AK Rohstoffe:

Im Allgemeinen: Was ist das grundsätzliche Ziel/Anspruch Ihrer Arbeit?

- Politik in Deutschland verändern?
- Politik vor Ort verändern?
- Gesamtgesellschaftlichen Diskurs (in Deutschland) anregen

Wie verläuft die Arbeit in Ihrem Netzwerk? (Dialog zwischen den Organisationen, Treffen, gemeinsame Forderungen)

Wie genau sieht Ihre Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit aus?

Können Sie ein Beispiel der ökologischen Auswirkungen auf die Inseln im Pazifik durch den Rohstoffabbau nennen?

AK Rohstoffe: Wie verlief die Zusammenarbeit im AK Rohstoffe bzgl. der neuen Stellungnahme zur Rohstoffstrategie (von Mai 2019) an das Wirtschaftsministerium?

II. Zu den Entwicklungen/Erfolgen Ihrer Arbeit:

Welche (generellen/konkreten) Erfolge können Sie durch Ihre Arbeit (eventuell durch eine Rohstoff-Kampagne) verzeichnen?

Wie schätzen Sie die Erfolge aus der Arbeit des AK Rohstoffe ein? (Kann man eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Forderungen erkennen?)

III. Zu den Herausforderungen:

Welche aktuellen ökologischen oder menschenrechtlichen Herausforderungen/Probleme stellen sich zurzeit Ihrer Arbeit?